

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

1991 | 4

1991

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18348>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1991 / 4, Jg. 17 (1991),
Nr. 4. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18348>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons -
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

17. Jahrgang Nr. 4 - Oktober 1991

Nachrichten und Informationen: Der neue Vorstand des Studienkreises - Neuer Vorstand des Deutschen Rundfunkarchivs - Feldinger: Rundfunk in Österreich 1945-1957 - Ein Katalog über Walter von Cube	Seite 141
Schwarzes Brett: Zeitschriftensterben in der DDR und später	Seite 146
Die 22. Jahrestagung des Studienkreises in München: Aus der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Fried- rich P. Kahlenberg am 12. September 1991	Seite 155
Bericht von Prof. Kahlenberg für die Mitglieder- versammlung am 13. September 1991	Seite 157
Pressestimmen Jahrestagung	Seite 161
Arnulf Kutsch: Zwischen Wende und heute - Ansätze zur Rundfunkneuordnung in der DDR bis zur deutschen Vereinigung	Seite 169
Wolfgang Mühl-Benninghaus: Hörfunk und Fernsehen in den "neuen" Ländern/Ein Zwischenbericht	Seite 186
Rüdiger Steinmetz: Auf dem Weg zum dualen System "Freies Fernsehen-GmbH" - Der erste Versuch privat- wirtschaftlich organisierten Rundfunks in Deutsch- land	Seite 193
Bibliographie: Zeitschriftenlese 57 (1.6.-30.9.1991 und Nachträge)	Seite 208
Besprechungen: Peter Biege (Hrsg.): Massenmedien in Baden- Württemberg (Edgar Lersch)	Seite 217
Tondokumente im Schallarchiv des Bayer.Rundfunks 1906-1988 - Franz Josef Strauß/Tondokumente BR 1952-1988 - Tondokumente Saarl.Rundfunk 1949-53 - Tondokumente Süddeutscher Rundfunk 1945-1949 - Ausgewählte Manuskripte Südd.Rundf. 1945-1948 (Wolf Bierbach)	Seite 219
Heinz Boberach: Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates (Ansgar Diller)	Seite 222
Bernd F. Köhler: Auslandsrundfunk und Politik (Oliver Krems)	Seite 225

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Der neue Vorstand des Studienkreises

gewählt von der Mitgliederversammlung am 13. September 1991 in Baden-Baden

Vorsitzender:

Dr. Helmut Drück, Intendant des RIAS Berlin

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Walter Klingler, SWF Baden-Baden, Abteilung Medienforschung
Dr. Rüdiger Steinmetz, Hochschule für Fernsehen und Film München,
Abteilung Kommunikationswissenschaft

Ehrenvorsitzender:

Prof. Dr. Wilhelm Treue, Göttingen

Schriftführer:

Dr. Edgar Lersch, SDR Stuttgart, Historisches Archiv

Schatzmeister:

Wolfgang Hempel, SWF Baden-Baden, Dokumentation und Archive

Beisitzer:

Dr. Michael Crone, HR Frankfurt/Main, Referat Manuskripte und Akten

Prof. Walter Först, Köln, Redaktion MITTEILUNGEN

Dr. Harald Heckmann, Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt/Main

Dr. Wilhelm van Kampen, Landesbildstelle Berlin

Dr. Wolfgang Mühl-Benninghaus, Humboldt Universität Berlin

Günter Roessler, Deutsche Welle Köln (FG Technik)

Dr. Heiner Schmitt, ZDF Mainz, Dokumentation und Archive

Dr. Wolfgang Sieber, HR Frankfurt/Main (FG Musik)

Prof. Dr. Rolf Steininger, Universität Innsbruck

Dr. Reinhold Viehoff, Siegen (FG Literatur)

Als Kassenprüfer wurden Gustav Adolf Mohrlüder (Mainz) und Hans Rink (Mainz) einstimmig wiedergewählt.

Mitglieder laut Satzung sind der Vorstand des Deutschen Rundfunkarchivs, Frankfurt/Main, der Leiter des Archiv- und Dokumentationswe-

sens des ZDF, Mainz, und der verantwortliche Redakteur der MITTEILUNGEN.

Der neue Vorstand, der sich zu seiner ersten ordentlichen Sitzung nach der Konstituierung in München Mitte November in Berlin treffen wird, kann weitere Mitglieder kooptieren. Die endgültige Vorstandsbesetzung wird in der nächsten Ausgabe der MITTEILUNGEN bekanntgemacht. Das gilt auch für mögliche Veränderungen in der Redaktion der MITTEILUNGEN.

Alle Zuschriften und Anfragen, die den Studienkreis betreffen, sollten in Zukunft an den neuen Schriftführer Dr. Edgar Lersch oder den neuen Vorstand Dr. Helmut Drück gerichtet werden. Die neue Redaktionsanschrift wird in der nächsten Ausgabe publiziert werden.

Anfragen und Anmeldungen für das 20. (!) Doktorandenkolloquium, das nach guter Tradition 1992 wieder im Mai (15. bis 17. Mai 1992) in Grünberg/Hessen stattfindet, erbitten Sieglinde Stüben und Dr. Wolf Bierbach, WDR-Landesredaktion, Postfach 10 19 50, 5000 Köln 1.

Neuer Vorstand des Deutschen Rundfunkarchivs

Am 1. Oktober 1991 hat Dr. Joachim-Felix Leonhard als neuer Vorstand des Deutschen Rundfunkarchives (DRA) in Frankfurt am Main seine Arbeit aufgenommen. Er löst Dr. Harald Heckmann ab, der nach mehr als 20jähriger Tätigkeit in diesem Amt in den Ruhestand getreten ist. Leonhard ist auch Nachfolger Heckmanns im Vorstand des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, dem der Leiter des DRA als geborenes Mitglied angehört.

Leonhard arbeitete nach dem Studium, das er mit Staatsexamen und einer Dissertation über die Außen- und Handelspolitik der Hafenstadt Ancona im Mittelalter abschloß, seit 1976 in wechselnden Positionen bei verschiedenen wissenschaftlichen Bibliotheken und leitete seit 1987 als deren Direktor die Universitätsbibliothek Tübingen. 1984 bis 1987 stellvertretender Leiter der Fachgruppe wissenschaftliches Bibliothekswesen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ist Leonhard Mitglied nationaler und internationaler Gremien des Bibliotheks- und Dokumentationswesens. Der neue DRA-Vorstand veröffentlichte zahlreiche Studien u.a. zur politischen und Wissenschaftsgeschichte sowie zu Buchgeschichte und Bibliothekswissenschaft.

Feldinger: Rundfunk in Österreich 1945-1957

"Nachkriegsrundfunk in Österreich. Zwischen Föderalismus und Zentralismus 1945 bis 1957" heißt der vierte Band der Schriftenreihe "Rundfunkstudien" des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, herausgegeben von Winfried B. Lerg, Ansgar Diller und Walter Klingler (K.G. Saur Verlag, München). Das Buch von Norbert P. Feldinger ist aus einer 1987 an der Universität Salzburg angenommenen Dissertation unter dem Titel "Das Prinzip 'Regional' im Österreichischen Rundfunk. Ein Beitrag zur Geschichte eines Mediums von 1945 bis 1947" hervorgegangen. Im Mittelpunkt stehen die Auseinandersetzungen um den Rundfunk zwischen den Ländern und dem Bund in Österreich - durchaus vergleichbar der bundesdeutschen Situation in den fünfziger Jahren, doch mit einem völlig gegensätzlichen Ausgang.

Obwohl in Österreich 1945 eine zentrale Regierung gebildet werden konnte, entstanden analog der Aufteilung des Landes in vier Zonen entsprechende Rundfunksendergruppen unter Aufsicht der jeweiligen Besatzungsmacht: West (für Vorarlberg und Tirol; französisch), Rot-Weiß-Rot (für Salzburg und südliches Oberösterreich; amerikanisch), Alpenland (für Steiermark und Kärnten; britisch) und Radio Wien (für Niederösterreich, nördliches Oberösterreich und Burgenland; russisch; für Wien unter Viermächtekontrolle). Im Schatten dieser historisch einmaligen Konstellation versuchten die Landesregierungen, als sich die Alliierten aus der Rundfunkkontrolle zurückzuziehen begannen, für "ihre" Sender eigene Rechtsgrundlagen zu schaffen und mit ihnen die Zentralisierungsbestrebungen der Wiener Bundesregierung zu unterlaufen. Dieser "Radiokrieg" der Länder gegen den Bund gipfelte 1954 in einem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof, das dem Rundfunkföderalismus eine Absage erteilte. Das oberste Gericht erklärte das "Rundfunkwesen ... zum Bestandteil des Telegraphenwesens und (damit zur) Bundessache". Der Richterspruch ebnete den Weg, den "neuen" österreichischen Rundfunk nach dem Vorbild des alten zentralistischen vor 1938 zu organisieren und in ihm dem Proporz der beiden tonangebenden Parteien ÖVP und SPÖ - wie in anderen staatlichen Bereichen - Tür und Tor zu öffnen.

Feldinger, der neben rein politischen und organisatorischen Fragen auch finanzielle und technische Probleme des österreichischen Rundfunks nach 1945 thematisiert, konnte für seine Arbeit erstmals die rundfunkbezogenen Ministerratsprotokolle und die Akten der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung auswerten.

A.D.

Ein Katalog über Walter von Cube

"Ich frage mich manchmal, wie überhaupt je wieder, selbst wenn die Besatzungsmächte eines Tages abrückten, die politische, wirtschaftliche und soziale Auseinanderentwicklung der beiden Deutschlands überwunden werden soll, ohne daß es zu den allerschwersten Erschütterungen des europäischen Lebens kommt." (Zitat aus der "Deutschland-Rundschau" des Bayerischen Rundfunks vom 4. September 1948). Der diese skeptischen Worte schrieb, war der Haupt-Kommentator des BR der Jahre von 1947 bis 1954 sowie Programmdirektor und stellvertretender Intendant bis 1972, Walter von Cube.

Der schwergewichtige, genußfähige und stets pfeiferauchende Herr mit der sonoren Stimme, dem korrekten Ausdruck und dem deutsch-baltischen Akzent war stets eine streitbare Natur, wenn es um die Verteidigung der ihm lieb gewonnenen Güter ging: die Freiheit Deutschlands, gewahrt durch die Verteidigungsgarantie des Westens, die Freiheit Bayerns gegen zentralistische Tendenzen, die Freiheit des Rundfunks gegen alle Versuche der Installierung einer Bundesanstalt und vor allem die Freiheit des Individuums gegen diktatorische Bedrohung jeder Couleur. Seine konsequente Haltung führte ihn zu grundsätzlicher Kritik an einem Wiedervereinigungsprozeß, der mit der Lockerung der Westbindung oder gar deutscher Neutralität einherging. Cube war verlässlicher, aber nicht kritikloser Fürsprecher der Adenauerschen Außenpolitik. Mit seiner Forderung nach dem Stop des Flüchtlingsstroms aus dem anderen Deutschland durch Schließung der Grenzen zum Osten - er ging so weit, 1953 die staatsrechtliche Anerkennung der DDR zu fordern - sorgte er für innenpolitischen Wirbel, machte sich zum publizistischen enfant terrible und löste Landtagsdebatten aus. Von solcher Wirkung können heutige Kommentatoren nur träumen. Seine gesammelten Kommentare sind in dem 1952 erschienenen Buch "Ich bitte um Widerspruch" nachzulesen.

Cubes baltische Herkunft (geboren ist er allerdings in Stuttgart) hinderte ihn nicht, sich zum Fürsprecher der Eigenständigkeit Bayerns in einem strikt föderalistischen Deutschland zu machen. Stets verteidigte und lobte er bayerische Lebensart gegen zentralistische Gleichmacherei. Am 5. Oktober 1957 war sein sonorer Baß in der Sendereihe des Sonderprogramms "Bayern heute" zu hören: "Kiel, Hamburg, Hannover, Bremen, Düsseldorf, Wiesbaden, Mainz, Stuttgart, München: das sind die Hauptstädte der Länder, die zusammen die Bundesrepublik Deutschland bilden. In welcher man auch immer des Morgens aufwacht: das Waschwasser wird den Weg nach Norden nehmen und schließlich in aller Selbstverständlichkeit in ein vergleichsweise deutsches Meer fließen. Mit einer Ausnahme: das münchenerische Wasser endet undeutsch. Es eilt zur Donau, es wird österreichisch, ja schlimmer noch: es gehört alsbald zum Balkan. Das Münchner Wasser ist gewissermaßen separatistisch, wie auch gelegentlich die Münchner Luft. Es nimmt seinen Lauf getrennt von anderen deutschen Strömen und Strömungen, es verfolgt eine eigene Bahn, es durchquert sieben oder acht europäische Staaten und verliert sich zu guter Letzt dreitausend Kilometer von den deutschen Küsten entfernt im

Schwarzen Meer. Man muß das wissen. Man muß wissen, daß Bayern mit fast dreiviertel seiner Fläche am Stromgebiet der Donau teilhat und daß die europäische Wasserscheide es von den übrigen deutschen Ländern auf eine zwar kaum merkliche, doch geheimnisvolle Weise trennt. Nur der Main klammert Bayern an die deutschen Flußgebiete, - aber auch er fließt nicht nordwärts, sondern bindet nach Westen."

Walter von Cube blieb bis zu seinem 66. Lebensjahr dem Hause verbunden und setzte sich bis zuletzt, 1972, für die Unabhängigkeit des Rundfunks und gegen die Nivellierung des Bayerischen Rundfunkgesetzes ein. Sieben Jahre nach seinem Tode, zu seinem 85. Geburtstag, wird in der "Gelben Reihe" der Historischen Kommission des BR ein Katalog der Tondokumente, des Filmmaterials sowie der Manuskripte von 1947 bis 1984 erscheinen. In chronologischer Reihenfolge bieten die inhaltlich erschlossenen Quellen dem Benutzer einen Einblick in ein Stück publizistischer Arbeit, die sich als von erstaunlicher politischer Weitsicht erwiesen hat.

Albert Knoll

SCHWARZES BRETT -----

Zeitschriftensterben in der DDR und später

Der Wandel im ostdeutschen Mediensystem hat die Rundfunkforschung bisher hauptsächlich mit Blick auf den Umbruch der beiden Rundfunkmedien beschäftigt. Die Funkfachpresse hingegen, die, gemessen an Titelzahl und Auflagenhöhe, eher eine bescheidene Zeitschriftengruppe in der DDR darstellte(1), fand bislang keine Beachtung. Das mag auch damit zusammenhängen, daß es sich dabei um ein trauriges Kapitel handelt. Denn in der Tat ist hauptsächlich von einem Zeitschriftensterben zu berichten.

1.

Den inzwischen fast schon vergessenen Auftakt bildete vor mehr als einem Jahr die Einstellung des Verbandsorgans der Journalisten der DDR *Neue deutsche Presse*. Die Monatshefte mit dem blauen Umschlag und dem Untertitel "Zeitschrift für Presse, Rundfunk und Fernsehen der DDR" erschienen letztmals mit der Nr. 6 [Juni] ihres 43. Jahrgangs. Das Heft enthielt noch einen Beitrag des damaligen Fernsehgeneralintendanten Hans Bentzien mit dem - heute beinahe beschwörend anmutenden - Titel "Auf alle Fälle muß der DFF erhalten bleiben" sowie einem Bericht über den neuen Personalrat des "Deutschen Fernsehfunks". Auch wenn sich die Zeitschrift in den zurückliegenden Jahrzehnten in sprachlich oft verqueren Artikeln vornehmlich mit Problemen der Printmedien befaßte, berichtete sie doch regelmäßig über, mitunter auch aus Hörfunk und Fernsehen der DDR, und sie bildete deshalb eine in der Bundesrepublik immer wieder benutzte Informationsquelle für einschlägige Forschungsarbeiten.

Mit der *Neuen deutschen Presse* erlosch eine der ältesten, von Glanz und Elend des deutschen Journalismus und seiner Berufsangehörigen nachhaltig beeinflussten Traditionen der Standespresse, die bis an den Beginn unseres Jahrhunderts zurückreicht. Als sich am 20. November 1910 im Berliner Reichstag der "Verband Deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine" und der "Bund Deutscher Redakteure" zum "Reichsverband der Deutschen Presse" (RdP) zusammenschlossen, führte diese erste reichsweit organisierte Standesvereinigung der hauptberuflichen Journalisten zunächst das Mitteilungsblatt des Bundes Deutscher Redakteure weiter. Mit Beginn des Jahres 1913 gab der RdP als neues, 14-tägig erscheinendes Periodikum die

1) Vgl. dazu auch: Bibliographie der Periodika der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1976, Teil 1. Zusammengestellt von Heinrich Bruhn, hg. von der Karl-Marx-Universität Leipzig. Sektion Journalistik, o.O. (Leipzig): Karl-Marx-Universität 1977, S. 323-329.

Deutsche Presse heraus, das nur mit großen Mühen über die für den Verband und seine Mitglieder wirtschaftlich äußerst problematischen Anfangsjahre der Weimarer Republik gebracht werden konnte. Obwohl sich die Mitarbeiter der ersten deutschen Rundfunkgesellschaften offenbar nicht als Journalisten, sondern in der Mehrzahl eher als Künstler oder Schriftsteller verstanden und daher wohl nur eine kleine Anzahl von ihnen Mitglied des RdP war, berichtete die *Deutsche Presse* seit der Entstehung des Mediums doch regelmäßig über den Rundfunk. Diese redaktionelle Linie wurde auch während des Dritten Reiches beibehalten, als der Reichsverband in der Reichspressekammer zwangskorporiert worden war.

Während der ersten Nachkriegsjahre wurden die Berufs- und Standesvereinigungen der Journalisten in den vier Besatzungszonen getrennt, neugegründet und wieder aufgebaut. In der Vier-Sektoren-Stadt Berlin, wo die Sowjets seit dem Frühsommer zügig die Organisation der deutschen Publizistik betrieben, entstand bereits am 10. Oktober 1945 der "Verband der Deutschen Presse" (VDP). Obwohl er auf sowjetische Veranlassung hin auf gewerkschaftlicher Basis gegründet und als Einzelverband in die Gewerkschaft "Kunst und Schrifttum" des ostzonalen "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" eingegliedert wurde, gehörten dem VDP, dessen erste Mitgliederversammlung am 7. April 1946 im Schöneberger Rathaus stattfand, Journalisten aus allen vier Sektoren Berlins an.(2) Eine ganze Reihe seiner Vorstandsmitglieder verstand den VDP durchaus als eine Keimzelle zur ideellen Nachfolge des Reichsverbandes der deutschen Presse. Das kam auch noch im Titel seines im Mai 1947 erstmals erschienenen Organs zum Ausdruck, das eben *Neue Deutsche Presse* hieß. Während der folgenden 43 Jahre ihres Erscheinens spiegelte die Zeitschrift die ambivalente Position des Verbandes zwischen ideologischer Anpassung und berufsständischem Eigenwillen wider.(3)

Mehrfache Anläufe, 1947 und 48 auf interzonalen Journalistentagungen wieder zu einem gesamtdeutschen Verband zu gelangen, scheiterten an den unterdessen unüberbrückbaren politischen Bedingungen des Ost-West-Konfliktes, nicht zuletzt aber auch an den unterschiedlichen berufsideologischen und -politischen Grundsätzen zwischen den West-Verbänden auf der einen Seite und dem VdP andererseits. Diese Gegensätze führten schließlich zur Spaltung des VdP und zur Gründung des "Presseverbandes Berlin" (später: "Journalistenverband Berlin") am 7. Juli 1948 im Westteil der ehemaligen Reichshauptstadt. Daraufhin dehnte der VdP neun Monate später seine Verbandsarbeit auf die gesamte Sowjetzone aus. Wiederum neun Monate danach und abermals in Berlin gründeten am 10. Dezember 1949 zwölf westdeutsche Landesverbände den "Deutschen Journalistenverband" (DJV), der als sein Organ die Monatsschrift *Der Journalist* herausgab.(4)

2) Vgl. Paul Ufermann: Aus der Geschichte des Verbandes der Deutschen Presse, in: *Neue Deutsche Presse* 1. Jg. (1947), Nr. 1, S. 6-7

3) Vgl. dazu besonders Verena Blaum: *Ideologie und Fachkompetenz. Das Journalistische Berufsbild in der DDR*, Köln 1985

4) Vgl. Helmut A. Crous: *Anfänge der journalistischen Verbands-*

Auch der DJV sah sich in der Tradition des Reichsverbandes der deutschen Presse, zumal da er sich ebenso wie der RdP als gewerkschaftlich nicht gebundene Standesvereinigung begriff.

Gut vierzig Jahre später beschloß der "Verband der Journalisten der DDR", wie der VDP seit 1972 hieß, auf seiner außerordentlichen Verbandstagung am 23./24. Juni 1990 seine Auflösung zum 30. September des gleichen Jahres.⁽⁵⁾ Ein Teil seiner Mitglieder schloß sich daraufhin dem DJV oder der IG Medien an. In der Nr. 6/1990 signalisierte die Redaktion der *Neuen Deutschen Presse* noch die Möglichkeit, die Zeitschrift in neuer Form herauszubringen. Doch dazu ist es nicht mehr gekommen.

2.

Eine wesentliche Ursache für das Ende einer ganzen Reihe von ostdeutschen Publikums- und Fachzeitschriften waren die Streichung der staatlichen Subventionen zum 1. April 1990 sowie der Fortfall der Zuschüsse der (ehemaligen) Trägerorganisationen. Das zwang die Periodika, ihre Abonnements- und Einzelverkaufspreise erheblich heraufzusetzen. Hinzu kam die Währungsumstellung in der DDR mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli. Sie kürzte die privaten Budgets für den Pressekonsum drastisch. Seit dem Frühjahr 1990 sah sich die DDR-Presse zudem einem bis dahin unbekanntem, gänzlich unregelmäßigen und daher erdrückenden Wettbewerb der westdeutschen Presseerzeugnisse ausgesetzt, die das Land überschwemmten und aus verständlichen Gründen begierige Leser und Käufer fanden. Als Folge davon ging die Anzahl der Parallel-Abonnements mehrerer ostdeutscher Periodika, wie sie in der DDR nicht zuletzt als Chance zu vergleichender Lektüre üblich und wegen der niedrigen Einzelstückpreise möglich waren, rapide zurück.

Diese Zusammenhänge zwangen letztlich den angesehenen Ost-Berliner Henschel Verlag, die Zeitschrift *Film und Fernsehen* zum 1. April 1991 einzustellen. Von der Maßnahme betroffen waren ferner die drei auch im Westen bekannten Verlagsobjekte *Film Spiegel*, *Bildende Kunst* und *NMI - Neue Musik Information. Europa Rock Zeitung*. Die vier Zeitschriften hatten zum Jahresbeginn noch ein neues redaktionelles Konzept und Lay-out erhalten und ihren Einzelstückpreis deutlich heraufgesetzt. Der Geschäftsführer des Henschel Verlages, Kuno Mittelstedt, erklärte gleichwohl: "Der Wegfall erheblicher Unterstützungssummen der Verbände für Medien, die von diesen früher als ihre Organe betrachtet wurden, stellt den Verlag vor nicht lösbare kommer-

bildung, in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): *Pioniere der Nachkriegspublizistik*. Köln 1986, S. 49-59

- 5) Zur Vorgeschichte vgl. Sigrun Richter: "Vom Bewacher zum Überwacher". Der Weg des DDR-Journalistenverbandes zu einem neuen Selbstverständnis, in: Arnulf Kutsch (Hrsg.): *Publizistischer und journalistischer Wandel in der DDR*. Bochum 1990², S. 85-106

zielle Probleme."(6)

Die erste Nummer von *Film und Fernsehen* erschien, herausgegeben vom "Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR" (VFF), im September 1973. Sowohl im Abonnement wie im Einzelverkauf vertrieben, vermied die Monatsschrift jedoch während der 19 Jahre ihres Erscheinens das Odium eines Verbandsorgans. Durch ihr Lay-out, die großzügige Bebilderung (vornehmlich Szenenphotos aus Spiel- und Dokumentarfilm der DDR und des Auslands) und das hochwertige Druckpapier unterschied sie sich äußerlich auffallend von den meisten, in ihrer Aufmachung durchweg tristen ostdeutschen Periodika. Es war ein Blatt für Cineasten, typologisch am ehesten den "Special Interest Zeitschriften" zuzuordnen, die die westdeutsche Medienforschung zur - fraglos diffusen - Gattung der Publikumszeitschriften zählt.

Film und Fernsehen widmete sich hauptsächlich theoretischen, ästhetischen und historischen Fragen des Films, wobei der sowjetische Film wegen seiner Vorbildfunktion stets einen unverkennbaren Schwerpunkt bildete. In welchem Maße sich die Zeitschrift der offiziellen Filmpolitik der SED verpflichtete, kann erst eine genaue Inhaltsanalyse der zurückliegenden Jahrgänge zeigen. Doch sei darauf hingewiesen, daß der VFF der erste ostdeutsche Verband war, der nach dem Sturz von Erich Honecker eine radikale publizistische Wende in der DDR und ein Mediengesetz forderte.

Beiträge zum Fernsehen der DDR wie etwa der Artikel des ersten - und, wie sich zeigen sollte: einzigen - Vorsitzenden des "Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR", Heinz Adameck, über "Das sozialistische Fernsehen im ideologischen Klassenkampf. Gedanken zur Planung für das 25. Jahr des Bestehens der DDR", den die Zeitschrift in ihrer zweiten Ausgabe 1973 veröffentlichte, blieben in den ersten Jahrgängen dagegen eher eine Ausnahme. Nachdem indes 1981 im VFF die Arbeitsgruppe "Geschichte der Fernsehkunst" unter Leitung des Regisseurs Hans Müncheberg gegründet worden war,(7) veröffentlichte *Film und Fernsehen* in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mehrere Aufsätze zur Entstehungsgeschichte des Fernsehens in der DDR. In Zusammenhang mit den Aktivitäten der von Hermann Herlinghaus geleiteten "Kommission Film- und

-
- 6) Vgl. -: Ost-Berliner Henschelverlag stellt Kunstzeitschriften ein, in: text-intern 25. Jg. (1991), Nr. 15 (14.2.), S. 6; ferner -: Drei (!) ostdeutsche Kulturzeitschriften müssen Erscheinen einstellen, in: dpa-Informationen Nr. 7 v. 14.2.1991, S. 10/11; Klaus Michael: Neue Verlage und Zeitschriften in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Jg. 1991, Nr. B.41-42, S. 33-45; s. auch Hartmut Pätzke: Klein- und Großbuchstaben. Die "Bildende Kunst" will wieder an ihre Anfangszeit anknüpfen, in: Der Tagesspiegel Nr. 13680 v. 23.9.1990, S. 4
- 7) Zu den medienhistoriographischen Zusammenhängen vgl. Rolf Gesserick: Das geerbte Fernsehen. Anmerkungen zur historischen Medienforschung in der DDR, in: MITTEILUNGEN StRuG 12. Jg. (1986), Nr. 1, S. 74-88

Fernsehwissenschaft" des VFF druckte das Blatt in der gleichen Zeit zudem verschiedene medienwissenschaftliche Beiträge.

Doch damit wandelte es sich keinesfalls zu einer primär fernsehwissenschaftlichen Zeitschrift. Vielmehr erschienen auch in den achtziger Jahren die meisten der - gemessen an westdeutschen Publikationsusancen - nicht gerade zahlreichen einschlägigen Aufsätze in anderen Periodika. Dazu gehörten die seit 1960 von der Programmdirektion des DDR-Fernsehens in unregelmäßiger Folge herausgegebenen, in der Bundesrepublik aber offenbar nicht oder doch nur in ganz wenigen Exemplaren verbreiteten Diskussionsmaterialien *Theorie und Praxis*, die Zeitschrift *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus* der Sektion Journalistik der Leipziger Karl-Marx-Universität, vor allem aber die seit 1962 publizierte Serie *Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft*(8) der Hochschule für Film und Fernsehen [der DDR] "Konrad Wolf" in Potsdam-Babelsberg sowie die auch außerhalb der Grenzen der DDR renommierten *Weimarer Beiträge* des Ost-Berliner Aufbau-Verlages. Letztere druckten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine Reihe bemerkenswerter kultursoziologischer Essays über die (Rundfunk-)Medien und ihre Nutzung. An dieser Praxis änderte auch die 1985 vorgenommene Einrichtung des "Lektorats für Fernsehgeschichte" beim staatlichen Fernseh-Komitee nichts.(9) Denn das nach der Oktoberwende in das "Historische Kabinett" des Deutschen Fernsehfunks integrierte Lektorat gab kein eigenes Periodikum heraus.

In ihrer - vorläufig - letzten Ausgabe, der Nr. 3 vom März 1991, verabschiedete sich die Redaktion von *Film und Fernsehen* mit einem zuversichtlichen Editorial unter der Überschrift "Wir machen weiter". Wie inzwischen zu erfahren ist, stehen die Aussichten für ein Wiedererscheinen der Zeitschrift in einem neuen Verlag offenbar nicht schlecht; Gleiches gilt auch für die *Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft*, von denen 1991 noch keine Ausgabe erschienen ist. Die Zukunft der *Weimarer Beiträge* endlich wird überschattet vom jüngsten Skandal um den Aufbau-Verlag,(10) der die Literatur- und Kultur-Zeitschrift seit 1955 herausgibt.

3.

Der finanziellen Krise, in die der Rundfunk der DDR nach der Währungsunion Mitte des letzten Jahres geriet, fielen die beiden Peri-

-
- 8) Die Reihe erschien von 1960 bis 1981 unter dem Titel "Filmwissenschaftliche Beiträge"; 1960 und 1961 lag sie der Zeitschrift "Deutsche Filmkunst" bei.
 - 9) Vgl. Arnulf Kutsch: Lektorat für Fernsehgeschichte des Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR, in: MITTEILUNGEN StRuG 11. Jg. (1985), Nr. 4, S. 300-303
 - 10) Vgl. schi [= Frank Schirrmacher]: Der Aufbau-Skandal, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 237 v. 12.10.1991, S. 27; Iris Radisch: Schmutz von gestern, in: Die Zeit Nr. 43 v. 18.10.1991, S. 65

odika *Rundfunkjournalismus in Theorie und Praxis* und *Beiträge zur Geschichte des deutschen Rundfunks* zum Opfer. Vom Lektorat für Rundfunkgeschichte herausgegeben, handelte es sich in erster Linie um Hauszeitschriften des DDR-Hörfunks. Das ältere der beiden Blätter, *Rundfunkjournalistik in Theorie und Praxis*, erschien seit 1965 und wurde ursprünglich von der Hauptabteilung Planung, Forschung und Ökonomie des Staatlichen Komitees für Rundfunk als internes Forum zur Erörterung von Programminhalten und -formen herausgegeben; deshalb blieb es wohl in der Bundesrepublik weitgehend unbekannt. Doch muß die produktive Phase des internen Diskurses nach wenigen Jahren ein Ende gefunden haben, denn die Zeitschrift stellte 1973 ihr Erscheinen zwischenzeitlich ein. Durch die Versetzung seines verantwortlichen Redakteurs kam das in unregelmäßiger Folge herausgegebene Periodikum 1980 in die Obhut des Lektorats für Rundfunkgeschichte. In ihren beiden letzten Jahrgängen, die auf Veranlassung der neuen Lektoratsleiterin und verantwortlichen Redakteurin Ingrid Pietrzynski gezielt auch in der Bundesrepublik verbreitet wurden, veröffentlichte die Zeitschrift einige beachtenswerte, vor der Wende entstandene Forschungsarbeiten zur Hörfunknutzung in der DDR.

Die letzte Nummer der ihrem Erscheinungsrhythmus weit nachhinkenden Zeitschrift, das Heft 1-2/1989, erschien Anfang 1991. Für die zweite Doppelnummer des Jahrgangs war der Abdruck der Referate des "Ersten Medienwissenschaftlichen Tages der DDR" vorgesehen, der als gemeinsame Veranstaltung der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR "Konrad Wolf", der Abteilung Soziologische Forschung des DDR-Rundfunks sowie des "Zentralinstituts für Jugendforschung" (Leipzig) am 24. März 1990 unter Beteiligung westdeutscher Medienforscher in Berlin stattfand. Aber zu dieser Ausgabe, die erstmals in der Geschichte des Periodikums auch westdeutsche Beiträge enthalten hätte, kam es nicht mehr. Die Referate erschienen in einer gesonderten Broschüre.(11)

4.

"Diese Zeitschrift soll der Erforschung der gesamten deutschen Rundfunkgeschichte dienen. Bereits der Titel *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* gibt Auskunft über den Charakter der beabsichtigten Veröffentlichungen. Sie sollen neue Forschungsergebnisse von Rundfunkmitarbeitern zur Diskussion stellen, Lehr- und Anschauungsstoff zur Rundfunkgeschichte vermitteln und wichtige rundfunkhistorische Ereignisse, aber auch persönliche Erinnerungen und Erlebnisse festhalten." Mit diesen programmatischen Worten eröffnete der Rundfunkjournalist Erich Richter, Leiter des 1964 beim Staatlichen Komitee für Rundfunk eingerichteten Lektorats für Rundfunkgeschichte, die erste deutsche, genuin rundfunkhistorische Zeit-

11) Vgl.: Erster medienwissenschaftlicher Tag der DDR. Berlin 24. März 1990. Berlin 1990. Die Publikation erschien allerdings mit der ISS-Nummer von *Rundfunkjournalistik in Theorie und Praxis*.

schrift. Das war 1967. Nach 23 zuletzt nur noch mühevoll edierten Jahrgängen kam 1990 das Ende auch dieser Vierteljahresschrift. Auf dem Umschlag der letzten Ausgabe steht unter dem traditionell hellroten Titel und dem darunter in Hellblau gedruckten Logo des Rundfunks der DDR die Heftangabe "2-3/89". Der letzte Jahrgang war nicht mehr abgeschlossen worden, das Fluidum einer aus gemeinsamer Erinnerung "sozialistischer Rundfunkpioniere" an ihre "antifaschistische Rundfunkarbeit" begründeten, vielleicht sogar legitimierten Zeitschrift, das die *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* lange Jahre umgab, war längst verblaßt, das "sozialistische Erbe", der Rundfunk der DDR, befand sich in einem tiefgreifenden Identitätskonflikt.

Tatsächlich löste das Periodikum seine Programmatik nur bedingt ein. Rundfunk verstanden Lektorat und Zeitschrift stets ausschließlich als Hörfunk, und die angekündigte "gesamte deutsche Rundfunkgeschichte" ignorierte geflissentlich die Nachkriegshistorie des Mediums westlich der Elbe, um nur eines der offensichtlichen Tabus zu erwähnen. Die Geschichtsschreibung des Mediums in der DDR hingegen, hinsichtlich ihrer Fragen und Verfahren, aber auch hinsichtlich der benutzten Quellen(gattungen) kaum mit der westdeutschen Rundfunkhistoriographie zu vergleichen, geriet in der Zeitschrift doch meist zur Apologie des bestehenden Systems.(12) Das hatte sicherlich nicht nur etwas mit der quasi hauseigenen und unter enger Parteianlehnung stehenden Organisation der Rundfunkgeschichte sowie mit der grundsätzlichen Schwierigkeit zu tun, in der DDR Kritik zu üben, sondern auch mit der prinzipiellen Affinität wenigstens der älteren Mitarbeiter der Zeitschrift zum ersten "sozialistischen Rundfunk" auf deutschem Boden, den sie unter mancherlei Entbehrung selbst mitaufgebaut hatten. Die Stärken der Zeitschrift, die sie auch für westdeutsche Leser zur aufschlußreichen Lektüre machten, waren Beiträge (meist in der Form von Erlebnisberichten) über die Arbeiterrundfunk-Bewegung während der Weimarer Republik, über die antifaschistische Rundfunkarbeit vornehmlich im russischen Exil, vor allem jedoch über die heimlichen Rundfunkaktivitäten kommunistischer Gefangener in den Konzentrationslagern des Hitler-Regimes.

In ihren 23 Jahresbänden versammeln die *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* zweifellos eine Fülle oft mühevoll zusammengetragener rundfunkhistorischer Materialien, darunter Dokumentationen zum Programm des DDR-Rundfunks, und zahlreiche Chroniken. Die MITTEILUNGEN des Studienkreises haben in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen. Es war eine, freilich nicht selten idealisierende "Rundfunkgeschichte von unten", die das in seiner Aufmachung ganz und gar unpräzise Periodikum über lange Jahre kennzeichnete und die es auf seine Art sympathisch machte - wenn dieses Adjektiv überhaupt angezeigt ist. Damit und mit den präsentierten Materialien allein läßt sich aber schwerlich die Geschichte des Mediums in

12) Vgl. dazu exemplarisch Erich Richter: Entwicklungsetappen des Deutschen Demokratischen Rundfunks, Teil 1-3, in: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* 4. Jg. (1970), Nr. 2, S. 5-34; Nr. 3, S. 5-71; Nr. 4, S. 5-40

der DDR schreiben. Welchen Stellenwert sie besitzen, muß die kommunikationshistorische Forschung in den neuen wie in den alten Bundesländern erst erweisen, und sie sollte nicht zu lange zögern, sich den Fragen der Entwicklung und Bedeutung von Hörfunk und Fernsehen in der 40-jährigen Geschichte der DDR zu widmen.

5.

Zu berichten ist schließlich vom Ende der deutschsprachigen Ausgabe der Vierteljahresschrift *Rundfunk und Fernsehen OIRT*, die vom Verwaltungsrat der - osteuropäischen - "Internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation" (OIRT(13)) in Prag herausgegeben wurde. Der OIRT gehörten als Mitglieder das Staatliche Komitee für Rundfunk und das Staatliche Komitee für Fernsehen an, die beiden Verwaltungsbehörden zur Veranstaltung von Hörfunk und Fernsehen in der DDR.(14) Eine Reihe von Mitgliedern beider Komitees, zudem Programmverantwortliche aus den DDR-Rundfunkeinrichtungen haben in der seit 1950 bestehenden Zeitschrift kontinuierlich Artikel meist über Programm und Technik von Hörfunk und Fernsehen veröffentlicht. Auch wenn diese Beiträge durchweg bescheidenen Umfang und in der Regel offiziösen Charakter besaßen, wurden sie wegen der schlechten Informationslage über die beiden ostdeutschen Rundfunkmedien in Westdeutschland doch aufmerksam verfolgt.

Ohne ein Wort zum Abschied kam *Rundfunk und Fernsehen OIRT* mit der Nummer 2 vom Juni 1990 zum letzten Mal heraus. Ebenso wie die letzte Nummer der *Neuen Deutschen Presse* enthielt das Heft einen Beitrag von Hans Bentzien, und zwar über die ersten Veränderungen von Organisation, Auftrag und Programm des Fernsehens der DDR.(15) Die Einstellung der Zeitschrift erfolgte offenbar im Zusammenhang mit der Neukonzeption der beiden europäischen übernationalen Rundfunk- und Fernsehorganisationen, wie sie der politische Umbruch in Osteuropa und - in diesem Jahr - nicht zuletzt die Souveränität der drei baltischen Republiken nahelegen. Auf seiner außerordentlichen Sitzung Anfang März 1990 in Prag beauftragte der Verwaltungsrat die OIRT-Leitung, Verhandlungen über neue Formen und Ausweitung der Zusammenarbeit mit der "Union der Europäischen Rundfunkorganisationen" (EBU(16)) vorbereiten. Zu Beginn des Jahres 1991 haben dann die beiden Einrichtungen nach 41 Jahren der Trennung(17) ihre Fusion zu einer einzigen, gesamteuropäischen Organisation der natio-

-
- 13) franz.: "Organisation Internationale de Radiodiffusion et Télévision" (OIRT)
 - 14) Die Nachfolgeninstitutionen der beiden Komitees, das "Funkhaus Berlin" und der "Deutsche Fernsehfunk", gehören gegenwärtig der OIRT an.
 - 15) Hans Bentzien: Kein Fernsehen der Regierung oder einer Partei, in: *Rundfunk und Fernsehen* [Prag] 40. Jg. (1990), Nr. 2, S. 10-12
 - 16) engl.: "European Broadcasting Union" (EBU)
 - 17) Vgl. dazu Rolf Geserick: 40 Jahre OIRT, in: *MITTEILUNGEN StRuG* 12. Jg. (1986), Nr. 4, S. 257-260

naln Rundfunk- und Fernsehgesellschaften beschlossen.

Arnulf Kutsch

POSTSCRIPTUM

Mit ganz erheblicher zeitlicher Verzögerung sind drei weitere Hefte des laufenden Jahrgangs von *Film und Fernsehen* in Westdeutschland ausgeliefert worden, darunter als Nr. 5 [Mai] ein Themenheft über die DEFA aus Anlaß ihres 45-jährigen Bestehens am 17. Mai 1991. In der Doppelnummer 6+7-Juni/Juli 1991 der unterdessen vom "Filmverband Brandenburg e.V." mit Unterstützung der "Stiftung Kulturfonds" herausgegebenen Zeitschrift gibt das Editorial Auskunft über die komplizierte Situation des Periodikums. Es ist ein alarmierendes Dokument des Überlebenskampfes des Blattes und zugleich bezeichnend für die Realität des publizistischen "Wandels" in den neuen Bundesländern. Dort heißt es: "Seit der Ankündigung im Heft 3/91, daß der Henschel Verlag die Herausgabe von *Film und Fernsehen* aus 'wirtschaftlichen Gründen' einstellen wird, versuchen Herausgeber und Redaktion, ihr weiteres Erscheinen zu gewährleisten. Bisher ist es nicht gelungen, einen Verlag zu finden, der das finanzielle Risiko mit einer Film-Fachzeitschrift eingehen kann. Unsere Hauptbeschäftigung besteht darin, Geld für die jeweils aktuelle Ausgabe aufzutreiben, was uns bei den letzten beiden Heften buchstäblich in letzter Minute gelungen ist. Die vorliegende Ausgabe muß als Doppel-Heft erscheinen, weil seine Finanzierung erst Anfang Juli sicher war ...

Daß das nicht lange durchzuhalten ist, ist klar. Die Redakteure reiben sich mit Dingen auf, die sie vom 'Machen' der Zeitschrift immer weiter wegbringen, von einer konzeptionellen Arbeit kann nicht die Rede sein, die Druckfehler häufen sich, worüber sich Autoren und Leser ärgern, unsere Grafiker beginnen mit der Arbeit, ohne zu wissen, ob sie jemals dafür einen Pfennig sehen ...

Natürlich versuchen wir, aus dieser Misere herauszukommen, um wieder festen Boden unter den Füßen zu spüren. Überlegungen und Konzeptionen existieren, mit ihrer Umsetzung wurde begonnen - dazu aber benötigen wir Zeit. Und ob wir die haben ...?"

A.K.

DIE 22. JAHRESTAGUNG DES STUDIENKREISES IN MÜNCHEN

Aus der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Friedrich P. Kahlenberg am 12. September 1991

Zum drittenmal ist der Studienkreis Rundfunk und Geschichte zu einer Jahrestagung nach München gekommen. In den Jahren 1974 bis 1983 war der Bayerische Rundfunk unser Gastgeber, zunächst im Stammhaus in der Arnulfstraße, dann in Freimann. Die heute abend zu eröffnende 22. Jahrestagung sieht die Hochschule Fernsehen und Film als Tagungsort, womit eine personelle Verknüpfung bestätigt wird, die in die Anfänge des Studienkreises zurückreicht. Dabei denke ich an unser Gründungsmitglied Karl Friedrich Reimers, der 1969 noch im Institut für den Wissenschaftlichen Film in Göttingen arbeitete und seit 1974 an dieser Hochschule wirkt. Der enge Mitarbeiter unseres Kollegen Reimers in der von ihm geleiteten Abteilung für Kommunikationswissenschaften, Rüdiger Steinmetz, ist seit Anfang der achtziger Jahre Mitglied des Vorstands, vielen von Ihnen als unermüdlicher Ratgeber während unserer Frühjahrscolloquien in Grünberg/Hessen bekannt; im Vorfeld dieser Jahrestagung war er deren Organisator "vor Ort". Ihnen, dem Präsidenten der Hochschule Helmut Oeller, danke ich für den Vorzug, im Gebäude der Hochschule Fernsehen und Film tagen zu können.

Der Bayerische Rundfunk unterstützt die Hochschule in der Gastgeberrolle für diese 22. Jahrestagung, wofür ich dem Intendanten Albert Scharf herzlich danke. Dabei habe ich zu bekennen, daß die ursprüngliche Einladung, mit der Jahrestagung 1991 nach München zu kommen, von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien ausgesprochen worden ist. Ich denke, es ist kein Zufall, daß unter den vergleichbaren Einrichtungen in den Ländern der Bundesrepublik gerade die bayerische Landeszentrale sich als erste der historischen Dimension erinnert und den Kontakt zum Studienkreis suchte: Innovation und Liberalität gedeihen auf gewachsenem Kulturboden offenbar am besten! Für seine Initiative wie für seine Bereitschaft zur Diskussion mit Intendant Scharf bei unserem heutigen Kaminabend danke ich dem Präsidenten der Landeszentrale Wolf-Dieter Ring.

Mit Berlin und Hamburg, mit Mainz und Potsdam ist München ein hervorragender Medienstandort in Deutschland. Vor acht Jahren, bei unserem letzten Besuch in der "Medienstadt München", sprach Georg Feil am Kaminabend im Rathaus am Marienplatz zum Thema "München - heimliche Hauptstadt der deutschen Fernsehcriminalität?" Ich denke, das damals gesetzte Fragezeichen ist heute ohne Funktion. Wie der Medienstandort München sich gerade im audiovisuellen Bereich seit dem Anfang des Jahrhunderts kräftig entwickelte, unterstrichen nicht zuletzt die 1989 in Geiseltal erinnerten Jubiläen an "siebzig Jahre Filmproduktion" und an "dreißig Jahre Bavaria Film GmbH". Zu Beginn der neunziger Jahre hat sich die Medienstadt München weiter differenziert, vieles ist seit unserer letzten Jahrestagung verändert, rund um den Olympia-Sendeturm und in Freimann, Unterföhrung, Schwabing und Grünwald. Keine Stadt in Deutschland

beherbergt heute so viele "Hörfunk- und Fernsehanbieter" wie München. Neben dem Bayerischen Fernsehen und den fünf Hörfunk-Programmen des Bayerischen Rundfunks senden und produzieren in der Stadt und in ihrem nächsten Umland elf privat-kommerzielle Hörfunk- und fast zwanzig Fernsehanbieter. Von der "Antenne Bayern" bis "Radio Xanadu", von der "Arbeitsgemeinschaft für Behinderte in den Medien" bis zum "Zauber der Berge" schließt sich der Ring.

In den letzten sieben Jahren wuchsen diese medialen Pflänzchen unter dem - Sondersituation Bayern! - öffentlich-rechtlichen Dach der Landeszentrale für Neue Medien zum Teil zu beachtlich starken Pflanzen heran. Wir sind gespannt, von Ihnen zu hören, Herr Ring, ob es sieben magere oder sieben fette Jahre waren. An keinem Ort, auch nicht in Berlin, steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk in so scharfem dualistischem Wettbewerb. Herr Professor Scharf: Ist die Schlußfolgerung zulässig zu sagen, es ist schwieriger geworden, die unangefochten führende Rolle des Bayerischen Rundfunk zu behaupten? Die Novellierung des Medienerprobungs- und -entwicklungsgesetzes 1984 steht vor der Tür: Sind Sie mit dem Entwurf zufrieden? Welche gesetzgeberischen Konsequenzen würden Sie aus den Erfahrungen der letzten sieben Jahre ziehen? Wie es sich für den Studienkreis Rundfunk und Geschichte ziemt, werden wir während unserer Tagung nicht nur diese aktuellen Fragen behandeln, sondern auch einen Blick zurück auf die medienrechtliche Entwicklung in Westdeutschland werfen.

Eine jüngst veröffentlichte Studie der ARD/ZDF-Medienkommission in den "Media Perspektiven" 6/1991 hat die Einlösung des Kulturauftrages durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten ebenso bestätigt wie die nur marginale Erfüllung dieses Auftrags durch die privat-kommerziellen Fernseh- und Hörfunkveranstalter bezeichnet. Ist also in diesem Sinne - wie seit Jahrzehnten geargwhnt, prognostiziert und teilweise nachgewiesen - das duale Rundfunksystem eine Herausforderung an die Kultur? Wer ist von wem in welchem Sinn herausgefordert? In einer Diskussionsrunde und am Beispiel der E-Musik werden wir während dieser Tagung solchen Fragen nachgehen.

Die rundfunkgeschichtliche Chronik nach der "Wende", der zweite Schwerpunkt unserer Jahrestagung: wird sie in diesem ersten, für Historiker eigentlich noch verfrühten Rückblick die Geschichte einer "Besetzung und Besatzung" oder eher das Bild eines "echten, westdeutsche Fehler vermeidenden Neuanfangs" zeichnen? Ich erhoffe das zweite und bin nicht ohne Argwohn über Einzelercheinungen, die das erste Bild zu bestätigen scheinen.

Zum erstenmal hat der Studienkreis Rundfunk und Geschichte mit dieser Jahrestagung seine traditionelle "Heimat", den Boden der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, verlassen. Er öffnet sich dem Programm, den Organisationen und Strukturen des privat-kommerziellen Rundfunks, und er wird dies in Zukunft noch verstärkt tun. Er stellt damit seine Erfahrung, seine wissenschaftliche Kapazität, seine Hörfunk- und Fernsehpraxis durch die kritische Reflexion integrierende Kraft zur Verfügung. Er erhofft sich von den Landes-

stalten für Neue Medien sowie von den privaten Rundfunkgesellschaften Unterstützung beim Zugang zu Archiven und Programmen.

Auf dem "neutralen Boden" der Hochschule für Fernsehen und Film soll es ein guter Anfang sein, bevor wir - wer weiß? - in den nächsten Jahren bei SAT 1 oder RTL plus tagen. Noch einmal danke ich der HFF und den öffentlich-rechtlichen Anstalten in München, dem Bayerischen Rundfunk und der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, für die gemeinsame Gastgeberrolle, die unserer Tagung ein so angenehmes und großzügiges Umfeld bereitet hat. Die 22. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte ist eröffnet.

Bericht des Vorsitzenden Friedrich P. Kahlenberg für die Mitgliederversammlung am 13. September

Der Studienkreis Rundfunk und Geschichte ist in guter Entwicklung begriffen: Erst 22 Jahre alt, wachsen ihm neue Mitglieder zu, die die Zahl ausscheidender älterer Mitglieder mehr als ausgleichen. Inzwischen ist die Summe von 400 Einzelmitgliedern übertroffen. Nie zuvor war die Zahl der Teilnehmer an einer Jahrestagung größer als hier in München in diesem Jahr.

Gestern konnten Sie sich davon überzeugen, wie valide die Fachgruppenarbeit des Vereins ist, welche gute Arbeit bei der Technikgruppe, der Literaturgruppe, bei den Archivaren und Dokumentaren und schließlich bei der Fachgruppe Musik geleistet wird, von denen sich einzelne auch während des Jahres zu Arbeitssitzungen treffen. Mit den Sprechern Günter Roessler, Sabine Schiller-Lerg, Reinhold Viehoff, Edgar Lersch und Wolfgang Sieber freut sich darüber die Gemeinschaft aller Mitglieder. Jede Fachgruppe lebt vom Engagement ihrer Sprecher, von den einzelnen Arbeitsveranstaltungen. Ich freue mich, auch während dieser Tagung von Initiativen einzelner Mitglieder zu hören, nach dem Vorbild der in den siebziger und frühen achtziger Jahren existenten Regionalgruppen ähnliche Formen der Zusammenarbeit während des Jahres in Schleswig-Holstein/Hamburg und im Rhein-Neckar-Raum in Aussicht zu nehmen. Diese Initiativen empfehle ich der Aufmerksamkeit des neu zu wählenden Vorstandes. Den genannten Leitern der bestehenden Fachgruppen spreche ich an dieser Stelle in aller gebotenen Form meinen Dank aus.

Mit erfreulich starker Beteiligung auch aus den neuen Ländern fanden im Berichtszeitraum während der 11. Wahlperiode des Studienkreises das 18. und das 19. Doktoranden-Colloquium in Grünberg/Hessen wiederum unter Leitung von Walter Klingler und Rüdiger Steinmetz statt. Die Beratung unserer jüngeren Mitglieder und Gäste

bei ihren rundfunkbezogenen Studien im weitesten Sinne ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben des Vereins. Über den Bericht von Maximilian Titus (einem mir in seiner Identität nicht bekannten Autor), aber auch über den offenen Brief in Sachen "studentisches Fenster" im jüngsten Heft der MITTEILUNGEN freue ich mich. Die Desiderata beider Initiativen aus dem Kreis der Mitglieder unterstütze ich und empfehle sie dem neuen Vorstand zur Beachtung.

Die MITTEILUNGEN des Studienkreises stehen im 17. Jahrgang. Walter Först hat um die Entlassung aus dem Amt des verantwortlichen Redakteurs zum Jahresende gebeten. Diese Mitgliederversammlung ist eine gute Gelegenheit, mich Ihrer Unterstützung zu versichern, wenn ich noch von hier aus Walter Först in Ihrem Namen für seine seit 1974 geleistete Arbeit mit Respekt für seine Leistung von Herzen danke. Ich freue mich über die erneuten Initiativen, den MITTEILUNGEN eine inhaltlich wie im Erscheinungsbild neue Form zu geben; mit Befriedigung gebe ich zur Kenntnis, daß Walter Klingler bereit ist, in das Redaktionskollegium einzutreten und - sollte der neue Vorstand dies beschließen wollen - auch das Amt des verantwortlichen Redakteurs zu übernehmen.

Von unserer Schriftenreihe habe ich leider keine positiven Nachrichten zu vermelden. Während der zurückliegenden beiden Jahre ist leider kein neuer Band erschienen. Die Arbeit des Vorsitzenden war während der letzten, meiner 4. Wahlperiode leider durch die Vielfalt anderer Forderungen und dienstlicher Verpflichtungen im Zuge der bekannten Ereignisse seit November 1989 im Vergleich zu den vorausgegangenen Wahlperioden begrenzt. Das habe ich zu bedauern, insbesondere weil ich nicht mehr an allen Vorstandssitzungen, vor allem seit Herbst 1990, teilnehmen konnte. Es spricht für die vitale Tatkraft und Verantwortungsfreude meiner beiden Stellvertreter Winfried B. Lerg und Wolfgang Sieber, des Schriftführers Wolf Bierbach und des Schatzmeisters Wolfgang Hempel, aber auch der immer bereitwillig erbrachten Unterstützung durch die Beisitzer und kooperierten Vorstandsmitglieder, daß eine Beeinträchtigung im Entscheidungshandeln des Vereins nicht eingetreten ist. Ohnehin kann sich die Bilanz der in zwei Jahren erbrachten Arbeit sehen lassen. Dabei verweise ich auf Ihre unmittelbare Erfahrung bei dieser, der 22. Jahrestagung in München und der vorangegangenen in Saarbrücken im letzten Jahr. Allen, die an der Vorbereitung beteiligt waren, spreche ich den gehörigen Dank aus, beziehe dabei insbesondere die jeweils "vor Ort" tätigen Kollegen ein, Klaus Altmeier in Saarbrücken und Rüdiger Steinmetz hier in München. Dank auch den jeweils unterstützenden Anstalten und Einrichtungen, dem Saarländischen Rundfunk, dem Bayerischen Rundfunk, der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien und der Hochschule für Fernsehen und Film hier in München. Welcher Vorzug, Herr Kollege Oeller, in diesem Ambiente der Hochschule tagen zu dürfen!

Zur Bilanz der beiden letzten Jahre gehört ein weiteres. Der Grundsatzbeschluss des Vorstands von Ende 1989 gab dem Schatzmeister die Möglichkeit, den Studienkreis als Verwaltungsstelle in einer nicht rechtsfähigen Arbeitsgemeinschaft für berufliche Bildungsmaßnahmen

unter der Federführung und Trägerschaft des Südwestfunks Baden-Baden mitwirken zu lassen und eine "Arbeitsstelle für Mediendokumentation" in Baden-Baden einzurichten. Unter der unmittelbaren Verantwortung des Schatzmeisters ist seitdem eine ganze Reihe von Mitarbeitern im Rahmen von projektbezogenen Zeitverträgen als Lehrdokumentare oder als wissenschaftliche und Dokumentationsmitarbeiter in Umschulungslehrgängen und in verschiedenen Projekten tätig, die teilweise aus Mitteln der Arbeitsverwaltung, teils durch Werkverträge des Studienkreises mit Auftraggebern finanziert werden. Der Schatzmeister wird in seinem Bericht noch selbst auf diese Projekte eingehen.

Die laufenden Einnahmen, in die natürlich auch Verwaltungskosten einkalkuliert sind, haben den Studienkreis in die Lage versetzt, zusätzlich zu diesen Projekten im Sommer des Jahres 1990 bei den Intendanten des Funkhauses Berlin und des Deutschen Fernsehfunks den Auftrag für eine Bestands-, Organisations- und Personalanalyse der Archivorganisationen dieser beiden Rundfunkeinrichtungen der ehemaligen DDR zu aquirieren. Im Auftrag des Studienkreises hat dann die Hauptabteilung Dokumentation und Archive, unterstützt durch Bernhard Koßmann vom Hessischen Rundfunk, durch Edgar Lersch vom Süddeutschen Rundfunk und von Mechthild Kreike vom Deutschen Rundfunkarchiv, entsprechende Untersuchungen in Ost-Berlin vorgenommen und zwei umfangreiche Berichte erstellt, die Anfang dieses Jahres von Wolfgang Hempel und mir den Intendanten Michael Albrecht und Christoph Singelnstein übergeben wurden. Beide Berichte sind Grundlage eines Rahmenkonzepts für ein Deutsches Rundfunkarchiv Ost geworden, über das der Verwaltungsrat des DRA demnächst zu entscheiden haben wird.

Da sich durch die Initiativen und Aktivitäten unseres Schatzmeisters die durchlaufenden Mittel des Studienkreises erheblich erhöht haben, hat der Vorstand auf Vorschlag des Schatzmeisters entschieden, eine Gemeinnützige Gesellschaft für Fortbildung, Forschung und Dokumentation mbH mit Sitz in Potsdam zu gründen. Die Eintragung in das Handelsregister mit einem Grundkapital von DM 50.000 und dem Studienkreis als alleinigem Gesellschafter ist vollzogen, und die Gesellschaft wird zum 1. Januar 1992 ihre Tätigkeit in Potsdam aufnehmen. Sie wird sich um weitere Umschulungslehrgänge für wissenschaftliche Dokumentare kümmern, aber auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Wissenschaftler und Archivare, Bibliothekare und Dokumentare in den neuen Ländern einrichten. Im Gesellschaftsvertrag ist vereinbart, daß die GmbH pro Jahr dem Studienkreis eine Spende in Höhe von DM 12.000 zuwendet, die zweckgebunden für ein jährlich während des Doktoranden-Kolloquiums zu vergebendes "Wilhelm-Treue-Stipendium" für eine wissenschaftliche Arbeit zur Rundfunkgeschichte jüngerer Mitglieder verwendet wird. Welchen Nutzen diese GmbH dem Studienkreis bei seiner zukünftigen Arbeit bringen wird, muß sich zeigen. Da sie sich aber ausschließlich des Grundkapitals außerhalb des laufenden Vereinshaushaltes des Studienkreises selbst entwickelt hat und keinerlei finanzielle Risiken für den Studienkreis birgt, kann dieser von seiner GmbH nur profitieren. Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des

Landes Brandenburg hat dem Studienkreis für diese GmbH vorerst kostenlos Räume im Landeshauptarchiv Potsdam in der Orangerie Sanssouci überlassen. Die GmbH wird dort u.a. als Lehrdokumentationsstelle ein "Pressearchive Brandenburg" aufbauen und betreiben und eng mit der neu gegründeten Universität Potsdam sowie mit den Archiven im Raum Potsdam, sicher auch mit dem Bundesarchiv, zusammenarbeiten.

Der geschäftsführende Vorstand hat auf Einladung der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung am 1. März dieses Jahres in Potsdam an einer Tagung zur Frage der Rundfunkneuordnung in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern teilgenommen. Aus dem Kreis der Mitglieder des Studienkreises wurden vom brandenburgischen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Kollegen Helmut Drück, Burkhard Freyberg und Wolfgang Hempel mit mir in eine "Expertengruppe Film und Medien" berufen, die sich am 29. August in Potsdam konstituierte. Sie berät den Minister insbesondere in der Frage nach der Zukunft der DEFA in Babelsberg und jener der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam. Unterstützt habe ich während des Berichtszeitraums auch das insbesondere von Eberhard Fechner geförderte Projekt "Deutsche Mediathek" der Akademie der Künste in Berlin. Aus allen diesen Aktivitäten ergeben sich Betätigungsmöglichkeiten für unsere jüngeren Mitglieder.

Ich selbst habe die Arbeit im Vorstand des Studienkreises Rundfunk und Geschichte seit Frühjahr 1973, damals unter dem Vorsitz von Wilhelm Treue, begleiten dürfen. Das Mandat des 1. Vorsitzenden haben Sie mir zum erstenmal im Jahre 1983 hier in München gegeben. Der Kreis schließt sich: Heute lege ich in München das Amt nieder und danke Ihnen allen für Ihr Vertrauen.

Erlauben Sie mir noch zwei persönliche Bemerkungen. Zunächst habe ich alle hier Anwesenden vom Ehrenvorsitzenden des Vereins, Professor Wilhelm Treue, zu grüßen. Er hat sich über die Ehrung, die die Einrichtung des nach ihm benannten Stipendiums für ihn bedeutet, sehr gefreut. Herr Treue wünscht dem neuen, von Ihnen heute zu wählenden Vorstand viel Erfolg und Freude.

Zuletzt bekenne ich, daß ich mich darauf freue, in Zukunft als einfaches Mitglied dem Studienkreis Rundfunk und Geschichte weiter anzugehören und vielleicht sogar einmal wieder eine Besprechung, einen kleinen Beitrag für die MITTEILUNGEN zu schreiben. Vermissen werde ich die Inspiration und menschliche Bereicherung, die ich in achtzehn Jahren meiner aktiven Mitarbeit im Vorstand des Studienkreises erfahren habe.

Meinem Nachfolger im Amt des Vorsitzenden wünsche ich das gleiche Maß an Kollegialität im Vorstand, an Vertrauen in der Mitgliedschaft, das ich selbst gefunden habe. Ich wünsche ihm ein Mehr an Inspiration, an Tatkraft, an Kontinuität des Engagements als ich es - zumindest in den letzten Jahren - einbringen konnte. Ich bitte Sie, die Mitglieder, auch an dieser Stelle, um Ihre aktive Mitarbeit. Benutzen Sie die MITTEILUNGEN als Diskussionsforum, als Kom-

munikationsmittel zwischen Colloquien und Jahrestagungen. Wir wollen uns um eine regelmäßigeren als die in den beiden letzten Jahren erfahrene Erscheinungsweise bemühen. Wichtig wird dem neu zu wählenden Vorstand Ihre, der Mitglieder kritische Solidarität, die Offenheit Ihres Arguments sein. Auf eine gute Zukunft für den Studienkreis Rundfunk und Geschichte, für Sie alle!

Pressestimmen

Aus "Süddeutsche Zeitung" Nr. 218 vom 20.9.1991

Mosaiksteinchen zusammenfügen, um Wahrheiten zu erkennen

Forum des „Studienkreises Rundfunk und Geschichte“ zur Ost-West-Medien-Problematik

Journalisten und Medien haben die „Wende“ in der DDR nicht in Gang gebracht; aber sie haben sie auch nicht gebremst, sondern vielmehr vorangetrieben. Diese Feststellung mag überraschen, ist aber doch teilweise schon zu belegen.

Während eine Analyse der seit Ende 1989 gedruckten und gesendeten Texte und Bilder in der Ex-DDR noch aussteht, versuchen Wissenschaftler schon erste Schneisen in das dicke und vom Westen her besonders unübersichtliche Gestrüpp von Ankündigungen und Initiativen, Handlungen, Verhinderungen und Interessenkollisionen im Bereich der Medien der ehemaligen DDR zu schlagen. Diese erste Erkenntnis trug der Kommunikationswissenschaftler *Arnulf Kutsch* (Universität Münster) am letzten Wochenende in München vor: „Nachdem aber am 18. Oktober 1989 Erich Honecker und mit ihm Joachim Herrmann, der für die Lenkung und Kontrolle der Medien zuständige Sekretär des SED-Zentralkomitees, gestürzt waren, ging die entscheidende Initiative zum Wandel der Publizistik nicht von den Parteien oder neuen Gruppierungen aus, sondern von den Journalisten, zunächst durch ihre Berufsverbände, sehr bald auch in den Medien selbst.“ Im Hörfunk und Fernsehen wurden die „Leitenden“ hinausbefördert, Staatsferne und Unabhängigkeit des Rundfunks verkündet und umfassende Programm- und Strukturreformen durchgeführt.

Wie ohnmächtig Journalisten tatsächlich sind, erwies sich jedoch bald. Während westliche Zeitungskonzerne Redaktionen, Vertriebs- und Einflußbereiche im „Beitrittsgebiet“ eroberten, liefen Versuche zur Neuordnung des Rundfunks unkoordiniert auf mehreren Ebenen: Der Medienkontrollrat beschäftigte sich ebenso damit wie in Berlin-Brandenburg der Regionalaus-schuß, die neu entstandenen Parteien und nicht zuletzt die Staatskanzleien der neuen Bundesländer, – sicher nicht ohne westliche Berater. Der Aufgabe, den von Berlin

aus zentral gesteuerten und verwalteten Rundfunk der DDR zu föderalisieren und ARD-kompatibel zu organisieren, war das von der Regierung de Maiziere eingerichtete Medienministerium unter dem Theologen *Gottfried Müller* (CDU) nicht gewachsen. Es brachte zwar noch ein Medienüberleitungsgesetz durch die Volkskammer, aber das war nur knapp drei Wochen gültig, dann erfolgte der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Denn parallel waren in Bonn bereits Weichen gestellt worden. Das Bundesinnenministerium, der Kanzler selbst hatten sich eingeschaltet, um die Rundfunkneuordnung im Sinne der Regierungsparteien im Einigungsvertrag zu regeln. DDR-Gremien scheinen regelrecht überfahren worden zu sein. Der erstaunten Öffentlichkeit wurde ein „Rundfunkbeauftragter“ präsentiert, der sich gemäß Art. 36 des Einigungsvertrages daran machte, „abzuwickeln“. *Rudolf Mühlenzel* ist noch dabei, Entlassungsbriefe zu schreiben und die Liquidation der Berliner Betriebe vorzubereiten.

Welche Kräfte aber waren 1990 und sind bis heute wirklich am Werk, wer hat da Rundfunkgeschichte geschrieben? Alle Beteiligten sind ja noch zu befragen. Die für Historiker seltene Chance ergab sich jetzt in München. *Gottfried Müller*, nun Thüringens Landtagspräsident, *Manfred Becker*, damals Staatssekretär in der DDR-Regierung und jetzt medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Berlin, *Christoph Singelstein*, geschäftsführender Intendant des ostberliner Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks und jetzt Intendant des neuen Mitteldeutschen Rundfunks (Leipzig), saßen auf einem Podium nebeneinander. Das Forum hatte der „Studienkreis Rundfunk und Geschichte“ in der mit der Ost-West-Problematik nicht nur in ihren „Offenen Mittwoch“-Veranstaltungen intensiv beschäftigten Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) in Giesing geschaffen.

Warum hat die letzte DDR-Regierung

keine Rundfunkordnung zustande gebracht? De Maiziere habe „eigene Berater“ gehabt, die das Medienministerium unter Druck gesetzt und eigene Politik gemacht hätten. Die Rundfunkreferenten der neuen Bundesländer seien schon tätig gewesen, und so seien die Rundfunkfragen auf die parteipolitische Schiene geraten, – so *Becker*. De Maiziere habe die Verantwortung für einen „Rundfunkbeauftragten“ nicht übernehmen wollen und der Medienkontrollrat nur hemmend gewirkt, so *Müller*. Dazu *Singelstein* knapp: *Günter Krause*, schon damals wohl Vertrauensmann des Kanzlers und heute Bundesverkehrsminister, der gar nicht zuständig war, setzte den Artikel 36 und den Rundfunkbeauftragten durch. Mosaiksteinchen zusammenfügen, um schließlich historische Wahrheiten erkennen zu können, ist ein mühsames Geschäft in Zeiten, wo das Geschehen lawinenartig über uns herein stürzt. Die Jahrestagung des Studienkreises, die sich nicht nur der Medienentwicklung in Ostdeutschland, sondern auch einer Zwischenbilanz des „dualen Rundfunksystems“ in zahlreichen Referaten und Diskussionen widmete, hat einige solcher Steinchen zutage gefördert. Dazu gehören auch Bemerkungen im sehr kritischen „Zwischenbericht“ über die Medien in den neuen Ländern von *Wolfgang Mühl-Beninghaus* (Humboldt-Universität), die Darstellung der Rundfunkrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durch die Professoren *Ernst W. Fuhr* (Mainz) und *Martin Stock* (Bielefeld) und das Referat von *Rüdiger Steinmetz* (Hochschule für Fernsehen und Film, München), der ersten Versuchen, privaten Rundfunk und kommerzielles Fernsehen in der Bundesrepublik durchzusetzen, schon vor Adenauer in den 50er Jahren nachging. Bemerkenswert auch die unerwartete Harmonie zwischen zwei Konkurrenten: dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks, *Albert Scharf*, und dem Präsidenten der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, *Wolf-Dieter Ring*.

Die Rolle der politischen Parteien, des Bundes und der Länder bei der Rundfunkneuordnung im Osten bedarf – sieht man sich als erstes konkretes Ergebnis die neuen Rundfunkgesetze an – durchaus der Erforschung. Für den Studienkreis, der Dissertationen und Abschlußarbeiten fördert, die sich mit der Geschichte der Medien befassen, ein weithin interessantes Feld.

Andrea Brunnen-Wagenführ

Aus: "Funk-Korrespondenz" Nr. 39

22. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e. V.

Zwischen dem 12. und 14. September trafen sich die Mitglieder des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V." zu ihrer 22. Jahrestagung in München. Historische und aktuelle Probleme des dualen Rundfunks und Fragen zur Umgestaltung der Rundfunklandschaft in den neuen Bundesländern standen im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Veranstaltung. Den Auftakt bildete die erstaunlich harmonisch verlaufene Diskussion zwischen dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Albert Scharf, und dem Präsidenten der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, Wolf-Dieter Ring. Beide versuchten Bilanz der siebenjährigen dualen Rundfunkpraxis zu ziehen, in deren Verlauf weder neue inhaltliche Fragen noch alte Berührungspunkte deutlich wurden. Einig war man sich hingegen, daß es auch in Zukunft kein freies Spiel der Kräfte im Bereich der audiovisuellen Rundfunkmedien geben sollte. Anschließend reflektierte Rüdiger Steinmetz von der gastgebenden Hochschule für Fernsehen und Film die ersten Versuche, in den 50er Jahren ein kommerzielles Fernsehen in der Bundesrepublik zu errichten. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand vor allem die Darstellung der parteipolitischen Erwägungen der Regierung unter Konrad Adenauer, die zur Gründung der "Deutschland GmbH" führten. In Kürze wird von Rüdiger Steinmetz zu diesem Thema seine verdienstvolle Habilitationsschrift veröffentlicht, die an Hand eines umfangreichen Quellenmaterials diese medienhistorisch bisher kaum bearbeiteten Fragestellungen erstmals darstellt.

Zum Streit über die "richtige" Musikrezeption geriet an manchen Stellen die Diskussion über E-Musik-Programme im Hörfunk zwischen Jürgen Christ von "Klassik-Radio Hamburg" und Attila Csampai vom Bayerischen Rundfunk, an der auch Heiner Müller-Arolphi vom WDR und Karsten Schmidt vom inzwischen nicht mehr existierenden "Radio Belcanto" teilnahmen. Trotz aller Bemühungen des Gesprächsleiters, Wolfgang Sieber, neue Fragestellungen aufzuwerfen, versuchte Attila Csampai immer wieder zu verdeutlichen, daß Beschränkungen auf Auszüge großer Musikwerke und zugleich ein weitgehender Verzicht auf eine Hinführung des Hörers an die jeweilige Interpretation von klassischer Musik durch die Privaten zu abgestumpften Klassikrezipienten führen müsse - analog der Entwicklung in der Popmusik. Dem entgegen setzte Jürgen Christ das Recht des Hörers auf ein Angebot an klassischer Musik auch ohne umfassende Wortbeiträge. In diesem Zusammenhang argumentierte er nicht nur mit der relativ hohen Einschaltquote von "Klassik-Radio", sondern auch mit den veränderten Seh- und Hörgewohnheiten infolge der vermehrten Programmangebote. Mit dieser Argumentationslinie knüpfte er unmittelbar an eine Diskussionsrunde unter Leitung von Karl F. Reimers zum Problem der sich im dualen System verändernden Kultur an, eine Fragestellung, die voraussichtlich auch in Zukunft immer wieder neu zu beantworten ist.

Mit einer Darstellung der Geschichte der Medienrechtssprechung durch das Bundesverfassungsgericht seit 1961 knüpfte Ernst W. Fuhr (ZDF) an den Vortrag von Rüdiger Steinmetz an. Martin Stock von der Universität Bielefeld versuchte, mit der Interpretation des 6. Rundfunkurteils Konsequenzen für die Zukunft des dualen Systems herauszuarbeiten.

Mit einem Abriß der Geschichte des ostdeutschen Rundfunks zwischen dem September 1989 und der Unterzeichnung des Einigungsvertrages 1990 leitete Arnulf Kutsch von der Universität Münster den zweiten Schwerpunkt der diesjährigen Jahrestagung ein. Anschließend gab Wolfgang Mühl-Benninghaus von der Humboldt-Universität Berlin einen Zwischenbericht zum gegenwärtigen Stand der Rundfunkneuordnung in den fünf neuen Bundesländern. In teilweise politisch inspirierten Bahnen bewegte sich die abschließende Diskussion zwischen dem Medienminister der Regierung de Maizière, Gottfried Müller, dessen ehemaligen Staatssekretär Manfred Becker, dem amtierenden Intendanten des Funkhauses Berlin, Christoph Singelstein, und dem Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks, Udo Reiter. Deutlich wurden in dem Gespräch vor allem zwei Momente: Zum einen die Rolle vieler Journalisten in der ehemaligen DDR, die zwar die Wende nicht bewirkt, sie aber nach dem Sturz Honeckers wesentlich befördert haben, und zweitens, daß die etablierten Parteien in den Altbundesländern spätestens seit dem Einigungsvertrag, dessen Artikel 36 wesentlich auf Drängen der westlichen Verhandlungspartner von Staatssekretär Krause formuliert wurde, versuchen, die Rundfunklandschaft des Ostens nach ihren

Interessen zu gestalten. Der neuernannte Intendant des MDR enttäuschte insofern, als er zur Zukunft der Anstalt nicht mehr als zuvor an anderen Stellen zu sagen hatte. Wichtig für den Studienkreis, der sich der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses annimmt, war allerdings die Feststellung von Karl F. Reimers, daß zwischen dem MDR und des in Gründung befindlichen Fachbereichs Kommunikations- und Medienwissenschaften/Journalistik/Öffentlichkeitsarbeit (PR) in Leipzig ähnliche Kooperationsbeziehungen gepflegt werden sollen, wie sie zwischen der HFF in München und anderen Rundfunkanstalten seit langem üblich sind. Die Diskussionsrunde bildete zugleich einen wesentlichen Beitrag für die Klärung von Medienfragen im Zuge der deutschen Einheit. Seit langem wird diese Frage im Rahmen der Veranstaltungen "Offener Mittwoch" zwischen Studenten, Gästen und einer interessierten Öffentlichkeit von den verschiedensten Standpunkten aus diskutiert. Die vielen Magisterarbeiten, die thematisch durch diese Veranstaltungen beeinflusst wurden, werden sicherlich helfen, bestehende Unklarheiten über die Vorgänge im Osten Deutschlands in den letzten zwei Jahren aber auch in der Mediengeschichte der DDR zu beseitigen.

Von der Mitgliederversammlung wurde RIAS-Intendant Helmut Drück zum neuen Vorsitzenden des Studienkreises gewählt. Zuvor hatte der langjährige Vorsitzende, Friedrich P. Kahlenberg wegen Arbeitsüberlastung um Verständnis für seinen Rücktritt gebeten (vgl. Personalien FK 38). Desweiteren stimmten die Mitglieder einem Vorschlag von Friedrich P. Kahlenberg und Wolfgang Hempel (SWF) zu, daß der Studienkreis sich in Zukunft neben seinen traditionellen Aufgaben nun auch verstärkt im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen in den fünf neuen Bundesländern engagieren wird. 26.9.91-MB/FK

Aus: "Fernseh-Informationen" Nr. 18/September 1991

FORSCHUNG: STUDIENKREIS VOR NEUEN AUFGABEN

**"Studienkreis Rundfunk und Geschichte" soll Träger ostdeutscher
Bildungseinrichtungen werden**

Dr. Helmut Drück, Intendant des RIAS Berlin, wurde am 13.9.1991 zum neuen Vorsitzenden des Vorstandes des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V." gewählt; er löste Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, Präsident des Bundesarchivs (Koblenz), ab, der das Amt seit vier Jahren innehatte und es auf eigenen Wunsch wegen Arbeitsüberlastung im Zusammenhang mit der 'Wende' abgegeben hat. Der zweite Kandidat, Prof. Dr. Winfried B. Lerg, Direktor des Instituts für Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, einer der Mitgründer des Studienkreises, unterlag Drück mit 29:30 Stimmen. Ein für viele Mitglieder des Studienkreises, die zur Jahrestagung in München versammelt waren, überraschendes Wahlergebnis, - möglicherweise ein Hinweis auf künftig veränderte Aktivitäten des Vereins.

Eine 'Wende' zeichnet sich ab. Die Jahrestagung 1991 des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V." in München, von Dr. Rüdiger Steinmetz (HFF) und Dr. Walter Klingler (SWF) mit Hilfe von Bayerischem Rundfunk und Bayerischer Landeszentrale für neue Medien so sorgfältig vorbereitet wie kaum eine zuvor, versammelte nicht nur Prominenz auf den Podien, führte Dialoge, Gespräche und Erkundungen über den Ost-West-Rundfunk-Umbruch ein Stückchen weiter und half damit, Geschichte zu schreiben. Der Verein selbst könnte mit neuen Vorgaben anders und vielleicht noch aktiver arbeiten.

Geschichte, vornehmlich Rundfunkgeschichte zu erkunden und Arbeiten zu fördern, die an den Universitäten und Hochschulen des Landes vergeben und zu diesem Thema erarbeitet werden, hatte sich der Studienkreis 1969 bei seiner Gründung zum Ziel gesetzt. Ohne die Rundfunkanstalten, bei denen das Material anfällt, können solche Arbeiten nicht geschrieben werden. Ohne öffentliche Bibliotheken und das Entgegenkommen von Landes- und Bundesbehörden kommen Studierende, Diplomanden und Doktoranden nicht an Akten heran. Der 1972 gegründete Studienkreis sucht Wege zu öffnen und Kontakte zu vermitteln, um deren Arbeiten zu ermöglichen und zu unterstützen, indem er Repräsentanten aller Richtungen zusammenbringt und Studierende berät. Im jährlich durchgeführten Doktoranden-Kolloquium in Grünberg/Hessen konzentriert sich diese Arbeit. Die FI haben kontinuierlich darüber berichtet, allerdings in diesem Jahr auch eine sehr fundierte Kritik darüber veröffentlicht (vgl. FI.Nr. 11/1991, Seite 321 f.). Defizite in der Forschung über die Rundfunkgeschichte wurden in dem Beitrag ebenso aufgelistet, wie Versäumnisse des Studienkreises, der nach Meinung des Autors mehr zur Koordination hätte tun können, um bestimmte Bereiche der Rundfunkgeschichte besser auszuleuchten.

Eine Balance zwischen den Vertretern der Wissenschaft, die aus den verschiedensten Disziplinen der deutschsprachigen Universitäten kamen, der Rundfunkanstalten und ihrer Archive, sowie der staatlichen Archive und Sammlungen strebte der Studienkreis immer an. Sie drückte sich auch in der Zusammensetzung der Persönlichkeiten aus, die in Grünberg die Arbeitskreise fachkundig leiteten und den Kandidaten der Universitäten auch das übrige Jahr über zu Auskünften und Rat zur Verfügung standen. Vorsitzender des Studienkreises war mit *Prof. Wilhelm Treue* (Universität Gießen) mehr als ein Jahrzehnt zunächst ein Vertreter der Hochschulen,

mit dem Präsidenten des Bundesarchivs dann ein Vertreter der Archive. Ein Rundfunkintendant war noch niemals Vorsitzender, und das, obwohl mit *Prof. Dr. Hans Bausch* (Stuttgart) ein Intendant zu den bekanntesten Rundfunkhistorikern gehört.

Bei der Wahl des neuen Vorstandsvorsitzenden am 14.9.1991 in München gab es zwei Kandidaten. Neben *Dr. Helmut Drück*, vor einem Jahr durch Studienkreis-Schatzmeister *Wolfgang Hempel* (SWF) vorgeschlagen, kandidierte auch *Prof. Dr. Winfried B. Lerg*, Mitgründer des Studienkreises, der in Jahrzehnten seine Erfahrung und sein ganzes Wissen dem Wissenschafts-Nachwuchs zur Verfügung stellte. Daß *Lerg*, für Kollegen wie Studierende unbestritten eine Autorität, der die Grünberger Doktoranden-Kolloquien leitet und für die Schriftenreihe des Studienkreises verantwortlich zeichnet, unterliegen würde, hatte anscheinend keines der Mitglieder erwartet. Für selbstverständlich hatten es dagegen alle gehalten (und von den Kandidaten war das auch bestätigt worden), daß der nicht Gewählte sich als stellvertretender Vorsitzender zur Verfügung stellen würde. *Professor Lerg* lehnte das jedoch nach der Wahl von *Drück* ab; gleichzeitig legte *Dr. Wolf Bierbach*, einer der vielen von *Prof. Lerg* ausgebildeten Kommunikationswissenschaftler und jetzt Leiter der WDR-Landesredaktion in Köln, seinen Sitz als Schriftführer nieder.

Zwei neue Stellvertreter des Vorsitzenden wurden von der Mitgliederversammlung gewählt:

- *Dr. Walter Klingler*, Leiter der Medienforschung im Südwestfunk, Baden-Baden, und
 - *Dr. Rüdiger Steinmetz* von der Hochschule für Fernsehen und Film (HFF), München.
- Sie lösten *Prof. Dr. Winfried B. Lerg* und *Dr. Harald Heckmann*, Vorstand des Deutschen Rundfunk-Archivs der ARD (der am 30.9.1991 in den Ruhestand tritt), ab.

Neuer Schriftführer wurde

- *Dr. Edgar Lersch*, Leiter des Historischen Archivs im Süddeutschen Rundfunk (Stuttgart) als Nachfolger von *Dr. Wolf Bierbach*.

Als wurde Schatzmeister wurde bestätigt

- *Wolfgang Hempel*, Leiter Dokumentation und Archive des Südwestfunks (Baden-Baden).

Als neue Beisitzer wählten die Mitglieder:

- *Prof. Dr. Rolf Steininger*, Universität Innsbruck,
- *Dr. Wolfgang Mühl-Benninghaus*, Humboldt-Universität, Berlin,
- *Dr. Wilhelm van Kampen*, Landesbildstelle Berlin,
- *Dr. Michael Crone*, Leiter des Historischen Archivs des Hessischen Rundfunks (Frankfurt am Main).

Dem Vorstand gehören weiter als "geborene" Mitglieder an:

Die Sprecher der Fachgruppen

- Musik und Rundfunk: *Dr. Wolfgang Sieber*, Sendeleiter des Hessischen Rundfunks (Frankfurt/Main)
- Technikgeschichte: *Dr. Günther Roessler*, Technischer Direktor der Deutschen Welle (Köln)
- Literatur und Rundfunk: *Dr. Reinhold Viehoff*, Bonn

sowie die Leiter der Archive:

- *Dr. Heiner Schmitt*, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz
- *Dr. Harald Heckmann*, Deutsches Rundfunk-Archiv, ARD

Noch verantwortlich für die "Mitteilungen" des Studienkreises:

- *Prof. Walter Först* (Köln), bis 31.12.1991.

Zahlreiche "kooptierte" Mitglieder gehören dem erweiterten Vorstand an.

Neue Tätigkeitsfelder für den Studienkreis

Der Verein ist in einem Wandel begriffen. Der scheidende Vorsitzende betonte ausdrücklich: "Der Studienkreis ist lebendig auf verschiedenen Ebenen, nicht zuletzt in den Fachgruppen wird kräftig diskutiert, er kann auch im Osten wirksam werden." Und der neue Vorsitzende bekräftigte: "Der Studienkreis muß seine Position finden, in Forschung, Lehre und Praxis weiterarbeiten und dabei die wissenschaftliche Nachwuchsarbeit nicht vernachlässigen. Doch gilt es, Schwerpunkte auszubauen und dabei auf die Kontinuität zu vertrauen."

Um die Kontinuität zumal der wissenschaftlichen und der Nachwuchsarbeit fürchten aber viele Mitglieder; die Vorstandswahl scheint eine Spaltung zu signalisieren. Hervorgerufen wurden die Bedenken durch Aktivitäten des Schatzmeisters, *Wolfgang Hempel*, die dieser zwar nicht ohne Zustimmung des Vorstands, aber doch weitgehend selbständig in die Wege geleitet und die Vorstandsvorsitzender *Prof. Dr. Kahlenberg* zustimmend begleitet hat. Diese Aktivitäten betreffen die Ausbildung von wissenschaftlichen Dokumentaren, für die der Studienkreis als Trägergesellschaft fungiert.

Auf *Hempels* Initiative bietet der Südwestfunk (SWF) schon seit längerem jedes Jahr drei Hochschulassistenten ein Volontariat im Bereich Dokumentation und Archive an, wo sie zu Wissenschaftlichen Dokumentaren ausgebildet werden. Auf Wunsch des Arbeitsamtes Rastatt übernahm es der SWF zusätzlich vor mehr als zwei Jahren, im Rahmen eines Pilotprojektes arbeitslose Hochschulabsolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere arbeitslose Gymnasiallehrer, zu Wissenschaftlichen Dokumentaren auszubilden. Der SWF löste diese Aufgabe, indem er einen Ausbildungsverbund zwischen verschiedenen Institutionen herstellte. Vom Lehrinstitut für Dokumentation (LID) in Frankfurt am Main kamen die Kandidaten. Ab August 1987 wurde dieses Pilotprojekt erweitert und auf Vorschlag des SWF als bundesweites Pilotprojekt unter Beteiligung aller Rundfunkanstalten (außer WDR und Radio Bremen) durchgeführt. Inzwischen sind an die einhundert Fachkräfte erfolgreich ausgebildet bzw. umgeschult worden, weitere Projekte laufen und sind geplant. An dieser Stelle kommt der Studienkreis Rundfunk und Geschichte ins Spiel. Schon für die befristete Einstellung von Lehr-Dokumentaren im SWF fungierte er, mit den anderen Institutionen in einer nicht rechtsfähigen Arbeitsgemeinschaft verbunden, mit Genehmigung seines Vorstands als Trägergesellschaft.

Für Umschulungen und Arbeitsbeschaffungs-(ABM-)Maßnahmen in den neuen Bundesländern werden Trägergesellschaften benötigt, der Studienkreis soll dort ebenfalls tätig werden. Der brandenburgische Wissenschaftsminister *Hinrich Enderlein* (F.D.P.), früher als Vertreter des Landtags von Baden-Württemberg im SWF-Rundfunkrat, und *Wolfgang Hempel* kennen sich

aus Baden-Baden und arbeiten auch in der F.D.P.-Medienkommission zusammen. Die Idee, in Potsdam eine Ausbildungseinrichtung für Dokumentare zu schaffen, hat sich - angelehnt an die positiven Erfahrungen in Baden-Baden - im Laufe des Jahres 1990 verdichtet. Im Frühjahr 1991, bei den "1. Potsdamer Gesprächen" der Friedrich-Naumann-Stiftung der F.D.P. über "Rundfunk im Lande Brandenburg" (vgl. Bericht in FI Nr. 5/1991), trafen die Initiatoren mit vier Vorstandsmitgliedern des Studienkreises zusammen, Entscheidungen bereiteten sich vor. Im Studienkreis haben sich derweil aber - wie bei der Jahrestagung deutlich wurde - Gruppen mit unterschiedlichen Auffassungen gebildet.

Die FI haben Wolfgang Hempel, der offensichtlich weitere Tätigkeitsfelder für den Verein erschließen will, gebeten, die Lage aus seiner Sicht darzustellen. Er schrieb uns:

"Die Mitteilung des Vorsitzenden des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V., Professor Friedrich P. Kahlenberg, in seinem Rechenschaftsbericht auf der Jahrestagung in München, der Vorstand habe die Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft für Fortbildung, Forschung und Dokumentation des Studienkreises Rundfunk und Geschichte mbH mit Hauptsitz Potsdam beschlossen und in die Wege geleitet, stieß bei einer Reihe von Mitgliedern auf Überraschung und veranlaßte zur Nachfrage. Es wurden Bedenken geäußert, hier sollten neue Akzente in der Arbeit des Studienkreises gesetzt werden, die von der Rundfunkwissenschaft wegführen würden zu dokumentations- und archivwissenschaftlichen Fragestellungen. Und da sich auf dieser Jahrestagung zum ersten Mal in der Geschichte des Studienkreises zwei Kandidaten um das Amt des Vorsitzenden bewarben, wurde in Kreisen der Mitglieder eine mögliche Richtungsänderung des Studienkreises vermutet.

Die Vorgeschichte der Gründung der gemeinnützigen GmbH ist oben dargestellt. Seit 1986 wurden neben der jährlich beginnenden zweijährigen Ausbildung von je drei Volontären insgesamt fünf Umschulungslehrgänge für je ca. 24 arbeitslose Hochschulabsolventen der Sozial- und Geisteswissenschaften, in Einzelfällen auch der Naturwissenschaften, im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft federführend vom SWF organisiert. Partner in dieser lockeren Arbeitsgemeinschaft sind das Bundesarchiv, das Archiv der deutschen Jugendbewegung Burg Ludwigstein, Rundfunkarchive, Parlamentsarchive, Universitäts-, Landes- und Stadtbibliotheken sowie sonstige Archiv- und Dokumentationsstellen in Wirtschaft und Verwaltung sowie das Lehrinstitut für Dokumentation in Frankfurt am Main, die Archivschule Marburg und - als Abwicklungs- und Verwaltungsstelle für Lehrdokumente - der Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V.

Der Vorstand hatte dem Schatzmeister die Genehmigung erteilt, sich administrativ in diese Arbeitsgemeinschaft einzubringen. Es stellte sich bald heraus, daß trotz der Beauftragung eines Steuerbüros mit den buchhalterischen Aufgaben das Finanzvolumen solcher Maßnahmen zu groß war, um es im Rahmen eines normalen Schatzmeisteramtes unter der Prüfaufsicht von zwei Kassenprüfern langfristig zu verantworten. Es stellte sich also die Frage, entweder aus der Funktion der Verwaltungsstelle innerhalb der Arbeitsgemeinschaft auszusteigen, was bei der Konstruktion dieser Arbeitsgemeinschaft jederzeit möglich war, oder weiterhin beteiligt zu sein durch die Ausgliederung der Umschulungsaktivitäten aus dem Studienkreis selbst in eine neu zu gründende und jedes Risiko begrenzende GmbH, an der der Studienkreis alleine oder als einer

von mehreren Gesellschaftern beteiligt sein würde. Der Vorstand hat sich für eine nur dem Studienkreis gehörende GmbH entschieden, weil ein solches Instrument dem Studienkreis in der Zukunft vielfältige Handlungsmöglichkeiten eröffnen kann, und er legte fest, daß diese GmbH für ein Doktorandenstipendium pro Jahr zunächst DM 12.000,- erwirtschaften muß, die als eine Spende an den Studienkreis abzuführen sind.

Die Aktivitäten dieser GmbH werden über einen Verwaltungsrat kontrolliert, der nach dem Gesellschaftsvertrag aus dem Vorsitzenden des Studienkreises, dem Schatzmeister, vier weiteren von der Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit zu bestimmende Mitglieder, die nicht Mitglieder des Studienkreises sein müssen, sowie je einem Vertreter der brandenburgischen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, für Wirtschaft und Technologie und für Arbeit und Soziales besteht. Der Verwaltungsrat beruft einen Beirat, der im wesentlichen aus Wissenschaftlern bestehen soll. Gegenstand des Unternehmens sind Ausbildung, berufliche Bildung, Erwachsenenbildung, Forschung und Dokumentation im Bereich Archiv, Bibliothek, Dokumentation, Information, Audiovisuelle - sowie Printmedien sowie der politischen Bildung. Ein besonderer Schwerpunkt soll in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Umschulung und Fortbildung nach dem Arbeitsförderungs-gesetz, insbesondere für arbeitslose Akademiker sowie die Einrichtung und Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sein.

Daß die Gesellschaft mit Sitz in Potsdam gegründet wurde, hat sowohl mit den Aufgaben in den neuen Ländern zu tun, denen sich auch ein Studienkreis Rundfunk und Geschichte nicht entziehen kann, aber auch mit der Tatsache, daß ein Zentrum der Umschulungsaktivitäten, die Aus- und Weiterbildungslehrgänge des Lehrinstituts für Dokumentation Frankfurt/Main, das zum Jahresende 1991 seine Aktivitäten einstellt, nach Potsdam verlegt werden, wo ein Lehrinstitut für Archiv-, Dokumentations- und Informationswesen vom Land Brandenburg aufgebaut wird. Der Raum Berlin/Potsdam bietet zudem nicht nur für den Archiv- und den Dokumentationsbereich allgemein sondern insbesondere für die Felder Film und Medien eine ungewöhnliche Infrastruktur."

. . .

Der neue Vorstand wird am 15.11.1991 in Berlin zusammentreffen und über die Perspektiven beraten, die sich dem Verein eröffnen. Die Mitglieder sollen rechtzeitig und ausführlich über alle Aktivitäten unterrichtet werden. Das waren neue Töne, Reaktionen vermutlich auf unüberhörbare Unzufriedenheit. Erforschung und Darstellung der Rundfunkgeschichte sowie Arbeiten auf allen Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) bezogenen Wissenschaftsgebieten zu fördern und zu betreiben, ist nach der Satzung Aufgabe des Studienkreises. Die Ausbildungsaktivitäten für Dokumentare sind noch durch diese Formulierungen gedeckt, reichen aber bereits darüber hinaus. Um die Kontinuität zu wahren, wird sich der Vorstand vor allem der tatkräftigen und über das ganze Jahr gesicherten Mitarbeit von Hochschullehrern (wie z.B. auch Prof. Lergs) versichern, die sich mit Medien und Kommunikation beschäftigen. Die Arbeit muß also künftig zweigleisig verlaufen. Beide Schienen bieten aber für das interne und externe Wirken des Studienkreises interessante Möglichkeiten, die gerade auch im Raume Potsdam/Berlin Gutes bewirken können. Auf dem neuen Vorsitzenden ruht die Hoffnung, daß er integrierend wie optimierend engagiert tätig wird.

Andrea Brunnen

Arnulf Kutsch
ZWISCHEN WENDE UND HEUTE
Ansätze zur Rundfunkneuordnung in der DDR bis zur
deutschen Vereinigung

Überarbeitete Fassung des Vortrags auf der 22. Jahrestagung des
Studienkreises in München

Die beiden zurückliegenden Jahre gehören fraglos zu den ereignisreichsten Phasen der deutschen Mediengeschichte. Wir alle haben verfolgen können, wie sich im Herbst 1989 die Ereignisse förmlich zu überschlagen begannen. Der revolutionäre Prozeß, für den sich die verharmlosende Bezeichnung "Wende" durchgesetzt hat, war in der Bundesrepublik, mit einiger Verzögerung auch in der DDR, ein Medienereignis. Das galt nicht nur für die politische, sondern auch für die publizistische Wende. Sie war in der DDR ein ganz entscheidender, täglich überprüfbarer Maßstab für die Qualität des politischen Umbruchs.

Die Freiheit von Publizistik und Journalismus bildete eines der Leitmotive der Menschen, die in Leipzig, in Dresden, in Berlin und anderswo auf die Straße gingen. Aber schon vor den Demonstrationen und mit ebenso unerschrockenem Mut wurde diese Forderung in der evangelischen Kirche erhoben, nämlich am 2. September 1989 in einer Eingabe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen der DDR an Erich Honecker und in dem sogenannten "Brief aus Weimar", der zur Eröffnung der Synodaltagung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR am 15. September 1989 publik wurde. Es ist inzwischen mehrfach darauf hingewiesen worden, daß nicht die Journalisten und die Medien die Wende in Gang gebracht haben. Als aber am 18. Oktober 1989 Honecker und mit ihm Joachim Herrmann, der für die Lenkung und Kontrolle der Medien zuständige Sekretär des SED-Zentralkomitees, gestürzt waren, ging die entscheidende Initiative zum Wandel der Publizistik nicht von den Parteien oder von neuen Gruppierungen aus, sondern von den Journalisten, zunächst durch ihre Berufsverbände, sehr bald auch in den Medien selbst. Am 24. Oktober verabschiedete der "Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR" folgende Resolution:

"Die Gleichsetzung der Interessen von Staat und Gesellschaft und von Partei und Gesellschaft in der Informations- und Medienpolitik hat entscheidend zur gegenwärtigen Vertrauenskrise geführt. Deshalb sind rechtliche Grundlagen, die von einer Trennung der Interessen ausgehen, zu erarbeiten. Sie sollen die Freiheit der Medien und die politische Unantastbarkeit der in ihnen Arbeitenden sichern sowie Instrumente einer demokratischen Kontrolle über die Medien schaffen."

Knapp vierzehn Tage später, am 4. November, demonstrierten auf der bis dahin größten öffentlichen Protestveranstaltung auf dem Berliner Alexanderplatz mehr als eine halbe Million Menschen für Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Vom Ministerrat, der Regierung der DDR, wurde ein Mediengesetz gefordert, das es in der DDR bis dahin nicht gab. Es sollte endlich Rechtssicherheit, Meinungs- und Informationsfreiheit gewähren und einen demokratischen Wandel der publizistischen Mittel herbeiführen, einen Wandel ihres Auftrages, ihrer Organisation, Struktur und Aufsicht. Wie sich die Neuordnungsversuche der Rundfunkmedien bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 entwickelten, ist Gegenstand des folgenden chronikalischen Rückblicks, der sich allein auf die Vorgänge in der DDR konzentriert. Unberücksichtigt bleiben die vielfältigen Denkmodelle, Positionspapiere und Memoranden, die in der Bundesrepublik von Rundfunkintendanten, Parteikommissionen und anderen lanciert wurden.

Diese Einschränkung bedeutet zweifellos einen Nachteil, zumal da es seit dem Frühjahr 1990 einige Schwierigkeiten bereitete, die Interessenskoalitionen exakt zu unterscheiden, weil sie sich in den Parteien, zwischen den beiden Regierungen und zudem in den Medienadministrationen über die damals noch vorhandene deutsch-deutsche Grenze hinweg zu formieren begannen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der basisdemokratischen Kräfte allerdings, die auch die publizistische Wende in der DDR eingeleitet hatten, sowie der Rundfunkredakteure und -künstler, die diese Wende zu allererst in den Programmen, mithin für die Hörer und Zuschauer wahrnehmbar umsetzten, wurden dadurch immer weiter eingeschränkt.

I.

Die DDR besaß eine politisch definierte, zentralistische Rundfunkordnung. In Theorie und Praxis war der Rundfunk ein Ideologieinstrument der SED, das das Meinungsmonopol der Partei zu wahren hatte. Seit 1968 oblag die Veranstaltung von Hörfunk und Fernsehen zwei Verwaltungsbehörden in Berlin, dem "Staatlichen Komitee für Rundfunk" sowie dem "Staatlichen Komitee für Fernsehen". Beide unterstanden dem Ministerrat. Die politische Anleitung und Kontrolle durch die Staatspartei erfolgte über die Abteilung "Agitation und Propaganda" des Zentralkomitees. Der Hörfunk verbreitete fünf Inlandsprogramme: "Radio DDR 1" als Informations- und "Radio DDR 2" als Kultur- und Bildungsprogramm, das "Jugendradio DT 64", den "Berliner Rundfunk" und die "Stimme der DDR". In jedem der vierzehn ostdeutschen Bezirke gab es einen Regionalsender. Sie verbreiteten täglich mehrstündige Eigenprogramme über die dafür auseinandergeschalteten Frequenzen von "Radio DDR 2". Als Auslandsdienst schließlich bestand "Radio Berlin International". Anders als beim Hörfunk war die Regionalisierung des Fernsehens kaum entwickelt. Von Berlin-Adlershof wurden zwei zentrale Programme ausgestrahlt, die auch Beiträge der Außenstudios in Rostock, Halle und Dresden aufnahmen. Studio-, Übertragungs- und Sendetechnik von Hörfunk und Fernsehen endlich unterstanden dem Postministerium.

Erste Schritte zum Wandel dieser Ordnung leitete die Regierung Hans Modrow Ende 1989 ein, als der institutionelle Zerfall der SED im

Lande und in den beiden Rundfunkmedien bereits fortgeschritten war. Am 21. Dezember beschloß der Ministerrat die Auflösung der Staatlichen Komitees für Rundfunk und für Fernsehen zum Jahresende. Rechtsnachfolger beider Behörden wurden der "Rundfunk der DDR" und das "Fernsehen der DDR", an deren Spitze jetzt jeweils ein Generalintendant stand. Beide Positionen waren zuvor schon mit dem Nachrichtenchef von "Radio DDR", Manfred Klein, als Rundfunkgeneralintendant und dem Ex-Kultusminister und späteren Fernsehregisseur Hans Bentzien als Fernsehgeneralintendant besetzt worden. An der staatlichen Organisation der beiden Medien und an ihrer Regierungsabhängigkeit änderte dieser Beschluß jedoch kein Jota. Eine solche Veränderung herbeizuführen, sollte vielmehr Aufgabe einer beim Justizministerium angesiedelten Mediengesetzkommission sein, die sich am 20. Dezember 1989 aus Vertretern der zuständigen Ministerien, der am unterdessen gebildeten "Runden Tisch" der DDR vertretenen Parteien und Gruppierungen, der journalistischen Berufsverbände und der Medien konstituierte.

Gleich seine erste Sitzung machte dem Gremium jedoch klar, daß der Entwurf eines Mediengesetzes mehrere Monate in Anspruch nehmen würde. Deshalb entschied man sich für eine kurzfristige Zwischenlösung. Der Grund dafür waren die bereits auf den 18. März 1990 festgelegten ersten freien und mit großen Hoffnungen auf einen politischen Machtwechsel verbundenen Wahlen zur Volkskammer, dem bis dahin politisch unbedeutenden DDR-Parlament. Mit Blick auf den Wahlkampf sollten vor allem die elektronischen Medien den neuen oppositionellen Gruppierungen unreglementierten Zugang und eine faire, chancengleiche Berichterstattung gewähren. So entstand binnen kürzester Frist der "Beschluß zur Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit", den die Volkskammer am 5. Februar 1990 verabschiedete.

Dieser siebzehn Punkte umfassende Beschluß schrieb erstmals in der DDR-Geschichte das uneingeschränkte Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit fest, verbot jegliche Zensur und deklarierte journalistische Berufsrechte und -pflichten. Ferner enthielt er eine Reihe von Bestimmungen für die Neuordnung der Medien, für die Mitbestimmung in ihnen und für eine gesellschaftliche Aufsicht über sie. Ein nach dem Vorbild des "Runden Tisches" einzurichtender "Medienkontrollrat" sollte über die Einhaltung des Beschlusses wachen. Der Auftrag der Mediengesetzkommission wurde bestätigt.

Hörfunk und Fernsehen bezeichnete der Beschluß als "unabhängige öffentliche Einrichtungen, die nicht der Regierung unterstehen". Beide Medien sollten künftig den Status öffentlich-rechtlicher Anstalten erhalten. Für die Wahl dieses Modells war wohl die mit der öffentlich-rechtlichen Organisationsform verknüpfte, gesellschaftliche Kontrolle ausschlaggebend. Eine Angleichung des DDR-Rundfunks an die öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Bundesrepublik hingegen spielte wahrscheinlich noch keine Rolle. Auch war in dem Beschluß von einem dualen Rundfunksystem nach westdeutschem Vorbild nicht die Rede. Bis zu ihrer Umwandlung in öffentlich-rechtliche Anstalten mußte der Staat die Finanzierung von Hörfunk und Fernse-

hen in der DDR sichern. Schließlich sollten gesellschaftliche Räte als Aufsichtsgremien der beiden Medien eingerichtet werden.

Den Medienbeschluß der Volkskammer bestimmte sehr wesentlich der Gedanke, den Einfluß von Einheitspartei, Staat und Regierung auf die Medien und den Journalismus zu unterbinden. Aus eigener, überwiegend bitterer Erfahrung war den Autoren des Beschlusses zweifellos bewußt, was sie verhindern wollten; weniger klar dagegen schien ihnen, wie die alte Ordnung zu verändern sei. Besonders auffällig wurde dies bei der Übergangsregelung der Organisation. Abgesehen davon, daß es Medienrechtlern einiges Kopfzerbrechen bereiten dürfte, den Rechtsstatus des Rundfunks als "unabhängige öffentliche Einrichtung" zu bestimmen, blieb das Hauptmerkmal, die Regierungsferne, widersprüchlich. Denn entgegen dem Postulat hatte der Ministerpräsident das Recht, die Generalintendanten von Hörfunk und Fernsehen zu berufen, die aber durch den "Medienkontrollrat" bestätigt werden mußten. Obendrein hatte der Staat die Finanzierung des Rundfunks zu gewährleisten. Zudem enthielt der Beschluß keine Klausel für die Übergabe der Studio-, Übertragungs- und Sendetechnik von der Post an den Rundfunk und keine Bestimmung für eine regierungsunabhängige Haushaltsprüfung.

Keinerlei Angaben machte der Volkskammer-Beschluß zu Auftrag und Struktur des Rundfunks. Vielmehr sollten sich Hörfunk und Fernsehen selbst Statute geben, die diese Fragen regelten. Der entscheidende Schritt zur Neuordnung war mithin von innen heraus, aus den Medien selbst zu entwickeln, ein ganz außergewöhnlicher Verfahrensweg, wie er nur aus der basisdemokratischen Idee des Volkskammer-Beschlusses zu verstehen ist. Das Ergebnis konnte aber bestenfalls zu Empfehlungen führen. Denn die Festlegung der Grundlinien der Rundfunkordnung fällt nach dem im Rechtsstaatsprinzip enthaltenen Gesetzesvorbehalt in die Zuständigkeit des Gesetzgebers.

II.

Durch die rasche und stürmische Entwicklung der deutsch-deutschen Vereinigungspolitik, die durch die Öffnung der DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin am 9. November 1989 eingeleitet wurde, gewann das Ordnungsproblem seit dem Frühjahr 1990 eine neue Richtung, die von den Autoren des Volkskammer-Beschlusses noch gar nicht einzuschätzen gewesen war. Dabei ging es auf der einen Seite um die Bestands- und Entwicklungssicherung der beiden DDR-Rundfunkmedien in einer künftig erweiterten Bundesrepublik - insbesondere unter dem Aspekt der Gewährleistung einer Grundversorgung in Ostdeutschland -, andererseits um eine publizistisch plausible und wirtschaftlich tragfähige Antwort auf die sich ebenfalls abzeichnende Föderalisierung der DDR.

Bei der Bewältigung dieser Aufgaben, die im Laufe des Jahres 1990 durch gravierende, hier nicht weiter zu erörternde Finanzierungs- und Personalabbauprobleme in beiden Medien extrem erschwert wurden, verfolgten die Generalintendanten unterschiedliche publizistische

Konzepte, ohne dabei eine gemeinsame, bimediale Lösung anzustreben. Damit blieb die im Hinblick auf die deutsche Vereinigung und die Übertragung der Rundfunkhoheit auf die Länder fragwürdig gewordene institutionelle Trennung von Hörfunk und Fernsehen erhalten. Abgesehen davon waren die beiden Generalintendanten insofern überfordert, als in ihren Statuten-Entwürfen verständlicherweise kein Plädoyer für ein duales Rundfunksystem zu finden sein würde, wie es nur wenige Wochen nach dem Medienbeschluß der Volkskammer der neue Ministerpräsident Lothar de Maizière in seiner Regierungserklärung am 18. April 1990 abgab.

Dieser Zusammenhang verweist schließlich auf ein grundsätzliches Problem. An der Rundfunkneuordnung arbeitete man in der DDR nach dem Volkskammer-Beschluß und auch noch nach den Parlamentswahlen gleich auf mehreren Ebenen - ohne eine erkennbare Koordination zwischen den Medien oder durch den neuen Ministerrat. Ein unter der Obhut der Regierung herbeigeführter gemeinsamer Lösungsweg aller Beteiligten, eine Art konzertierte Aktion, wurde offenbar nicht gesucht, obwohl die außergewöhnliche (medien-)historische Situation dies fraglich nahelegte, im Gegenteil: Die beiden großen Koalitionsparteien CDU und SPD demonstrierten in der Ordnungspolitik für den Rundfunk eine auffällige Uneinigkeit. Je näher die deutsch-deutsche Vereinigung und damit die Wahlen in den neuen Ländern und im Bund rückten, behinderten offenkundig parteitaktische Überlegungen eine geschlossene Kabinettslinie.

So entstanden unterschiedliche Struktur- und Programmkonzeptionen, wie sie sich aus der Diskussion in den Medien selbst, aus der andersartigen Struktur und innerdeutschen Wettbewerbssituation von Hörfunk und Fernsehen in der DDR und zuletzt aus der ordnungspolitischen Perspektive der Regierung ergaben. Gemeinsam war ihnen nur der Versuch, die Zuständigkeit der künftigen neuen ostdeutschen Bundesländer für den Rundfunk zu berücksichtigen, ja sogar diese noch gar nicht existierenden Länder als neue ordnungs-, programm- und verbreitungspolitische Bezugspunkte zu verstehen und gleichzeitig einen möglichst hohen Grad an Kompatibilität zu Organisation und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik zu erreichen. Soweit es die in Hörfunk und Fernsehen entwickelten Vorstellungen betraf, war die Absicht unübersehbar, in das vereinte Deutschland von den eingeführten, indes neu definierten Programmen möglichst viel hinüberzuretten, was insbesondere zahlreiche Rundfunk-Redakteure und -Künstler als Voraussetzung für die Bewahrung einer spezifischen DDR-Identität verstanden.

III.

In seinem "vorläufigen Statut" erklärte sich der Rundfunk der DDR zur "unabhängigen öffentlichen Einrichtung, die nicht der Regierung untersteht". Der Deutsche Fernsehfunke, wie das Fernsehen der DDR seit dem 12. März 1990 wieder hieß, bezeichnete sich in seinen ersten "statuarischen Grundsatzregelungen" und später auch im ersten Fernseh-Statut sogar als "regierungsunabhängige, staatsferne An-

stalt des öffentlichen Rechts". Der Medienkontrollrat billigte am 14. März sowohl das "vorläufige Statut" des Hörfunks als auch die "statuarischen Grundsatzregelungen" des Fernsehens. Tags darauf bestätigte noch die Regierung Hans Modrow beide Übergangsregelungen und stimmte darüber hinaus einer künftigen Zuordnung der Studio-technik zu den Verantwortungsbereichen der beiden Generalintendanten zu. Die Regierungsbekundung vermochte jedoch nicht über die rechtliche Qualität der Statute als Willensäußerungen hinwegzutäuschen. Die neue Regierung von Lothar de Maizière orientierte sich hauptsächlich an den Bestimmungen des Medienbeschlusses der Volkskammer. Das zeigte sich Mitte 1990 etwa bei der Berufung der Generalintendanten und bei der Kürzung der staatlichen Zuschüsse für beide Medien: Hörfunk und Fernsehen blieben bis zum historischen Ende der DDR staatliche Unternehmen.

Den Statuten entsprechend sollte die Staatsferne in beiden Medien-einrichtungen im wesentlichen über binnenplurale Aufsichtsgremien hergestellt werden, wie sie bereits durch den Medien-Beschluß der Volkskammer und zuvor schon durch den Rundfunk-Beschluß des Ministerrates vom 21. Dezember 1989 vorgeschrieben waren. Der "Hörfunkrat" setzte sich aus Vertretern von 24 Parteien, Gruppierungen und Verbänden (Stand: 4. April 1990) nach dem Vorbild des "Runden Tisches" zusammen. Dem "Fernsehrat" hingegen sollten gemäß dem ersten Fernseh-Statut mehr als 40 Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen angehören, wobei die Vertreter der politischen Parteien und Gruppierungen nominell eine Minorität darstellten. Auch erhielten der Fernsehrat und seine Ausschüsse über bundesdeutsches Recht hinausgehende Mitbestimmungsrechte eingeräumt, während dem Hörfunkrat lediglich die Aufgabe zugebilligt wurde, "den Generalintendanten in allen wichtigen Fragen" zu beraten.

Die allgemeinen Programmgrundsätze von Hörfunk und Fernsehen unterschieden sich nicht von denjenigen der ARD-Anstalten, doch wurde der Kulturauftrag deutlicher hervorgehoben als in den westdeutschen Bestimmungen. Für die binnenorganisatorische Partizipation war neben den Personalvertretungen die Einrichtung eigener Redakteurs- und Künstlerischer Räte vorgesehen.

IV.

Im "Rundfunk der DDR" mündete eine seit der Oktoberwende in allen Sendern, zentralen Hauptabteilungen, künstlerischen Einrichtungen sowie zahlreichen Redaktionen geführte Diskussion über Selbstverständnis und Neubestimmung von publizistischem Auftrag und journalistischen Normen in eine umfassende Programmstrukturreform. Ihre Zielsetzung faßte Generalintendant Manfred Klein am 24. April 1990 so zusammen:

"Die Umgestaltung des Hörfunks in eine öffentlich-rechtliche Einrichtung schafft notwendige Rahmenbedingungen. Diese Entwicklung erfordert die Auflösung zentraler Strukturen und die Installierung föderativer und demokratisch kontrollierter Or-

ganisationsformen. Priorität in den Veränderungen hat folglich die Bildung leistungsstarker Landesrundfunkanstalten. Dieser Prozeß kann sich jedoch nicht auf die organisatorisch-strukturelle Veränderung beschränken. Die Erfüllung der neuen Aufgaben bedingt tiefgreifende Reformen, die die gesamten Inlandprogramme des Rundfunks in der DDR betreffen."

Das Reformvorhaben war im DDR-Rundfunk heftig umstritten und führte im Frühjahr 1990 zu vehementen öffentlichen Protesten. Denn der angestrebte Schritt zur Föderalisierung konnte verbreitungstechnisch nur durch die vollständige Freistellung einer Frequenzkette verwirklicht werden. Das bedeutete aber, daß eines der fünf in Ost-Berlin produzierten und landesweit ausgestrahlten Programme eingestellt oder mit einem anderen zusammengelegt werden mußte. Und das betraf in erster Linie das Kulturprogramm "Radio DDR 2", über dessen auseinandergeschaltete Frequenzen bereits täglich mehrstündige Regionalsendungen in den 14 Bezirken verbreitet wurden.

Die vier verbliebenen Inlandsdienste sollten die Grundversorgung gewährleisten und erhielten eine neue programmtypologische Ausrichtung und kennung: Radio aktuell (ehemals Radio DDR 1) als Informationsprogramm, der "Berliner Rundfunk" zunächst als Unterhaltungs-, später als Berliner "Landesprogramm", DT 64 als Jugendprogramm sowie schließlich das durch die Zusammenlegung von Radio DDR 2 und "Deutschlandsender" (bis 11. Februar 1990: "Stimme der DDR") neu geschaffene Kulturprogramm DS Kultur, das seine Sendungen am 16. Juni begann. Für die eigenverantwortliche Veranstaltung und Verbreitung von landesbezogenen Hörfunkprogrammen schlossen sich jeweils die zusammengehörenden Bezirkssender zu Landesdirektionen zusammen. So entstanden die folgenden fünf neuen Einrichtungen, denen auch die Verantwortung für die Errichtung von Landesstudios übertragen wurde:

Radio Mecklenburg-Vorpommern, Sitz: Rostock; Landesstudios in Neubrandenburg und Schwerin

Antenne Brandenburg, Sitz: Potsdam; Landesstudio in Cottbus und Frankfurt/Oder

Radio Sachsen-Anhalt, Sitz: Halle; Landesstudios in Magdeburg

Thüringer Rundfunk, Sitz: Weimar; Landesstudios in Gera und Suhl

Sachsenradio, Sitz: Leipzig, Landesstudios in Chemnitz und Dresden

Um einer gesamtberliner Lösung nicht vorzugreifen, war an der Spree zunächst keine eigene Landesdirektion errichtet worden; statt dessen wurde der "Berliner Rundfunk" mit einer entsprechenden Aufgabenstellung betraut. Antenne Brandenburg sendete bereits seit 6. Mai ein Landesprogramm, Radio Mecklenburg-Vorpommern seit dem 19. Juni. Die anderen drei Landessender begannen ihren Betrieb am 1.

Juli 1990 mit der Ausstrahlung von zunächst je einem Landesprogramm.

Die fünf Landessender waren also vor den Ländern da, ihr Sitz wurde vor den Entscheidungen über die künftigen Landeshauptstädte festgelegt, und ihre Verbreitungsgebiete richteten sich nach der Länder-einteilung, die bis 1952 in der DDR bestanden hatte. Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 wurde aber immerhin noch in 15 einzelnen Kreisen über die jeweilige Landeszugehörigkeit abgestimmt. In welchem Maße Parteien sowie die Protostitutionen der Länderverwaltungen und Gebietskörperschaften auf die Entscheidungen des "Rundfunks der DDR" Einfluß nahmen, läßt sich gegenwärtig nicht sagen, doch war sich die Berliner Generalintendanz über die rechtliche Problematik ihres Vorstoßes bewußt und ließ am 18. Juni verlauten:

"Die Bildung der Landesdirektionen präjudiziert keinesfalls Entscheidungen der künftigen Landesregierungen in Wahrnehmung ihrer Kulturhoheit für den Hörfunk. Vielmehr sollen ... günstige Rahmenbedingungen für die föderative Entwicklung geschaffen werden."

Einen Monat später, am 20. Juli, konstituierte sich gleichwohl die "Ständige Konferenz der Landesfunkdirektoren" als "Gremium zur Veranstaltung von Rundfunkprogrammen [sic!] in den Ländern Ostdeutschlands". Unter dem Eindruck der sich zuspitzenden Finanzierungskrise des Rundfunks der DDR erzielte das Gremium im Beisein von Generalintendant Manfred Klein Einigung über ein Szenario für den Abbau der zentralen Hörfunkprogramme zugunsten des Aufbaus zusätzlicher Länderprogramme. Um die Grundversorgung zu sichern, wurde die Verbreitung von je drei Landeshörfunkprogrammen sowie eines gemeinsamen überregionalen Programms als notwendig erachtet. Für die Ausstrahlung der 2. Landeshörfunkprogramme sollten vom 1. Oktober 1990 an die UKW-Frequenzen des "Berliner Rundfunks", für die Verbreitung der 3. Programme vom 1. November an die Frequenzen von "Radio DDR 1" freigestellt werden. Im übrigen sollten die fünf als "Landesrundfunkanstalten" bezeichneten Einrichtungen bei der Produktion ihrer 2. und 3. Programme kooperieren - unter "Einbeziehung von ARD-Partnern", was wohl auch die Verwendung der unterdessen von der ARD in Aussicht gestellten, sogenannten Anschubfinanzierung der Landessender betraf. Trotz dieser Vorform einer institutionellen, verbreitungstechnischen und einer Föderalisierung des Programms bestand die Zentralverwaltung des Mediums fort, und die neuen Landesdirektionen waren, wie zuvor die Bezirkssender, Einrichtungen des "Rundfunks der DDR", der auf Beschluß der Berliner Intendanz am 3. Oktober in "Funkhaus Berlin" umbenannt wurde.

Der Auslandsrundfunk "Radio Berlin International" (RBI) blieb von der Programm- und Strukturreform ausgenommen. Am 27. August beschloß eine aus Vertretern von RBI und der Bundesrundfunkanstalt "Deutsche Welle" (DW) gebildete Sachverständigenkommission, die seit 11. Juni zunächst über eine mögliche Zusammenarbeit, später über eine Fusion beider deutschen Auslandsdienste verhandelte, die

Tätigkeit von RBI am 1. November 1990 einzustellen und den Dienst aufzulösen. Maßgeblich dafür war die politische Entscheidung des Bundesinnenministeriums, nach der die rundfunkpublizistische Außen- darstellung auch der erweiterten Bundesrepublik allein Aufgabe der Deutschen Welle sein werde. Offenbar auf Bonner Intervention hin wurde der Termin für die Einstellung des Sendebetriebs von RBI bereits auf den 2. Oktober 1990 vorverlegt. Die Deutsche Welle übernahm unmittelbar lediglich 21 Mitarbeiter (unter ihnen 14 Redakteure) der rund 210 Beschäftigten von "Radio Berlin International". Die Sendeanlagen von RBI gingen auf die Deutsche Welle über; die Frequenzen des Ost-Berliner Auslands-Dienstes werden seit dem 3. Oktober 1990 teilweise von der DW und der Bundesrundfunkanstalt "Deutschlandfunk" benutzt.

V.

Anfang April des letzten Jahres fragten zwei Redakteure des Mediendienstes "Kirche und Rundfunk" (Frankfurt/Main) den Generalintendanten des Deutschen Fernsehfunks nach dem künftigen Strukturwandel der elektronischen Medien in Ostdeutschland. Hans Bentzien stellte darauf die Gegenfrage: "Warum sollte sie sich ändern?" Die zentralistische Struktur des DDR-Fernsehens mit seinen beiden Programmen "habe sich in 40 Jahren herausgebildet und sei in der Lage, publizistisch mit dem Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung" fertig zu werden. Auf die Frage der Redakteure nach etwaigen Regionalisierungsplänen sagte Bentzien:

"Regionalisierung ist etwas zu stark. Aber: stärkere Beachtung regionaler Interessen des Lebens in den Ländern, das bei uns immer etwas vernachlässigt wurde zugunsten von Berlin. Wir waren zu Berlin-orientiert."

Diese Bekundungen veranschaulichen, daß Bentzien aus durchaus publizistischen Erwägungen heraus Verfechter einer Zentralanstalt und Zentralverwaltung für das ostdeutsche Fernsehen war. Andere Äußerungen von ihm zeigten darüber hinaus, in welchem hohem Maße er den politischen Zentralismus der 40-jährigen DDR-Geschichte verinnerlicht hatte. Einer Übertragung des Fernsehens in die Zuständigkeit der Länder stand er eher skeptisch gegenüber, und folglich sträubte er sich gegen eine Föderalisierung des Fernsehens nach dem Vorbild der ARD-Landesrundfunkanstalten.

Verstärkt wurde seine Einstellung offensichtlich durch die wirtschaftliche und die Wettbewerbssituation des Fernsehens in der DDR, wo bekanntlich die westdeutschen Programme seit Jahren in weiten Gebieten zu empfangen waren und intensiv genutzt wurden. Anders als der Hörfunk mußte das Fernsehen der DDR sich stets gegen die Konkurrenz der westdeutschen Systeme behaupten. Wie nachhaltig dieses Problem Bentzien als Fernsehpublizisten geprägt hat, zeigte sich beim letztjährigen ARD-Rundfunkgespräch am 27. April im Berliner Reichstag. An den damaligen ARD-Vorsitzenden Hartwig Kelm gewandt, sagte Bentzien: "Jahrzehntelang mußten wir Ihre Konkurrenz ertra-

gen, jetzt werden Sie mit uns zu rechnen haben." Natürlich schwang in solcher Rhetorik ein gehöriges Maß an Selbstdarstellung mit, aber es war doch unüberhörbar, daß Bentzien in die Offensive gehen wollte.

Tatsächlich erschöpfte sich das Ziel des Fernseh-Generalintendanten anfangs nicht allein in der Bestandserhaltung seiner Einrichtung. Vielmehr spielte er sogar mit dem Gedanken, ein DDR-weites drittes Programm aufzubauen. Für seine Verbreitung waren zwar freie Frequenzen verfügbar, nicht aber, wie sich bald herausstellte, die erforderlichen Gelder. Jedenfalls arbeitete Bentzien darauf hin, in der gesamtdeutschen Medienlandschaft den "Deutschen Fernsehfunk" als drittes öffentlich-rechtliches und zentralistisches System neben ARD und ZDF zu etablieren, dessen Verbreitungsgebiet sich allerdings auf Ostdeutschland beschränken sollte.

Die einer Fernseh-Strukturreform zuwiderlaufende Politik wurde vom Adlershofer Personalrat gestützt, und auch der von Bentzien Anfang April 1990 zum neuen Intendanten des 1. Fernseh-Programms berufene Michael Albrecht bekundete gegenüber der Programmzeitschrift "FF dabei" (Ost-Berlin): "Zu diesem Konzept stehe ich." Als der Deutsche Fernsehfunk am 5. April 1990 als gleichberechtigter Partner dem deutschsprachigen Satellitenfernsehen 3sat beitrat, interpretierte man diese Kooperation auf übernationaler Ebene als wichtigen Schritt in die eingeschlagene Richtung. Zur Verstärkung der Länderberichterstattung, wie es bald hieß, wurden die produktionstechnisch unterentwickelten Studios in Rostock, Halle und Dresden ausgebaut. In Thüringen, wo das Fernsehen bis dahin keine Außenstelle besaß, errichtete man in Gera ein neues Studio - nicht etwa in Weimar, das der "Rundfunk der DDR" bereits als Sitz seiner thüringischen Landesdirektion gewählt hatte. Die Berichterstattung über das Land Brandenburg hingegen sollte übergangsweise von der Berliner Zentrale aus erfolgen, da in Potsdam keine geeigneten Räumlichkeiten für neue Studios zur Verfügung standen. Jeden Sonntagnachmittag sollte in der Zeit von 18 Uhr bis 19 Uhr ein "Länderfenster" geöffnet werden, das im Wechsel jeweils aus einem der fünf künftigen Länder berichtete.

Daß ein solches sonntägliches Kurzmenü, das etwa 20 Millionen Mark an Investitionen erforderte, kaum die geeignete Antwort auf die in der DDR seit dem Frühjahr 1990 laufenden politischen und institutionellen Vorbereitungen für die Wiederherstellung der Länder war, konnte in Berlin-Adlershof natürlich nicht verborgen bleiben. Unverhohlen vorgetragene Ansprüche der westdeutschen - öffentlich-rechtlichen wie privatwirtschaftlichen - Systeme auf Fernseh-Frequenzen der DDR nach der deutschen Vereinigung machten andererseits unmißverständlich deutlich, daß die Weiterführung beider ostdeutscher Fernsehprogramme in ihrer bestehenden Form in Frage stand. Hinzu kam schließlich, daß der "Deutsche Fernsehfunk" spätestens zur Jahresmitte 1990 vor anscheinend unüberwindbaren Finanzproblemen stand, die auch mit den Erträgen aus den am 17. April begonnenen Werbesendungen nicht zu lösen waren. Erst die vom Ministerrat am 15. August beschlossene Gebührenerhöhung zum 1. Oktober 1990

ließ einen Silberstreif erkennen. Bernhard Büchel, der Intendant des 2. Fernseh-Programms, formulierte daher als neue Adlershofer Überlebensstrategie:

"Wir müssen nicht nur föderative Strukturen einführen, wichtig ist auch, daß wir kompatibel werden zur bestehenden deutschen [sic!] Medienlandschaft."

Nach dieser Marschroute wurde für das erste Fernsehprogramm ein neues Konzept entwickelt, das die föderale Struktur repräsentieren und durch die Einführung einer "Länderschiene" am Vorabend kompatibel zum ARD-Fernsehen gemacht werden sollte. Die auseinandergeschalteten Länderprogramme sollten von den jetzt als "Landessender" bezeichneten Studios in Rostock, Halle, Dresden, Gera und Berlin (für Brandenburg; anstelle von Potsdam) jeweils eigenständig produziert und verbreitet werden. Wie schon der Hörfunk, verzichtete auch das Fernsehen auf einen klaren Dezentralisierungs-Schritt für das künftige Land Berlin.

Das Sendeschema umfaßte jeweils in der Zeit von 17.55 Uhr bis 18.45 Uhr nach einer fünfminütigen landesbezogenen Nachrichtensendung eine Vorabendserie sowie ein anschließendes, halbstündiges Landesmagazin. Ausbaupläne sahen bis Ende 1990 die zeitliche Ausdehnung auf zwei Stunden vor. Mit diesem zaghaften Föderalisierungs-Schema ging die nach wie vor bestehende Zentralanstalt "Deutscher Fernsehfunk" am 13. August 1990 in den Äther; sie begann damit ihre werktäglichen Länderprogramme sechs Wochen später als der Hörfunk. Doch die Regierungspläne für die Fernseh Zukunft der fünf neuen Bundesländer sahen schon zu diesem Zeitpunkt anders aus.

VI.

Die am 12. April 1990 vereidigte Regierung von Lothar de Maizière, eine große Koalition aus den christdemokratischen und den liberalen Parteien sowie der SPD, verfolgte laut Koalitionsvereinbarung das politische Ziel,

"die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der BRD auf der Grundlage des Art. [ikel] 23 GG [Grundgesetz] zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig zu verwirklichen und damit einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung zu leisten."

Als wesentliche Voraussetzung für die deutsche Einheit bezeichnete das Koalitionspapier die Schaffung kompatibler Länderstrukturen zur Bundesrepublik.

Das medienpolitische Ziel der Regierung räumte der Verabschiedung eines Mediengesetzes Vorrang ein. Seine Schwerpunkte wiederum sollten die "rechtliche Sicherung des öffentlich-rechtlichen Charakters von Hörfunk und Fernsehen" der DDR sowie die Schaffung "gesetzliche[r] Grundlagen für die Zulassung privatwirtschaftlicher

Anbieter" bilden. Um diesen Auftrag politisch umzusetzen, hatte de Maizière ein eigenes Ministerium für Medienpolitik geschaffen und zum Ressortchef den evangelischen Theologen, Publizisten und CDU-Politiker Gottfried Müller berufen, der seit Anfang 1990 den kirchlichen Wartburg-Verlag in Jena leitete.

Das neue Ministerium begann seine Tätigkeit zu einem Zeitpunkt, als in der DDR der Medienumbruch beängstigende Ausmaße angenommen hatte. Ohne rechtlich abgesicherte Grundlage vertrieben seit Anfang März 1990 vier westdeutsche Großverlage ihre Zeitungen und Zeitschriften in der DDR und überschwemmten das Land mit ihren Erzeugnissen. In den Sektoren der Boulevard- und der Publikumszeitschriften lieferten sich diese Unternehmen auf dem Boden der DDR einen unerbittlichen Preiskrieg, von dem zu befürchten stand, daß er sich für die ostdeutschen Periodika als Vernichtungswettbewerb auswirken würde. Die Statistik des 1. Quartals 1990 zeigte atemberaubende Auflagenverluste der DDR-Tagespresse. Die Zukunft der staatlichen Nachrichtenagentur ADN und der zentralen Filmproduktionsstätte DEFA in Potsdam-Babelsberg erschien mehr als düster, und der größte Teil ihrer Belegschaften mußte sich bereits in den langen Warteschlangen vor den Arbeitsämtern stehen sehen. Es gab also beileibe noch andere medienpolitische Probleme als diejenigen des Rundfunks. Dennoch: Erst Ende Mai setzte die neue Regierung ein rundfunkpolitisches Signal. Kritiker des damaligen Geschehens meinten, die Ursache für diese Verzögerung habe in der fehlenden medienpolitischen Konzeption des Ministerrats gelegen.

Am 31. Mai entließ der Ministerpräsident den unbeugsamen Zentralisten Hans Bentzien von seinem Fernsehposten. Schon einige Wochen zuvor hatte zudem Manfred Klein um seine Abberufung gebeten, da er seine Legitimation als von der Regierung Modrow eingesetzter Generalintendant des "Rundfunks der DDR" als erloschen betrachtete. Lothar de Maizière nutzte diese Konstellation und ernannte den langjährigen Potsdamer Theaterdirektor Gero Hammer zum Generalintendanten für Hörfunk und Fernsehen - augenscheinlich der Idee des Volkskammer-Beschlusses folgend, aus dem Rundfunk heraus die zu diesem Zeitpunkt entgegenlaufenden Strukturvorstellungen beider Medien aufeinander abzustimmen. Doch war nicht klar, welche rundfunkpolitische Perspektive die Regierung im Rahmen ihrer allgemeinen Föderalisierungsmaßnahmen verfolgen wollte.

Ob der Theaterfachmann Gero Hammer in der Lage gewesen wäre, die komplizierte Organisations- und Struktur-Problematik des Rundfunks in den Griff zu bekommen, mag dahin stehen. Jedenfalls gab der "Medienkontrollrat" nicht sein erforderliches Placet zur Berufung von Hammer. Nach dieser Schlappe ernannte der Medienminister den Intendanten des 1. Fernsehprogramms, Michael Albrecht, zum kommissarischen Generalintendanten des Fernsehens und den bisherigen Rundfunkchef Manfred Klein zum kommissarischen Generalintendanten des Hörfunks. Gut zehn Wochen später, am 21. August, erklärte Klein seinen endgültigen Rücktritt und beauftragte seinen Stellvertreter, Christoph Singelstein, mit der Wahrung der Geschäfte des Generalintendanten. Ministerpräsident de Maizière berief daraufhin am 24.

August Singelnstein zum "geschäftsführenden Intendanten" des "Rundfunks der DDR".

Die Berufungen von Albrecht und Klein signalisierten, daß die insbesondere vom Medienministerium durch seinen Staatssekretär Manfred Becker anfangs favorisierte Lösung, aus der publizistischen Praxis heraus den Übergang vom zentralistischen zum föderativen Rundfunk bimedial vorzubereiten, als gescheitert gelten mußte. Erst danach, so scheint es, erkannte das Ministerium einen unmittelbaren Handlungsbedarf für eine Gesetzesinitiative zur Überleitung des Rundfunks in die Kulturhoheit der künftigen neuen Bundesländer, wie das Problem jetzt bezeichnet wurde. Der Minister, der sich als Anwalt der Länder verstand, räumte nun diesem Vorhaben Vorrang vor dem ursprünglich beabsichtigten umfassenderen Mediengesetz ein. Bei der Ausarbeitung des Entwurfs für ein Rundfunk-Überleitungsgesetz ließ er sich von vier westdeutschen Sachverständigen beraten, versäumte es aber, die Mediengesetzkommission der DDR einzuschalten. Ob an dem Beratungsprozeß auch ostdeutsche Rundfunkpraktiker beteiligt waren, entzieht sich meiner Kenntnis.

Bei seiner Gesetzesinitiative ließ sich das Ministerium von den ordnungspolitischen Maximen leiten, daß die Überleitung des Rundfunks in die Zuständigkeit der Länder eine weitgehende Auflösung der vorhandenen zentralistischen Strukturen und die institutionelle Zusammenführung von Hörfunk und Fernsehen erfordere. Als Vorbild mögen die Landesrundfunkanstalten der ARD gedient haben. Rechtliche Bezugspunkte bildeten unzweifelhaft die einschlägigen Bestimmungen des Medienbeschlusses der Volkskammer.

Der Gesetzentwurf sah die Einrichtung von ursprünglich sechs (einschließlich Berlin), später fünf öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkdirektoraten vor. Sie sollten gemeinschaftlicher Gesamtrechtsnachfolger des "Deutschen Fernsehfunks" und des "Rundfunks der DDR" werden und den Auftrag erhalten, je ein flächendeckendes Hörfunk- sowie ein regionales Fernsehfensterprogramm für die Länder zu veranstalten. Auch länderübergreifende Kooperationen bei Veranstaltung und Verbreitung von Landesprogrammen sollten möglich sein. Im Gebiet der gesamten DDR ausgestrahlte Hörfunk- und Fernsehprogramme mußten fortgeführt werden. Jedes dieser Direktorate sollte einen Beirat aus fünf, im jeweiligen Land anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erhalten. Außer dieser Überleitungsvorschrift für die bestehenden staatlichen Systeme enthielt der Gesetzentwurf eine Optionsklausel für die Veranstaltung und/oder die Verbreitung von privatem Rundfunk in den künftigen neuen Bundesländern.

Der Entwurf wurde am 29. Juni 1990 dem Kabinett zugeleitet, von diesem in leicht überarbeiteter Fassung gebilligt und am 20. Juli in erster Lesung in der Volkskammer behandelt. Schon vorher in der Öffentlichkeit heftig kritisiert, stieß das Gesetzesvorhaben im Parlament auf breite Ablehnung, weil es u.a. dem Ministerpräsidenten einen unmittelbaren Einfluß auf die Ernennung der Rundfunkdirektoren und der Beiräte einräumte. Auffallend scharf kritisierte

der Koalitionspartner SPD durch seinen Vorsitzenden Wolfgang Thierse den Entwurf und belegte ihn mit dem Verdikt der "unerbittlich[n] Staatsnähe". Gleichzeitig brachte die SPD einen Gegenentwurf ein, der die Einrichtung einer Zentralanstalt des öffentlichen Rechts mit dem Namen "Ostdeutscher Hör- und Fernsehfunk" vorsah, in die der "Rundfunk der DDR" sowie der "Deutsche Fernsehfunk" übergeleitet werden sollten. Diese Zentralanstalt hatte die Aufgaben der Länder solange wahrzunehmen, bis sie sich eigene Rechtsgrundlagen für den Rundfunk geschaffen hatten. Auch an diesem Gesetzentwurf wirkte ein westdeutscher Rundfunkexperte maßgeblich mit, wenn er die Initiative der SPD nicht sogar erst in Gang setzte. Einstweilen aber erlitten beide Gesetzesentwürfe ein gemeinsames Schicksal: Sie wurden den zuständigen Parlaments-Ausschüssen zugeleitet.

Die Volkskammer-Debatte machte deutlich, daß von einer abgestimmten oder gar einheitlichen Rundfunkpolitik der Regierung und der sie tragenden Parteien keine Rede sein konnte. Schon Wochen vor dem Austritt der SPD aus der Koalition am 19. August waren der ostdeutsche Rundfunk und seine Neuordnungsproblematik zum Gegenstand des Streits vornehmlich zwischen CDU und SPD geworden. Immerhin rückten die ersten Wahlen zu den fünf neuen Länderparlamenten und zum (Gesamt-)Berliner Senat ebenso näher wie die Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Bundestag, für die als Termin ursprünglich der 14. Oktober vorgesehen gewesen war. In dieser Situation ging es den Parteien offenbar in erster Linie darum, für die Wahrung ihres Einflusses auf den Rundfunk die günstigsten Voraussetzungen zu schaffen. Dabei entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß die Kontrahenten in der DDR auch auf dem Feld der Medienpolitik eine Art Stellvertreterkrieg für die Bonner Parteizentralen austrugen.

Wie sich bald zeigen sollte, gab es aber auch zwischen den christdemokratischen Kabinettsmitgliedern offenkundige Abstimmungsschwierigkeiten über die Rundfunkpolitik, die auf das eigentliche Problem verwiesen: Spätestens mit der am 1. Juli in Kraft getretenen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten war der Ministerrat in seinen politischen Entscheidungen abhängig von der Bundesregierung, und einige CDU-Mitglieder im Kabinett von Lothar de Maizière zeigten sich gegenüber dem Bundeskanzleramt auffallend willfährig.

Für zusätzliche Verwirrung sorgte der Magistrat von Ost-Berlin, der gemeinsam mit der Regierung des Westteils der Spree-Metropole eigene rundfunkpolitische Wege verfolgte, wobei neben landespolitischen auch wiederum parteipolitische Überlegungen im Spiel gewesen sein mögen. Am 28. Juni legte die aus west- und ostberliner Experten gebildete Sachverständigengruppe "Medienordnung" des "Provisorischen Regionalausschusses" für Berlin und Brandenburg ein Papier vor, das aus finanziellen und kulturellen Gründen die Vereinigung von Sender Freies Berlin, Berliner Rundfunk und Antenne Brandenburg zu einer Zweiländeranstalt Berlin-Brandenburg empfahl. Ungeachtet ihrer ausschließlichen Zuständigkeit für (Gesamt-)Berlin, machten sich die beiden SPD-geführten Stadtregierungen, der

West-Berliner Senat und der Ost-Berliner Magistrat, diesen Vorschlag zu eigen. In gemeinsamer Sitzung am 3. Juli und damit vier Tage nach der Vorlage des Rundfunk-Überleitungsgesetzes beschlossen sie die Errichtung einer neuen öffentlich-rechtlichen "Landesrundfunkanstalt Berlin-Brandenburg".

Als aber das Rundfunk-Überleitungsgesetz des Ministerrats nach der parlamentarischen Sommerpause am 13. September die Hürden der Volkskammer genommen hatte, war es zu einem Ausformungsgesetz mutiert. Es stellte sich die Aufgabe, "den Rundfunk der DDR - Fernsehen und Hörfunk - in eine staatsunabhängige, föderale und gemeinschaftliche Einrichtung zu überführen". In seiner Präambel hieß es:

"Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgabe der Grundversorgung, der private Rundfunk trägt zum publizistischen Wettbewerb bei. Bei der Vergabe von Frequenzen und bei der Schaffung technischer und wirtschaftlicher Voraussetzungen sind der öffentlich-rechtliche und der private Rundfunk nach Maßgabe ihrer öffentlichen Aufgabe zur Förderung der Meinungsvielfalt gleich zu behandeln."

Gegen die Bestimmungen des Gesetzes für die Zulassung von privatem Rundfunk wurden von bundesdeutscher Seite verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht. Die ursprüngliche Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 31. Dezember wurde daraufhin auf den deutschen Vereintag, den 3. Oktober 1990, vorverlegt. Damit blieb es ebenso eine rundfunkpolitische Episode wie der SPD-Gegenentwurf und der Beschluß der beiden Berliner Stadtregierungen.

VII.

Letztlich verantwortlich für den Mißerfolg des Gesetzesvorhabens war die im August im Bundesinnenministerium überraschend getroffene Entscheidung, den Verfahrensweg für die Neuordnung des DDR-Rundfunks im deutsch-deutschen Einigungsvertrag zu regeln, sprich: Von Bonn aus festzulegen. Wenige Tage vor der Paraphierung des Gesamtvertragswerkes am 30. August einigten sich Vertreter des Bundesinnenministeriums und der (alten) Bundesländer auf den Wortlaut des entsprechenden Paragraphen 36 (ursprünglich 28 a). Von diesem fait accompli ließ sich die DDR-Verhandlungskommission nolens volens überfahren und stimmte der Bonner Vorgabe zu. Der Medienminister soll bei diesem Procedere vor vollendete Tatsachen gestellt worden sein.

Am 20. September billigten beide deutschen Parlamente, tags darauf der Bundesrat den Einigungsvertrag. Nach § 36 sollen der "Rundfunk der DDR" und der "Deutsche Fernsehfunke" in einer staatlichen, gemeinschaftlichen Einrichtung der neuen Bundesländer zusammengefaßt werden. Diese Einrichtung soll bis Jahresende 1991 weitergeführt, durch gemeinsamen Staatsvertrag der neuen Länder entweder aufgelöst oder in Anstalten des öffentlichen Rechts einzelner oder mehrerer Länder überführt werden. Die Leitung der "Einrichtung" obliegt ei-

nem Rundfunkbeauftragten, der auf Vorschlag des DDR-Ministerpräsidenten von der Volkskammer oder, falls dieser Wahl-Modus nicht zustande kommt, von den Landessprechern und dem Oberbürgermeister von Berlin mit Mehrheit gewählt wird. Neben dem Rundfunkbeauftragten soll als zweites Organ ein Rundfunkbeirat aus 18 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen gebildet werden. Je drei dieser Mitglieder sollen von den Landtagen der neuen Bundesländer und von der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt werden. Der Rundfunkbeirat soll in allen Programmfragen ein Beratungsrecht und bei wesentlichen Personal-, Wirtschafts- und Haushaltsfragen ein Mitwirkungsrecht besitzen. Diese in Bonn diktierte Überleitungs-Regelung trat am 3. Oktober 1990 in Kraft, ohne daß Ministerpräsident Lothar de Maizière zuvor einen Rundfunkbeauftragten benannt hatte.

Literaturhinweise

- Barbara Baerns: Journalismus und Medien in der DDR. Ansätze, Perspektiven, Probleme und Konsequenzen des Wandels. Königswinter: Jakob-Kaiser-Stiftung 1990
- Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR. München: K.G. Saur 1989
- Arnulf Kutsch (Hrsg.): Publizistischer und journalistischer Wandel in der DDR. Bochum: Brockmeyer 1990²
- Arnulf Kutsch (Bearb.): Das DDR-Mediensystem. Eine Auswahlbibliographie [18.3. bis 3.10.1990]. Mitteilungen StRuG, 16. Jg. 1990, Sonderheft
- Rudolf Lang (Bearb.): Hörfunk und Fernsehen. Aufsatznachweis aus Zeitschriften und Sammelwerken. Jahresband 1990. Köln: Westdeutscher Rundfunk 1990
- Peter Ludes (Hrsg.): DDR-Fernsehen intern. Von der Honecker-Ära bis "Deutschland einig Fernsehland". Berlin: Spiess 1990
- Walter A. Mahle (Hrsg.): Medien in Deutschland. Nationale und internationale Perspektiven. München: Ölschläger 1990
- Ingrid Pietrzynski (Red.): Radio im Umbruch. Oktober 1989 bis Oktober 1990 im Rundfunk der DDR. Berlin: Funkhaus Berlin o.J. [1991]
- Rundfunkrecht. München: dtv 1990

Periodika

- Deutschland Archiv (Köln)
Fernseh-Informationen (München)

FF dabei (Berlin)

Funk-Korrespondenz (Köln)

Kirche und Rundfunk (Frankfurt/Main)

Publizistik & Kunst (Bonn)

Rundfunk und Fernsehen (Baden-Baden)

Wolfgang Mühl-Benninghaus

HÖRFUNK UND FERNSEHEN IN DEN "NEUEN" LÄNDERN

Ein Zwischenbericht - gegeben auf der 22. Jahrestagung des Studienkreises in München

Zwischenberichten ist es eigen, daß ihren Autoren, zumal wenn sie nicht unmittelbar in dem betreffenden Prozeß involviert sind, nur ein Teil des betreffenden Materials vorliegt. Auch ich muß mich bei meinen Ausführungen vor allem auf Presseberichte stützen, die ich durch persönliche Gespräche und Programmebeobachtungen relativieren bzw. ergänzen konnte. Aufgrund dieser Quellensituation möchte ich mich auf einige wenige Schwerpunkte beschränken.

Zunächst die beiden wichtigsten Ergebnisse der bisherigen Umgestaltung der Rundfunklandschaft im Osten Deutschlands. Dazu zählt zum ersten die Schaffung der formal-rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunkanstalten in den drei Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Nach Abschluß der Rundfunkgesetzgebung unterzeichneten die Ministerpräsidenten der genannten Länder einen Staatsvertrag zur Gründung einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Anstalt, dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR). Diesem steht seit einigen Wochen Udo Reiter als Intendant vor. Seine Personalvorschläge bildeten die Grundlage für die gegen die Stimmen der SPD im Rundfunkbeirat erfolgte Wahl der übrigen Direktorenposten des MDR und der Landesfunkhäuser. Für die inzwischen ausgeschriebenen Stellen liegen bereits eine große Anzahl von Bewerbungen aus den neuen und den alten Bundesländern vor.

Das zweite wichtige Ergebnis der Rundfunkneuordnung wurde mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die Ministerpräsidenten aller Bundesländer Ende August besiegelt. Der Vertrag stellt sicher, daß das Programm von "Deutschlandsender Kultur" in Zukunft im Rahmen einer nationalen Hörfunkkette landesweit ausgestrahlt wird. Das bedeutet: von den vier zentralen Hörfunkprogrammen bleibt in Zukunft eines erhalten. Die übrigen werden laut Einigungsvertrag zum 31. Dezember diesen Jahres "abgewickelt".

Dieser positiven Bilanz stehen noch eine Reihe ungelöster Probleme gegenüber. Hierzu zählt in erster Linie die fehlende Mediengesetzgebung in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Somit ist z.Z. noch nicht endgültig geklärt, wie die Medienlandschaft sich im Nordosten Deutschland konstituieren wird. Wahrscheinlich erhält Brandenburg in Zukunft eine eigene öffentlich-rechtliche Anstalt. Mecklenburg-Vorpommern wird möglicherweise dem NDR-Staatsvertrag beitreten. Sollte sich diese Entwicklung bestätigen, würde der SFB als Berliner Stadtsender in seiner jetzigen Form erhalten bleiben.

Bisher zeichnet sich auch noch keine Einigung zwischen den fünf Ländern und Berlin zum Problem der Immobilienfrage ab. Sie schließt nicht nur die Frage der Grundstücke und Gebäude ein, sondern auch den Verbleib der Archive. Laut Einigungsvertrag errechnet sich der Anteil an Immobilien prozentual dem Gebührenaufkommen in den fünf Bundesländern und Ostberlin vor dem 3. Oktober 1990.

Problematisch ist schließlich auch die Zukunft all jener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Funkhaus Berlin und beim Deutschen Fernsehfunk, die bereits ihre Entlassungspapiere erhalten haben oder in Kürze erhalten werden. Natürlich werden viele einen neuen Arbeitsplatz in den neuen Anstalten bekommen. Für die übrigen arbeitete der Marlboro-PR-Direktor Fredi Breidbach im Auftrag von Rudolf Mühlfenzl ein Umschulungsprogramm aus, das allen Mitarbeitern vorliegt. Zu begrüßen ist, daß Kurse zum Erlernen bimedialer Berichterstattung ebenso angeboten wurden wie Lehrgänge für den Umgang mit modernen Kommunikationstechniken. Unseriös scheinen mir alle Angebote in bezug auf das PR-Gebiet zu sein, vor allem weil keine Lehrkonzepte und -inhalte mit den Angeboten vorgelegt werden konnten.

Am Ende dieses ersten Punktes noch eine Bemerkung zu den privaten Anbietern. Zur Zeit laufen noch die Sondierungsgespräche; endgültige Entscheidungen liegen allerdings noch nicht vor. Eine Ausnahme ist "Radio F.R.E.I." in Erfurt, ein bis zum Frühsommer ohne Genehmigung betriebener off-Kanal. Das thüringische Mediengesetz sieht einen solchen Kanal nicht vor. Deshalb soll die Lizenzvergabe für das Projekt bei der Landesregierung nun über gerichtliche Schritte erzwungen werden.

Verfolgt man die Diskussionen und die Anfänge zur Neuordnung der ostdeutschen Rundfunklandschaft, so fallen zwei Momente besonders auf. Zum ersten zeichnet sich auf regionaler Ebene eine neue Art von Zentralismus ab. So müssen nun alle Landesfunkhäuser in den jeweiligen Hauptstädten errichtet werden, obwohl, wie in Sachsen-Anhalts Regierungserklärung ausdrücklich betont wurde, Halle und nicht Magdeburg als zukünftigen Medienstandort auszubauen ist. In Erfurt wird nicht nur das neue Landesfunkhaus für Thüringen entstehen; auch die gerade gegründete Werbetochter des MDR wird in dieser Stadt ihr Domizil finden, obwohl traditionell Erfurt nie Medienstadt war. Auch in Mecklenburg-Vorpommern soll das Landesfunkhaus in der Hauptstadt Schwerin entstehen.

Bemerkenswert erscheint mir auch der zweite Punkt. In den Diskussionen und Entscheidungen der letzten Monate spielte die vom Grundgesetz geforderte Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur eine sehr untergeordnete Rolle. Es dominierten vielmehr vor allem parteitaktische Überlegungen. Diese Entwicklung wurde erstmals signifikant bei der Wahl von Rudolf Mühlfenzl zum Rundfunkbeauftragten durch die CDU-regierten Länder. Diese vollzogen, wie allgemein bekannt, nur die Anweisungen des Bundeskanzlers. Ein anderes Moment ist die Dominanz der Parteien im Rundfunkbeirat des MDR und die von parteipolitischen Erwägungen bestimmte Auswahl der Führungsmannschaft dieser neuen Anstalt. Durchsichtig wurde diese Entwicklung mit der Berufung des CDU-Landtagsabgeordneten Uwe Grüning zum Stellvertreter der Hörfunkdirektorin Karola Sommeray (SPD), obwohl er über keinerlei praktische Hörfunkerfahrung verfügt.

Unterschiedliche Parteiinteressen sind auch für die verzögerten

Entscheidungen über die Mediengesetze und damit die Grundlage für die Errichtung öffentlich-rechtlicher Anstalten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern maßgebend. Wie allgemein bekannt, wurde lange über die Mehrländeranstalt im Nordosten der Republik diskutiert. Sie hätte mehrere Vorteile geboten. Aus der Sicht der ARD wäre wichtig gewesen, daß diese Anstalt finanziell unabhängig ist. Aber auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive spricht viel für einen solchen Verbund. Die Nord- und Ostseeländer werden in Kürze gegeneinander konkurrieren müssen, weil sich die Hafen- und Schiffsbaukapazitäten durch die Wiedervereinigung ebenso massiv erhöht haben wie auch die Fischverarbeitung und das Angebot an Tourismuszentren. Brandenburg, Berlin und Vorpommern waren in der Vergangenheit schon eine gemeinsame Wirtschaftszone, und es spricht viel dafür, daß im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs im Osten diese Traditionen wiederbelebt werden. Die neuesten Daten über die Tourismusentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern belegen bereits heute, daß die alten Bindungen wieder entstehen. Eine gemeinsame Rundfunkanstalt könnte diesen Prozeß mit ihren Mitteln zusätzlich befördern. Statt diesen und anderen Argumenten zu folgen, bestimmen vor allem parteiinterne Auseinandersetzungen das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Schweriner Landtag. Als Begründung für ihre Entscheidungen muß die kulturelle Identität erhalten, ohne daß diese historisch hinterfragt wird.

Vieles deutet darauf hin, daß Berlin und Brandenburg in absehbarer Zeit ein gemeinsames Bundesland werden. Dennoch ist es unwahrscheinlich, daß es zur Gründung einer gemeinsamen Anstalt kommen wird. Einflußreiche Politiker im Potsdamer Landtag betonen gleichfalls zur Zeit ständig, man brauche einen eigenen Sender, um die brandenburgische Identität zu entwickeln und zu stärken. Auch hier fragt sich der Historiker, was er denn darunter zu verstehen habe.

In Berlin schließlich ist der Intendant des SFB überzeugt, alles nur mögliche getan zu haben, um die gemeinsame Arbeit im Nordosten zu begründen. In einem Gespräch mit Frau Brunnen-Wagenführ nannte er sofort eine Reihe von Politikern, die das Vorhaben Nordostdeutscher Rundfunk hintertrieben hätten. Bei eigenen Recherchen im Sender wurde mir sehr schnell deutlich, daß der Intendant den Einfluß der Bonner CDU auf die Landespolitiker in Schwerin überschätzt hatte. Aktiv wurde er erst, wie heute erkennbar, als es viel zu spät war. Zu diesem Zeitpunkt überzeugten dann auch unverhältnismäßig große Zugeständnisse des SFB an die Landesregierungen nicht mehr.

Neben dem Einfluß auf die zukünftige ARD-Struktur fehlte es auch nicht an Versuchen einzelner Politiker, auf Sendeinhalte von Hörfunk und Fernsehen Einfluß zu nehmen. Gestatten Sie mir bitte, daß ich für dieses traurige Kapitel nur ein Beispiel aus Sachsen anführe. Kurz nach der Einleitung der staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Dresdener Oberbürgermeister Berghofer wegen Wahlbetrugsverdacht erhob dieser seinerseits schwere Vorwürfe gegen die neue Stadtverwaltung. Eine Redakteurin von Sachsen-Radio kürzte die betreffende Argenturmeldung und verzichtete auf die nochmalige

Erwähnung der längst bekannten Nachricht über die Aufnahme der Ermittlungen. Darauf unterstellte ein Mitglied des Medien- und Kulturausschusses im Dresdener Landtag der Journalistin eine gleiche Parteibuch-Vergangenheit wie Berghofer sowie persönliche Beziehungen zu dem Ex-Oberbürgermeister. "Natürlich" enthielt der betreffende Brief auch einen unmißverständlichen Hinweis auf mögliche Konsequenzen. Im Klartext: er drohte der Redakteurin damit, daß sie nicht in die zukünftige ARD-Anstalt übernommen werden würde.

Während die politischen Diskussionen den Prozeß der Herausbildung neuer Rundfunkstrukturen teils behinderten, teils verzögerten, entstanden zwischen allen Landessendern und Landesrundfunkanstalten sowie einigen ARD-Sendern feste Beziehungen. So stellten diese zum Teil technische Ausrüstungen wie Schneidetische, Ü-Wagen usw., aber auch Weiterbildungsplätze und Mitarbeiter zur Verfügung. Nicht zuletzt schließt dieser Aspekt auch die Bemühungen um den Erhalt des Archivgutes ein. Es gibt heute keinen Landessender im Osten Deutschlands, dessen Möglichkeiten durch diese Transferleistungen von West nach Ost nicht wesentlich erweitert wurden.

Im zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich auf einige inhaltliche Fragen der Regionalprogramme in Hörfunk und Fernsehen zu sprechen kommen. Als im Juli 1990 die regionalen Anstalten formal gegründet wurden, waren die Ausgangsbedingungen zwischen und innerhalb der beiden Medien sehr unterschiedlich. Im Hörfunk war schon 1953 die Regionalberichterstattung wiederbelebt worden, nachdem sie 1952 völlig eingestellt worden war. Von 1958 an existierten im Programm von "Radio DDR" feste Sendeschienen für die Bezirksstudios und von 1964 an relativ eigenständige Regionalstudios im Rahmen der Bezirksstruktur der DDR. Aufgrund dieser Vorgeschichte verlief die Einrichtung von Landesrundfunkstudios hier wesentlich unproblematischer als beim Deutschen Fernsehfunk. Dort gab es bis zum März 1990 keine Regionalprogramme, d.h. alle betroffenen Mitarbeiter mußten sich in dieses Metier erst einarbeiten. Des weiteren durften vor der Wende nur Mitarbeiter der Aktuellen Kamera live-Sendungen produzieren und zu tagespolitischen Ereignissen Stellung nehmen. Dies bedeutete, daß die Mehrzahl der Mitarbeiter, die sich seit März 1990 der Regionalberichterstattung widmeten, in den nachfolgenden Monaten erstmals live vor die Kamera traten oder dahinter die entsprechende Technik bedienten. In Thüringen kam erschwerend hinzu, daß es dort bis auf die Bezirks-AK-Studios keine größeren Studios und Arbeitsräume für ein Regionalprogramm gab. Deshalb mußte für die Fernsehproduktionen im letzten Jahr zunächst erst einmal ein Stasi-Kulturhaus in Gera hergerichtet werden.

Heute strahlt jeder Landessender auf den ehemaligen Frequenzen des 1. Programms des DFF, die am 15. Dezember 1990 von der ARD übernommen wurden, zwischen 18.30 und 19.30 Uhr ein einstündiges Regionalprogramm aus. Die Werbung und die Serien, die den Rest der Regionalschiene füllen, werden zentral aus Adlershof eingespielt. Im Hörfunk senden Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern je ein und Sachsen zwei Vollprogramme. Außerdem wird im Sommer im Norden noch die Ferienwelle und in Sachsen in den

Abendstunden ein Kulturprogramm ausgestrahlt. Entsprechend einer in das Jahr 1948 zurückreichenden Tradition produzieren die Studios in Cottbus und in Bautzen noch täglich ein mehrstündiges Programm in nieder- bzw. obersorbischer Sprache.

Alle Fernseh- und Hörfunkprogramme werden inzwischen völlig unabhängig von Berlin produziert. Ein Vergleich der Strukturen und der vermittelten Inhalte zeigt jedoch, daß in der Programmgestaltung gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen Sendern nicht erkennbar sind. Den Grundaufbau der Hörfunkprogramme kennzeichnen vor allem großflächige Magazine, daneben Wunsch-, Spiel- und Glückwunschsendungen. Differenzierbar sind die Sender meist nur durch ihre Erkennungsmelodien und die mehr oder weniger ausführliche Regionalberichterstattung; eine ausführliche Auslands- und Deutschlandberichterstattung fehlt fast vollständig. Vergleichbare Anschuldigungen wie die gegen die sächsische Redakteurin haben auch in anderen Bundesländern wesentlich dazu beigetragen, daß in den Kommentaren und in der Landesberichterstattung nur in Ausnahmefällen die persönliche Meinung des jeweiligen Journalisten erkennbar wird. Damit kommt zur Eintönigkeit des Musikteppichs noch die Eintönigkeit der Beiträge. Über weite Strecken verfestigt sich der Eindruck, daß die althergebrachten Bezirksprogramme bis auf Teile des Abendprogramms, in dem auch Hörspiele, klassische Musik und literarische Beiträge gesendet werden, mehr oder weniger zeitlich gestreckt wurden. Der kleinkarrierte, provinzielle Charakter vieler Programmteile des regionalen Hörfunks wird noch verstärkt durch die freundlich lockere, fast familiäre Ansprechhaltung der meisten Moderatoren, die zum Teil nur mühsam ihren heimatlichen Akzent unterdrücken können.

In bezug auf die Regionalprogramme im Fernsehen stellt sich die Situation etwas differenzierter als im Hörfunk dar. Gemeinsam ist den meisten Landessendern der Mangel an Kamertechnik und der Zwang, mindestens täglich eine halbe Stunde mit Landespolitik füllen zu müssen. Da die Außenstudios fehlen und die Mobilität durch permanent verstopfte Straßen eingeschränkt ist, sind inhaltliche Beschränkungen und territoriale Unausgewogenheiten im Programm aller fünf Landessender die Regel. Unterschiede zwischen den Landesprogrammen lassen sich vor allem auf handwerklichen Ebenen wie Kameraführung und Moderation, aber auch in der Konzeption erkennen. So ist mir in Thüringen beim Zuschauen die Programmlogik nicht deutlich geworden. Dazu benötigte ich erst eine längere Erklärung durch den Leiter des Senders. Klar gegliederte Programme finden wir hingegen in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern. Die Servicenfunktion des Hallischen Senders geht sogar soweit, daß die Kommunen die Mitschnitte der samstags ausgestrahlten Städtebilder für ihre eigene PR-Arbeit nutzen. In Brandenburg wiederum werden Bilder von internationalen Ereignissen zwischen die Landesnachrichten gemischt. Auf diese Weise ist dort zwar die Regionalberichterstattung in der Regel auf ein vernünftiges Maß zusammengeschnitten. Andererseits ist es schon eigenartig, wenn man von Moskau in den Potsdamer Landtag, dann wieder nach Jugoslawien geführt wird und schließlich auf irgend einem Dorf in der Mark landet.

Deutliche Unterschiede der Regionalsender lassen sich auch in den Gesprächsrunden oder bei den Sportnachrichten nachweisen. In Brandenburg begegnen uns beispielsweise sehr oft große Gesprächsrunden, deren Teilnehmer hinter Tischen verbarrikadiert ein bis zweimal zu Wort kommen, während man in Dresden den Gesprächspartnern kleiner Runden locker im Sessel sitzend längere Meinungsäußerungen zugesteht.

Der auffälligste Unterschied zu westlichen Programmen ist die starke Zurückhaltung der Journalisten, die kaum mal eine Unterbrechung des Redeflusses der Gesprächspartner riskieren; selten wird ein eigener Standpunkt der Fragenden deutlich. Nachfragen sind die Ausnahme, und häufig gerät die Berichterstattung ins Moralisierende. Völlig unterentwickelt ist schließlich die Wirtschaftsberichterstattung. Hier kann fast jeder Unternehmer, der vor der Kamera mitteilen möchte, Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert zu haben, diesen Auftritt bedenkenlos als Promotionsveranstaltung für sein Unternehmen im Fernsehen nutzen, ohne daß ihm Grenzen gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu den vielen Ratgebersendungen, die sowohl Hörfunk als auch Fernsehen regelmäßig ausstrahlen. Unbestritten sei die Notwendigkeit dieser Programme, die der Bevölkerung im Osten helfen sollen, die neuen Gesetze, Vorschriften und Rechte kennenzulernen. Die hohen Einschaltquoten und das Interesse der Rezipienten bestätigen die große Akzeptanz der Sendungen. Weitgehend unreflektiert bleiben dagegen bisher viele Begriffe und Sachverhalte, die auf den ersten Blick in Ost und West mit den gleichen Inhalten besetzt scheinen, tatsächlich aber mit einem anderen Verständnis besetzt sind. Die vielen Mißverständnisse in der Kommunikation zwischen Ost und West zeigen, daß viele Gesprächspartner sich dessen nicht bewußt sind. Soweit ich erkennen kann, ist der Darstellung dieser Kommunikationsebene weder in den Hörfunk- noch in den Fernsehprogrammen angedacht worden.

Unbedingt scheint mir, daß es auch notwendig ist, nach der Neubesetzung der Rundfunk- und Fernsehteams ein Weiterbildungsprogramm zu schaffen, das die breite Palette von der Rhetorik- und Körpersprachenausbildung bis zu wirtschaftsjournalistischen Spezialkenntnissen vermittelt. In vielen Gesprächen habe ich gehört, daß man sich dieser Notwendigkeit auch in den bisherigen Leitungsebenen der Funkhäuser bewußt ist.

Eine Zwischenbilanz des Rundfunks im Osten Deutschlands bleibt unvollständig ohne eine Berücksichtigung der noch existierenden zentralen Programme, die in Adlershof und in der Berliner Nalepastraße ausgestrahlt werden. Gestatten Sie mir aber bitte, auf eine Vorstellung dieser Sendungen an dieser Stelle zu verzichten, zumal die bisherigen Programmstrukturen bis auf DS-Kultur in wenigen Wochen aufgelöst sein werden. Ein Teil der heute noch von Berlin ausgestrahlten Sendungen, so der allgemeine Konsens, werden wir in Zukunft u.a. in den dritten, zum Teil auch im ersten Programm wieder-

sehen und auf den entsprechenden regionalen Frequenzen hören können. Schon jetzt scheint mir sicher zu sein, daß neue Programmkonzepte und die Übernahme vorhandener Sendungen die augenblickliche Rundfunksituation im Osten Deutschlands wesentlich verbessern werden. Unter der Voraussetzung, daß die SPD mit ihrer angekündigten Klage gegen die Besetzung des Rundfunkbeirats beim Bundesverfassungsgericht Erfolg haben wird und die Rundfunkmitarbeiter durch ihre Arbeit in den neuen Anstalten an Selbstbewußtsein gewinnen, werden augenblickliche Fehlentwicklungen mit Sicherheit auf Dauer relativiert werden können.

Aufgabe der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Institute wird es sein müssen, zum einen Weiterbildungsangebote zu erarbeiten und die durch unterschiedliche historische, kulturelle, soziale und vor allem politische Erfahrungen geprägte Sprach- und Ausdrucksform zu untersuchen und zu vermitteln. Die Nutzung der gewonnenen Erkenntnisse durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten könnte m.E. ein entscheidendes Moment zum Abbau bestehender Vorurteile zwischen Ost und West sein. Zugleich bekämen wir ein Rundfunkprogramm, das regional differenziert ist, aber im Grundsatz eine stärkere Akzeptanz findet als bisher.

Rüdiger Steinmetz

AUF DEM WEG ZUM DUALEN SYSTEM

"Freies Fernsehen-GmbH": Der erste Versuch privatwirtschaftlich organisierten Rundfunks in Deutschland

Vortrag auf der 22. Jahrestagung des Studienkreises in München

I.

Was meinen Sie, wie tief die Wurzeln des dualen Rundfunksystems in unsere Nachkriegsgeschichte hineinreichen? Nicht erst sieben Jahre, nein, auch nicht bis 1961 zum pauschal sogenannten "Adenauer-Fernsehen", auch nicht bis zur Rundfunkdebatte 1958, sondern bis 1949! So alt sind Pläne von Teilen der Zeitungsverleger, privat-kommerziellen und werbefinanzierten Rundfunk aufzubauen. Seit 1949, intensiver seit 1952 entwickelten Teile der Zeitungsverlegerschaft Pläne für eigene, gewerbliche Hörfunk- und Fernsehprogramme, ausgehend von der Basis des DENA-eigenen Senders in Bad Nauheim. Gerade dieser eigene Sender mit vermeintlich gültiger alliierter Sendelizenz sollte die Unabhängigkeit von der Post und von der Bundesregierung garantieren. Der Markenverband, die Interessenvertretung der 400 größten Markenartikelhersteller, hegte seit 1952 konkrete Pläne für privat-kommerziellen, werbenden Rundfunk und verband diese von vornherein mit dem Angebot an die Bundesregierung, das Medium für politisch konsonante Mitteilungen zu nutzen. Verhandlungen zwischen den Verlegern und dem Markenverband über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage kommerziellen Rundfunks blieben 1952/53 zunächst ergebnislos. Zu unterschiedlich und teilweise gegensätzlich waren die Interessen und finanziellen Möglichkeiten: Die Industrie mußte und wollte ihren Absatz mit Hilfe von Hörfunk- und Fernsehwerbung am Beginn des ökonomischen Aufschwungs, des "Wirtschaftswunders", steigern. Die Zeitungsverleger mußten und wollten sich dieser Medien bemächtigen, um Einbrüche in ihre Domäne der Werbung zu verhindern. Programminhaltliche Vorstellungen verbanden beide Interessengruppen damit nicht. Diese war zumindest die Industrie bereit der Bundesregierung zu überlassen, um im Gegenzug die erforderlichen Genehmigungen zu bekommen.

Die Bundesregierung war an solchen Plänen und Initiativen besonders interessiert. Sie wollte das "öffentlich-rechtliche Monopol brechen", u.a. durch ein Bundesgesetz, durch Einwirkung auf Anstalten und Redakteure, durch die Vergabe sogenannter "kleiner Lizenzen" für regionalen und subregionalen UKW-Hörfunk in Privathand bzw. in der Hand einzelner kultureller Gruppen. Wie 30 Jahre später, Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, diente das Modell regionalen und subregionalen Rundfunks als Argument, "Vielfalt" herzustellen und Konkurrenz gegenüber dem "Monopolfunk" zu schaffen. Doch weder in der ersten noch in der zweiten Legislaturperiode kamen diese Bemühungen voran. Auch der 1951 gegründete "Arbeitskreis für Rundfunkfragen" (Gerhard Eckert) wurde vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gestützt mit dem Ziel, scheinbar neutrale Experten in der Öffentlichkeit gegen das föderale, öffent-

lich-rechtliche Rundfunksystem zu binden und zu aktivieren. Über ein Jahrzehnt hielt die Zusammenarbeit an.

Wirtschaftliche und verlegerische Interessengruppen gründeten im August 1956 die unscheinbare, hinter den Kulissen wirkende "Studiengesellschaft für Funk- und Fernsehwerbung e.V.", die als kollektiver Lobbyist und Wegbereiter auf ein zweites, privat-kommerzielles Fernsehprogramm hinarbeitete. Die Aktivitäten und Ziele des Vereins verbanden sich am Ende der zweiten Legislaturperiode des Bundestages mit den Bedürfnissen der Bundesregierung, die aufgrund von demoskopischen Umfragen aus Allensbach um eine Unionsmehrheit bei der Bundestagswahl 1957 fürchtete und hier den Rundfunk als Propinstrument einsetzen wollte. Aus dem gleichen Grund zögerte der Postminister die Vergabe weiterer Fernsehfrequenzen an öffentlich-rechtliche Anstalten hinaus und verhandelte insgeheim mit der "Studiengesellschaft". Die Wirtschaftskreise waren sicher, in dieser Konstellation immer die dominierende Kraft zu haben, um Politik und Programm für ihre Interessen einzusetzen. Im März 1957 beantragte die "Studiengesellschaft" beim Postminister bereits eine Lizenz für die Ausstrahlung eines zweiten Fernsehprogramms. In dem ersten umfassenderen Gutachten der "Studiengesellschaft" für ein "deutsches Werbefernsehen" wurde 1957 bereits eine gerichtliche Auseinandersetzung in Karlsruhe einkalkuliert und das Erteilen einer Sendelizenz als der einzig gangbare Weg bezeichnet. Geplant wurde ein zentrales Fernsehprogramm, das nach betriebswirtschaftlichen Prioritäten ausschließlich die Ballungsräume versorgen und 33 Stunden pro Woche senden sollte. Die Kosten wurden auf 51,5 Millionen pro Jahr berechnet.

Forciert wurde der Fernseh-Optimismus Anfang 1958 durch eine Allensbacher Auftragsstudie zur Einstellung des Publikums gegenüber einem zweiten Fernsehprogramm. Das Ergebnis, der Wunsch nach einem zweiten Fernsehen sei ein "universelles Anliegen" der Menschen, begründete den in der Folge sich verselbständigenden Topos, das Publikum dränge auf ein zweites, privatwirtschaftliches Fernsehprogramm. Publizistisch propagierte der "unabhängige Fernsehkritiker" Gerhard Eckert diesen "allgemeinen Wunsch" auf den verschiedensten medialen Ebenen. Er wirkte in mehreren Funktionen als Propagandist, sowohl im Auftrag des Bundespresseamtes (BPA) als auch von Industrie und Verlegern. Sein Wirken war sozusagen doppelt rückgekoppelt: als "wissenschaftlicher, unabhängiger Gutachter" für das BPA, für "Studiengesellschaft" und "Arbeitskreis" und als publizistischer Förderer des Gedankens in den Medien. Er stellte das - damals und bis heute unerkannte - Bindeglied dar zwischen den verschiedenen, zum Teil widerstreitenden Interessengruppen aus Wirtschaft, Politik und Verlegern.

Unmittelbar nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit der CDU im Bundestag 1957 begann interministeriell ein weiterer Vorstoß in Richtung Bundes-Rundfunkgesetz. Erneute Bund-Länder-Verhandlungen wurden, den dringenden Wünschen der Länder zum Trotz, vom Bund für zwecklos angesehen. Bundeskanzler Adenauer hielt die Ministerpräsidenten der Länder hin und beauftragte den Bundesinnenminister mit

der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes. Aus der Bundestagsdebatte am 28. Mai 1958 ging ein Auftrag an die Bundesregierung hervor, die Voraussetzungen für ein zweites Fernsehprogramm zu schaffen, das nicht von den bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten betrieben werden sollte. Dies war ein Schlüsselauftrag, auf den sich die Bundesregierung in der Folge immer wieder zur Rechtfertigung offizieller und nicht-offizieller rundfunkpolitischer Aktivitäten berief. Unabhängig davon hatte sie - von Bundestag, Bundesrat und Öffentlichkeit unerkannt - bereits mit der Aufbauförderung eines zweiten Fernsehprogramms begonnen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier führte für die Ministerpräsidenten-Konferenz die Rundfunkverhandlungen mit dem Bund. Er ließ sich darauf ein, die SPD-Ministerpräsidenten von den entscheidenden rundfunkpolitischen Verhandlungen auszugrenzen und geriet in die folgenreiche Zwickmühle aus Länderinteressen einerseits und Partei- und Kanzlerloyalität andererseits. In allen Verhandlungen und Auseinandersetzungen ging es den Beteiligten aus Union und SPD weniger um die Frage: Föderalismus oder Zentralismus, im Letzten nicht um Kulturhoheit, sondern um die parteipolitische Dominierung von Rundfunk, um die parteipolitische Sicherung von Markt gegenüber dem Rundfunk. Parteien, Parlament und Länder blieben in dieser Frage weitgehend ohnmächtig. BDI und Verleger konnten - von der Bundesregierung gedeckt - konsequent ihre Vorbereitungen treffen.

Bis hierher ist festzuhalten: Kommerzieller Hörfunk und kommerzielles Fernsehen schienen nicht erst Anfang der achtziger Jahre, sondern bereits in den Fünfzigern für die Bundespolitik der Ausweg aus einem scheinbar ständig opponierenden föderalen Rundfunksystem zu sein. Verleger und werbetreibende Industrie waren vehement daran interessiert, sich ihre Einnahmequellen nicht verschütten zu lassen bzw. sich diese erst zu eröffnen. Die Gründung der "Deutschland-Fernseh GmbH" im Juni 1960 durch Konrad Adenauer und seinen Justizminister Fritz Schäffer war keineswegs ein überfallartiger, die Länder-Ministerpräsidenten überraschender Schritt, wie es die bisherige rundfunkhistorische Forschung (Steininger, Wehmeier und Bausch) darstellen. Adenauer hatte seine Absichten mit Tag und Stunde seinen Unions-MPs mehrfach angedroht. Das geht aus Protokollen hervor, die ich im Bundesarchiv Koblenz und im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin erstmals einsehen konnte; über eines davon hat Wolfgang Jacobmeyer bereits berichtet. Die "Deutschland-Fernsehen GmbH" war sozusagen die erste "Landeszentrale für Neue Medien", nur eben auf Bundesebene, und konsequenterweise gleich als GmbH organisiert, mit einem vom ersten Kanzler und seinem Staatssekretär Globke handverlesenen "pluralistischen" Aufsichtsgremium. Und die "Freies Fernsehen GmbH" war die erste privat-kommerzielle Programmgesellschaft. Aus der "Studiengesellschaft für Funk- und Fernsehwerbung" ging 1957 die FFG hervor, gegründet von Verlegern, Markenverband und BDI. Sie erhoffte sich die einzige Regierungslizenz für die Fernsehausstrahlung und wollte quasi als Super-Programmanbieter Programm kaufen, herstellen und herstellen lassen. Im Gegensatz zur alten Mutter ARD, die ihr Programm weitgehend selbst herstellte. Wie gut 20 Jahre später, so protestierten auch 1959/60 Kirchen und soziale In-

stitutionen gegen die bevorstehende Destruktion der Kultur durch Fernsehen.

II.

Nun zur Organisation und zum Programm des sogenannten "Freien Fernsehens": Ein lakonischer Brief Staatssekretärs von Eckardt erteilte am 30. Dezember 1959 den geheimen Regierungsauftrag an die FFG, ab 1. Januar 1961 ein bundesweites Fernseh-Vollprogramm auszustrahlen. Innerhalb eines Jahres also mußten mit den von Eckardt ebenfalls zugesagten Bundes-Bürgschaften von bis zu 124 Millionen DM Organisation und Programm aus dem Boden gestampft werden. Es handelte sich um nichts anderes als um die öffentliche Absicherung eines privaten Risikos. Günstiger geht es nicht: Mit einer - nicht einmal voll eingezahlten - Gesellschaftseinlage von 20.000 DM erreichte man eine Kreditwürdigkeit von bis zu mehr als 120 Millionen DM! Mit dem staatlich verbürgten, von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank vergebenen Geld mußte nicht gekleckert, sondern konnte geklotzt werden. Zu Geschäftsführern wurden im Einvernehmen mit der Bundesregierung der Post-Staatssekretär a.D. Gladenbeck und der BDI-Pressechef Schmidt bestellt. Als Programmdirektor war zunächst Karl Holzamer, Professor in Mainz und langjähriger Vorsitzender des SWF-Verwaltungsrats, vorgesehen. Holzamer war ein halbes Jahr später auch Adenauers Wunsch kandidat für das Amt des Intendanten der Deutschland-Fernsehen GmbH, fiel aber in zwei Wahlgängen durch, bevor er schließlich 1962 den Stuhl des ZDF-Gründungsintendanten besteigen sollte. Programmchef wurde Ernest Bornemann, heute bekannt als Sexualwissenschaftler, damals als Experte für anglo-amerikanisches und kanadisches Fernsehen, vom British Film Institute aus London abgeworben. Chefredakteur wurde Konrad Kraemer, ein Zeitungsmann ohne Fernseherfahrung, nach dem Ende der FFG Chefredakteur der KNA. Rudolf Mühlfnzl sollte sein Stellvertreter werden, doch sein Engagement kam nicht zustande.

Selbstverständlich wurden die Mitglieder der Pressure Groups, die sich für das kommerzielle System engagiert hatten, an prominenten Stellen in der FFG eingesetzt: so z.B. Gerhard Eckert als stellvertretender Programmchef und Edgar Scholz, der ehemalige DENA-Geschäftsführer, als Geschäftsführer der hundertprozentigen Tochtergesellschaft "Deutscher Fernsehdienst" (DFD), die die FFG-"Weltschau", die Konkurrenz zur "Tagesschau", produzieren sollte. Der Verleger John Jahr warb vom NDR den erfahrenen Verwaltungsleiter Hesslang ab. Gladenbeck setzte den Elektronik-Profi und Cheftechniker des NWRV, Walter Schwarz, als Technischen Direktor durch. Unterhaltungschef wurde Helmut Schreiber-Kalanag, bis 1945 Produktionschef der "Bavaria Film AG". Auch Günter Meyer-Goldenstädt, den Live-Experten mit NS-Hintergrund, warb man vom NWRV ab. Weitere, heute noch bekannte Namen in der 500 Mitarbeiter umfassenden FFG-Mannschaft waren Gerhard Eckert als stellvertretender Programmleiter und Chef dramaturg, Edgard F. Scholz als Geschäftsführer des Deutschen Fernsehdienstes, Gerd Mehl als Chefreporter im Sport,

Joachim-Ernst Behrend als Abteilungsleiter Musik, Peter von Eckardt als Leiter des Vormittagsprogramms, "zunächst der Freuensendungen", die niemals realisiert wurden, Max Loeser als stellvertretender Unterhaltungschef, Gerhard Reiche als Leiter der Abteilung Zeitgeschehen, Rudolf Dumont du Voitel als Leiter der Redaktion Kultur und Wissenschaft, Franz Herre als Leiter der Redaktion Politik, Herbert Phillips als Leiter der Münchner Produktionsgruppe, Helmut Ringelmann als Herstellungsleiter der Münchner Produktion, Ewald Schmidt di Dimoni als Leiter des Werbefernsehens, Hans Lesch als stellvertretender Leiter des Werbefernsehens und Carl Wingeroth als Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Als weitere freie Mitarbeiter wurden abgeworben: Heinz Haber vom NWRV, Rudolf Kühn vom BR, Corinne Pulver vom SDR. Eigene intensive Bemühungen um eine Mitarbeit bei der FFG unternahm Gerhard Löwenthal, indem er seinen Schwiegervater Ernst Lemmer ins Spiel brachte, und der "Welt"-Korrespondent Ernst Weisenfeld sowie Anselm Heyer, Joachim Kaiser, Hans Keil, Reinhard Kleinmann als Redakteur Zeitgeschehen, Werner Kremer, Klaus Morgenstern im "Gag-Archiv" der Programmabteilung, Klaus Müller-Gräffshagen, Redakteur Kultur und Wissenschaft, Günther Piecho, Hans-Joachim Platz, Karl Erich Rombach, ehemaliger Mitarbeiter des Londoner BDI-Büros, Karl Senne als Sachbearbeiter in der Sportredaktion, ab Oktober 1960 als Redakteur des Sportmagazins und Hans Sester als Chefkameramann.

Die SPD stand dem kommerziellen Treiben wie immer abwartend und hinhaltend bis ablehnend gegenüber, wie sie dies 20 Jahre später gegenüber dem dualen Rundfunksystem auch tat. Sie tat das v.a. aus Opposition gegenüber dem intensiven Regierungsengagement. Fritz Sänger argwöhnte gegenüber Herbert Wehner, allenfalls der Portier sei in der FFG vielleicht FFG-Mitglied. Bornemann macht aus der FFG rückblickend stolz einen sozialistischen Hort. Sänger traf eher die Wahrheit, und beider Überlegungen lag der uns so fürchterlich vertraute Proporzgedanke zugrunde, ebenso natürlich den Plänen und Aktionen der Bundesregierung.

Mit Gehältern, die bis zum Doppelten der Bezüge in der ARD betrogen, warb die FFG Mitarbeiter ab bzw. zog Nachwuchskräfte an. Zur gleichen Zeit, als beispielsweise ein gewisser Dieter Stolte beim SWF 900 DM bekam, verdiente ein vergleichbarer FFG-Redakteur bis zu 2.000 DM. Da es sich um staatlich verbürgte Gelder handelte, wurden diese überhöhten Gehälter nach dem Scheitern der FFG zum Problem für den Bundesfinanzminister und den Haushaltsausschuß des Bundestages: handelte es sich tatsächlich um "angemessene Aufwendungen"? Es handelte sich.

Die FFG hatte mit großen Schwierigkeiten bei der Schaffung von Studiokapazitäten zu kämpfen, weil die öffentlich-rechtlichen Anstalten rechtzeitig freie Studiokapazitäten vom Markt weggekauft oder - Bavaria! - weggegründet hatten. Rettung in dieser Not bot die durch die Kinokrise darniederliegende Filmindustrie: die Münchner RIVA-Studios, die Berliner TV-Union, die Spandauer CCC-Studios von Atze Brauner und die wenig später ebenfalls mit Bundesbürgschaften zu-

grundegehende Ufa-Filmhansa. Die RIVA wurde das Studio-Standbein der FFG, solange die eigenen Studios in "Telesibirsk", in Eschborn bei Frankfurt, noch nicht betriebsbereit waren. Einer der größten Auftragnehmer der FFG, der größte jedenfalls im Dokumentarfilmbereich, war Peter von Zahn mit seiner "Documentary Programs Inc.", der für zwei wöchentlich parallel laufende Serien vom NWRV wegengagierte wurde.

Das FFG-Programm war intensiv an us-amerikanischen und englischen Programmformaten orientiert: Neben dem Programmformat mit durchgängigen 30-Minuten-Leisten war ein Morgenprogramm für Fabrikarbeiter mit kurzen Nachrichtenblöcken zu jeder halben Stunde (6.00, 6.30 und 7.00 Uhr) geplant. Außerdem waren eine Programmöffnung ("Kalendermann") und ein "würdiger" Programmschluß ("Epilog") vorgesehen. Politische, aktuelle und dokumentarische Programme mußten immer unterhaltend und auf Konsumierbarkeit angelegt sein, so hieß die Vorgabe des Programmchefs Bornemann. Die FFG selbst produzierte ausschließlich mit der neuen magnetischen Aufzeichnung; Filmaufträge wurden an Dritte vergeben. Dies waren deutliche Akzente, die das Programm der FFG vom öffentlich-rechtlichen Deutschen Fernsehen abgehoben hätten.

Zum Teil waren diese Ideen auch aus der Not geboren: "Erst in drei oder vier Jahren werden wir es uns leisten können, lange Programme zu senden. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, mit völlig deutschen Mitteln ein beschwingtes, pausenloses, unterhaltendes Fernsehprogramm nach den besten angelsächsischen Erfahrungen zusammenzustellen. Innerhalb dieses Rahmens müssen selbst die politischen, aktuellen und Dokumentarprogramme unterhaltend sein."

Um Kosten zu sparen und die beschriebenen US-Standards aufzubauen, wurden in den Münchner RIVA-Studios unter Anleitung von Amerikanern und Engländern Nachwuchsregisseure geschult. Alle diese Maßnahmen stellten den größten denkbaren Kontrast zum damaligen öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm und in wesentlichen Teilen quasi die Vorwegnahme dessen dar, was privat-kommerzielle Programme heute bieten. Insofern läßt sich der Versuch eines privat-kommerziellen Fernsehens in Gestalt der FFG als das erste programmliche "Pilotprojekt" auf dem Weg zum dualen Rundfunk in Deutschland bezeichnen. An dieser Stelle will ich schon vorwegnehmen: In acht Monaten gelang es der FFG-Mannschaft, ein sendefähiges Programm auf die Beine zu stellen. Nach eigenen Angaben der FFG waren es 440 Programmstunden für 50 Mio. DM; das hätte etwa für fünf Monate gereicht - bei täglich 3 Stunden. In Wirklichkeit, das kann ich heute auf der Grundlage der Quellen sagen, hätte das Programm sendefähig für höchstens einen Monat gereicht - und auch das war schon fast ein Wunder. Es war also gut, daß die FFG nicht auf Sendung gehen mußte.

Bornemann knüpfte außerdem Kontakte zur Kulturredaktion von CBS, ließ Mitarbeiter Filme bei renommierten Filmfestivals sichten, träumte vom großen Coup, Gustav Gründgens "eine Fernsehsendung inszenieren" zu lassen, bereitete die Anmietung eines "Fernseh-Thea-

ters" in München und Berlin vor, vergleichbar dem in der ARD erfolgreichen "Ohnesorg-Theater", kurbelte ein "Preisausschreiben für Fernsehstücke" an, kämpfte gegen Produktionsverzögerungen bei den Wiener Produktionen, plante eine Comedy-Serie mit Heinz Erhard und bereitete die Circus-Sendung "Menschen - Tiere - Sensationen" vor, die kurz nach dem Scheitern der FFG im ersten Programm begann und bis heute mindestens alljährlich ausgestrahlt wird. Bornemann sicherte der FFG schließlich die Rechte an englischen Fernsehspielstoffen, deren Realisierungen zum Teil als "nicht jugendfrei" hätten angekündigt werden müssen. Der Programm- und Produktionschef geriet bereits in dieser Anlaufphase im Sommer 1960 mit seinem angelsächsischen Verständnis dessen, was ein "Fernsehspiel" sein könne, in Konflikte mit der FFG-Geschäftsleitung, die keine Wagnisse einzugehen bereit war. Bornemann hatte den Mut, im Fernsehspiel heiße Eisen anzufassen, die die alte Mutter ARD liegen bzw. kalt werden ließ. Doch eben diese heißen Eisen waren auch der FFG in ihrer Situation, um die Erteilung der Lizenz bangend, zu heiß. So blieben die Erfolge Bornemanns eher gering.

Die angelsächsische Orientierung erstreckte sich nicht nur auf den Spielfilm-, Serienfilm- und Unterhaltungsbereich, sondern auch auf den Bereich des Dokumentarischen und der politischen Information. Als direkte Konkurrenz zum ARD-"Frühschoppen" mit Werner Höfer plante der Chefredakteur Kraemer zur gleichen Sendezeit, sonntags 12 Uhr, eine halbstündige Sendung mit dem Titel "Im Kreuzfeuer". Sie sollte nach dem Muster der CBS-Sendung "Meet the Press" aufgebaut sein.

Der umfangreichste Auftrag ging an die TV-Union, Fernsehproduktions-Studio-GmbH, Berlin. Aus den CCC-Ateliers des Produzenten Brauner in Berlin-Spandau sollten wöchentlich mindestens zwei Programmstunden, also 104 Stunden, für das FFG-Programm kommen. Geplant waren eine Reihe von Berliner Volksstücken, drei Serien Quizshows, die kurzen Tagesprogramme zum Sendebeginn: "Kalendermann", die Serie "Meine Frau Susanne" sowie Mitschnitte von Veranstaltungen in der Deutschlandhalle, u.a. die Operette "Die Blume von Hawaii". Der tägliche Programmbeginn mit dem "Kindermann" war eine Kopie der englischen Serie "Almanac", die historische Ereignisse, Erfindungen und besondere Leistungen aus der Zeit vor 100, 50, 40 etc. Jahren zeigen und in Erinnerung rufen sollten.

Unterhaltung/Film/Serie: Ausstrahlungslizenzen:

US-Serien "Angel"/"Ein unmöglicher Engel", "Conquest", "Tomorrow" und "Champion" von CBS Zürich

US-Serien "Frontier"/"Grenzland", "Klondike" und "Loretta Young Show" von NBC International, London

US-Serie "Highway Patrol" von ZIV International TV Programs Inc., Ohio/USA, Niederlassung Rom

GB-Serie "The Four Just Men"/"Die vier Gerechten" von ITC Inc. TV Comp. Ltd., London.

Drehbuchaufträge, -bearbeitungen und Rechte (Auswahl):

Wolfdietrich Schnurre, Berlin-Grünwald: Drehbuchauftrag
"Staatsbesuch" (Arbeitstitel)
Heinz Oskar Wuttig, Berlin: Drehbuchauftrag "Nachtambulanz" und
"Klopffzeichen" (Arbeitstitel)
Gerhart Herrmann Mostar: Manuskripte "Das Gericht zieht sich zur
Beratung zurück"
Marianne de Barde: Senderechte für "At Home", "Hour od the Rat",
"The Raftcrackers", "The Czent of Fear", "Flight od the Dove"
Heinz Bergmann (Köln-Lindenthal) und Will Tremper (Hamburg), für
Exposées der FWU-Reihe "Es brennt unter den Nägeln",
Tankred Dorst, München: für "vollständige Entwicklung, einschl. Ma-
nuskrift, Puppenanfertigung, Puppenführung und Dekorationen für
eine Marionetten-Gute-Nacht-Geschichte".

Ein wesentlicher Teil der dokumentarischen Programme wurde auf An-
regungen aus der Regierung hin oder auch in direkter Verbindung mit
Bundesministerien entwickelt und realisiert. So plante Chefredak-
teur Kraemer die Reihe "Fremde in Europa (Deutschland)" in unmit-
telbarem Kontakt mit dem Bundesverteidigungsministerium. Über diese
Reihe hinaus sagten die Obersten Schmückle und von Kayser die um-
fassendste Unterstützung des Ministeriums für alle aktuellen und
dokumentarischen Sendungen im Themenbereich NATO, Bundeswehr und
Verteidigung zu. Alle langfristigen Projekte sollten gemeinsam be-
raten werden; das Thema "Bundeswehr" würde die FFG in allen dazu
geeigneten Sendungen wohlwollend mitbehandeln; Filme des Verteidi-
gungsministeriums standen der FFG für diese Zwecke kostenlos zur
Verfügung. In einer Zeit, in der der "Kalte Krieg" auf seinem Höhe-
punkt war und mehrfach - Kuba- und Berlinkrise - zu einem heißen
Krieg zu werden drohte, zu einer Zeit, als der Aufbau und die Inte-
gration der Bundeswehr in das öffentliche Bewußtsein noch längst
nicht als vollzogen gelten konnten, war die Wichtigkeit dieser Ver-
einbarung nicht hoch genug einzuschätzen. Endlich würde die Bundes-
regierung ein Instrument, das wirkungsvollste Massenkommunikations-
mittel Fernsehen, direkt beeinflussen können und nicht mehr dem
"hyperkritischen" ARD-Programm ausgeliefert sein. Ähnliche Verein-
barungen bzw. Programmkooperationen wurden mit dem Außenminister
Heinrich von Brentano und dem Landwirtschaftsminister Schwarz di-
rekt getroffen.

Zwischen Programmchef Bornemann und Chefredakteur Kraemer entspann
sich ein Konflikt, der als struktureller Dauerstreit in allen FS-
Anstalten anzutreffen ist: der Konflikt um Information und Unter-
haltung, in ihren Anteilen und in der Art der Präsentation und Ver-
mittlung. Bei der FFG war dieser Konflikt von doppelter Präsenz,
denn diese legte besonderen Wert natürlich auf unterhaltende Pro-
grammbestandteile, und alle anderen Beteiligten, BDI, Werbetrei-
bende und Verleger waren natürlich eher an zuschauerattraktiven
Programmen interessiert, um die Akzeptanz aufzubauen. Die FFG hatte
mit 36 % erheblich mehr informierende und dokumentarische Sendungen
eingeplant als die ARD mit nur 24,3 %. Bornemann hielt diesen An-
teil am unterhaltenden Gesamtprogramm für viel zu hoch und ver-
langte von Kraemer, die Planung informierender und dokumentarischer

Programme auf ein Verhältnis von 1:4 bzw. 1:5 "wie bei BBC und ITA" zurückzufahren. Beide hatten höchst unterschiedliche Vorstellungen von einer Programmstruktur. Bornemann verfolgte dabei ein heute noch als modern zu bezeichnendes Konzept, das starre Leisten und feste wöchentliche Sendeplätze vorsah. Wiedererkennbarkeit des Programms und damit eine intensivere Zuschauerbindung sollten dadurch gewährleistet werden. "Wenn ein Patient im Krankenhaus aus einer langen Narkose aufwacht, und er sieht unser XY-Programm, dann muß er sofort wissen: heute ist Mittwoch". Der Chefredakteur Kraemer baute das Programm unter (zeitungs-) journalistischen Gesichtspunkten auf, mit je nach vermeintlichem thematischem Gewicht stark in Tageszeit und Wochentag variierenden Sendeplätzen. Dies hatte zur Folge, daß manche Programme nur alle drei bis vier Wochen ausgestrahlt wurden und damit nur einen geringen Wiedererkennungswert besaßen. Bornemann kritisierte die Unentschlossenheit der Programmkonzeption im Bereich der Chefredaktion Kraemers und warf ihm vor, Zeitungsartikel in Fernsehprogramme zu übersetzen. Dies betraf z.B. die politischen Reihen "Im Kreuzfeuer", "Bonner Stammtisch" und "Bei uns zu Gast". Er fand "alle drei gleich langweilig".(1)

Von der ARD sollte sich die FFG nach Bornemanns Auffassung auch durch penibel pünktliche Anfangs- und Endzeiten der Programme unterscheiden. Dies war er von den englischen und nordamerikanischen Fernsehprogrammen gewohnt, dies hatte ihn an den deutschen Programmen abgeschreckt. Im Interesse der künftigen Werbekunden der FFG drang er also auf exakte und einheitliche Programmlängen.

Ebenfalls wegen der Profilierung gegenüber der ARD hielt der Programmchef ein attraktives und in der Produktion teures Nachmittagsprogramm für Kinder für unverzichtbar, denn: "Das Nachmittagsprogramm erzieht das Fernsehpublikum der Zukunft. Je mehr Stunden wir am Nachmittag senden und je besser unsere Nachmittagsprogramme sind, um so sicherer können wir sein, daß die Kinder und Jugendlichen uns und nicht unsere Konkurrenz in den kommenden Jahren unterstützen werden."(2)

Diese richtige und weitsichtige, zu diesem Zeitpunkt aber für die FFG noch nicht zu realisierende Erkenntnis hatte Bornemann ebenso wenig Gelegenheit in die Tat umzusetzen wie ein von ihm Anfang August 1960 angeregtes Sportmagazin nach anglo-amerikanischem Muster. Der junge Redakteur Karl Senne, wenig später einer der ersten Reporter der ARD-"Sportschau", heute ZDF-"Sportstudio", übernahm Anfang Oktober 1960 die Leitung dieses Sportmagazins.

Bei den FFG-Gesellschaftern waren die Vorstellungen in Bezug auf Programminhalte und -struktur diffus. Doch eher in der Form und Struktur des Programms als in seinen Inhalten sah man im Gegensatz zur Bundesregierung eine realistische Alternative gegenüber den Rundfunkanstalten. Daher wurde das 30-Minuten-Schema, das Bornemann aus einer früheren Planung der "Studiengesellschaft" übernahm und

1) Bornemann an Schmidt, 17.1.1961, BArch B 263/41.

2) Bornemann, Aktennotiz, 20.9.1960, BArch B 263/42.

aus vollster Überzeugung konsequent durchsetzte, für sinnvoll gehalten.(3)

Aus USA hatte Chefredakteur Kraemer die Idee des Merchandising von Programmen und Programmfiguren mitgebracht, die heute auch von öffentlich-rechtlichen Anstalten wie selbstverständlich verwirklicht wird (z.B. Alfred J. Quak, die Maus, die Mainzelmännchen). Das Merchandising sollte sich auf die Vermarktung von Fernsehspielen als Bücher - das Buch zum Film - und auf Fernsehfiguren, z.B. aus Zeichentrickfilmen, erstrecken.(4)

Probendurchläufe der aktuellen Nachrichtensendung des zur Produktion dieser Sendung eigens gegründeten Tochterunternehmens der FFG, "Deutscher Fernsehdienst", DFD, wurden seit Anfang Dezember 1960 durchgespielt. Als einziger potentieller Programmbestandteil war diese Nachrichtensendung mit höchster Priorität versehen, so daß die Proben auch das endgültige Fernsehurteil vom 28. Februar 1961 überdauerten. Die Probendurchläufe der "Weltschau" begannen am 5. Dezember 1960 in den bereits funktionstüchtigen Teilen der Eschborner Studios. Dabei wurde Bild-Agenturmaterial von CBS, Visnews und UPI verwendet.(5) Auch nach dem Fernsehurteil gingen Planung und Vorbereitung der "Tagesschau"/"Weltschau" in der Hoffnung auf die Übernahme durch einen anderen Programmveranstalter noch zwei Wochen lang weiter. Am 10. März 1961 konnten die FFG-Außenbüros nicht mehr bezahlt werden(6), und am 15. März 1961 mußte die Probeproduktion der "Weltschau" eingestellt werden, weil keine Mittel mehr vorhanden waren.(7)

Bis aufs I-Tüpfelchen orientierten sich die Planungen des Erscheinungsbildes und des Ablaufs der Nachrichtensendung an den us-amerikanischen Fernsehnachrichten. Schon zum 1. August (sic!) war der Chefredakteur der neuen "Tagesschau" eingestellt worden. Seine Nachrichten-Programmplanungen schöpften aus den Erfahrungen, die er während eines kurzen Besuchs der Nachrichten-Redaktionen der US-Networks in der Endphase des Präsidentschaftswahlkampfes 1960 gesammelt hatte. Statt eines starr am Tisch sitzenden Nachrichtensprechers war ein "News-Caster" vorgesehen, der sich am Beginn der Sendung um 19.30 Uhr erst einmal leger an den Sprechertisch setzen sollte. Dort würde ihn die Kamera - so Reiches Ablaufplanung - im "CU" (= close up = Nahaufnahme) erfassen. Er würde die Sendung eröffnen mit: "Guten Abend, meine Damen und Herren. Die wichtigste Nachricht des heutigen Tages kommt aus ..." Darauf würde die "wichtigste Film-Nachrichtenstory" folgen. Mit Filmmeldungen, Fotos und Graphiken würde die Sendung weiter gestaltet, bis der "News-Caster" schließlich - im "SCU" (= super close up = Großaufnahme) - den Kopf wenden und das Wort an den "Wetterfrosch" zu einem "hoffentlich... heute freundlichen Ausblick" geben würde. Die-

-
- 3) Merkel, 25.8.1960, BArch B 273/72.
 - 4) Kraemer, 28.12.1960, ebda.
 - 5) Aktennotiz Reiche, 8.12.1960, BArch B 263/38.
 - 6) Scholz, 10.3.1961, BArch B 263/41.
 - 7) Kraemer, 15.3.1961, BArch B 263/38.

ser würde, nach dem Umschnitt auf eine zweite Kamera - den Blick aus der entgegengesetzten Richtung in die zweite Kamera wenden und "in heiterer Form" das Wetter vorhersagen. Danach wieder Umschnitt auf die erste Kamera mit dem "News-Caster", der den Kommentar von acht Minuten Länge mit Reiches Stellvertreter Franz Herre oder Erik Rinné und zwei weiteren Gästen ankündigen würde. Eine Zusammenfassung der Nachrichten des Tages und möglicherweise ein "soeben eingetroffener" Nachrichtenfilm würden die aktuelle Sendung beschließen. Der "News-Caster" würde sich mit einer unterhaltenden Nachricht aus der Zeitung "Die Welt" verabschieden. Ende der Sendung um 19.57 Uhr, rechtzeitig zur "Tagesschau" der ARD-Konkurrenz.(8) Optisch, in der Kameratotale, war das Konzept des offenen Studios, in dem "Arbeitsatmosphäre" herrscht, vorgesehen.

III.

Der markanteste und erste prominente Fall eines "Überläufers" vom öffentlich-rechtlichen zum privat-kommerziellen Rundfunk war Peter von Zahn, NWDR-(bzw. "Radio-Hamburg")-Redakteur und -Kommentator, "Über den Umgang mit Siegern" mit den englischen Programmaufsehern angelegt. Seine Hörfunk-Kommentare bis 1951 hatten zu ständigem Streit mit der Bundesregierung und mit anderen Interessengruppen, vor allem mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), geführt. Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß von Zahn 1960 ausgerechnet von einem Fernsehprogramm-Veranstalter engagiert wurde, hinter dem gerade diese genannten Kräfte standen.

Peter von Zahn verkörperte zehn Jahre lang, zunächst im Hörfunk, ab 3. Oktober 1955 regelmäßig auch im Fernsehen die Politik der Westorientierung der Bundesrepublik und der Bundesregierung. Seine monatlich halbstündigen Fernsehreportagen "Bilder aus der Neuen Welt" brachten den westdeutschen Wirtschafts-Wunderkindern das Orientierungsland schlechthin in politischer und kultureller Hinsicht nahe: die USA. Damit nahm er als erster die systematische Auslandsberichterstattung des westdeutschen Nachkriegsfernsehens auf.(9) Das State Department unterstützte diese Bemühungen 1955 bis 1957, indem es die staatliche und der Regierung direkt unterstellte "United States Information Agency" (USIA) die Produktionen der Zahn-Filme übernehmen ließ.(10) Die Strategie der USIA, die 1953, während der Zeit des McCarthyismus, aus der "Voice of America" hervorgegangen war, zielte darauf ab, verbündete, blockfreie und Fernseh-Entwicklungsländer mit kostenlosen "kulturellen" oder "informativen" Filmen zu versorgen. Seit Ende April 1960 verhandelten die FFG und von Zahn trotz seines noch laufenden Vertrages mit dem NDR über eine umfangreiche Mitarbeit. Zu diesem Zweck mußte Zahn die "Peter von Zahn Documentary Programs Inc.", Washington, gründen. Zu dieser Film-Produktionsgesellschaft gehörten auch Klaus

8) Aktennotiz, 10.11.1960, BArch B 263/122.

9) Vgl. "Schwenke und Schüsse: Peter von Zahn", Fernsehen, 3. Jg. 1955, S. 414, Programmankündigung S. 478.

10) Vgl. FI-Biographie, Fernseh-Informationen ...

Harpprecht und Franz Wördemann. Aus dieser Gesellschaft und ihren Mitarbeitern ging im Oktober 1960 die "Windrose"-Filmproduktion hervor.

Der Vertrag lautete über eine Stunde Film pro Woche im Jahre 1961 für 7,2 Mio. DM. Von zwei parallel laufenden, jeweils 13-teiligen Serien, "Weltenbummler" und "Diplomatenpaß", sollte jeweils eine halbe Stunde pro Woche ausgestrahlt werden, beginnend mit dem 1. Januar 1961. Damit erfüllte die FFG die Forderungen von Zahns, der nach und nach einen Stab von zehn Filmteams und Reportern aufbauen wollte. Zu diesem Zweck erhielt er Ende Juli 1960 eine Vorauszahlung von 1 Mio. DM von der FFG.(11)

Für 1962 waren drei parallele Serien, entsprechend 156 Filmen, von wöchentlich je 30 Minuten Länge und für die weitere Zukunft eine erneute Steigerung der Produktion vereinbart. Jede 13-teilige Staffel eines Vierteljahres kostete die FFG 900.000 DM, was Herstellungskosten von 2.333 DM je Programminute entsprach.

Dies war offenbar das langfristige Engagement, das von Zahn für sich und seine Firmen erhofft hatte. Vom Auftragsvolumen und von der Länge der vertraglichen Bindung her wäre er der größte Auftragsproduzent des deutschen Fernsehens außerhalb des Spielfilmbereichs geworden. Doch durch die Macht des FFG-Schicksals reduzierte sich die Zahl der tatsächlich produzierten bzw. recherchierten und vorbereiteten Filme später von 104 auf 43, wovon Zahn schließlich bis zur Liquidation der FFG 37 ablieferte.

Die Zahn-Reihen waren in der politischen Chefredaktion unter Konrad Kraemer angesiedelt. "Diplomatenpaß", die eine der beiden zunächst vereinbarten 13-teiligen Reihen, wurde vom Auswärtigen Amt und vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung intensiv unterstützt, war sie doch als Darstellung der Tätigkeit des bundesdeutschen Auswärtigen Dienstes angelegt. Schon kurz nach dem Vertragsabschluß zwischen FFG und von Zahn wurde das Auswärtige Amt aktiv.

Eine erhebliche Produktionsunterstützung des Auswärtigen Amtes machte klar, daß das Auswärtige Amt großes Interesse am Zustandekommen dieser Serie hatte. Sie war für das Auswärtige Amt von zentraler Wichtigkeit: "Die Filmserie soll in unkonventioneller Weise die Grundelemente der deutschen Diplomatie von allen Seiten darstellen und eine konkrete Vorstellung von Art und Vielfalt der diplomatischen Tätigkeit vermitteln, um auf diese Weise populären Vorurteilen und Mißverständnissen bei der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken."(12) Wie das Verteidigungs- und das Landwirtschaftsministerium nahm also auch das Außenministerium das werdende Wirken "seines" Fernsehens wahr.

11) Übersicht über Verpflichtungen, Stand: 10.8.1960, BArch B 263/64.

12) Zitat aus und vorhergehende Darstellung nach: Auswärtiges Amt, St.S. 1027/60, 26.8.1960, BArch B 145/2904.

Der verantwortliche Autor, Regisseur und Redakteur der staatsoffiziell so wichtigen Reihe "Diplomatenpaß" war Franz Wördemann, der über längere Hörfunkererfahrung verfügte. Die Kritik des Auswärtigen Amtes an seiner Serie erreichte Wördemann erst nach ihrer Fertigstellung: "Die deutsche Diplomatie wurde nicht so positiv dargestellt wie sie sich das erhofft hatte." (13) Es gab Verwicklungen mit dem Auswärtigen Amt, die noch Ende der sechziger Jahre Ministerialbeamte und den Bundesetat belasteten.

Noch sieben Wochen vor dem FS-Urteil bekam Peter von Zahn grünes Licht für den 1. Aufbau des Auslands-Korrespondenz-Netzes. Die "Reporter der Windrose" sollten unter seiner Leitung zu einem gemeinsamen Thema beitragen. Aber diese Reporter konnten zweifellos auch als Auslandskorrespondenten für eine aktuelle Nachrichtensendung arbeiten. Diese Überlegungen waren insofern keineswegs abwegig, als die ARD-Konkurrenz zu diesem Zeitpunkt nur über ein sehr dünnes Korrespondentennetz verfügte. Dem "Windrose"-Reporterteam gehörten zu diesem Zeitpunkt an: (14) Peter von Zahn und Jürgen Schröder-Jahn (Washington), Dr. Peter Schmid, Tokyo, Dr. Peter Kausch, Neu Delhi (ab Mitte April 1961), Dieter Franck, Beirut (ab 10.2.1961), Dr. Hans Germani, Afrika (vorläufiger Sitz in Kairo, ab 1.4.1961 mit sechsmonatigem Probevertrag), Franz Wördemann, Europa ("Sitz nahe der FFG, zugleich unser Verbindungsmann nach Bonn").

Von Zahn pries sein Konzept für die FFG: "Wenn FFG wie Pallas Athene mit einer kompletten Übersee-Berichterstattung gewappnet aus der Stirn des Zeus springt, ist das sicher gut ... Die Reporter der Windrose sollen ... regelmäßig mit Sendungen in der Weltschau und durch Kommentare, eventuell auch Sondersendungen, zu Worte kommen ... Im Augenblick trage ich also dieses Korrespondentennetz als mein eigenes Risiko, soweit die Kosten nicht durch die spätere Sendung 'Reporter der Windrose' gedeckt werde. Wir kamen überein, diese Frage [erg.: die Bezahlung] nach Klärung der Gesellschaftslage in freundschaftlichem Sinne erneut zu prüfen. Ich nehme also an, im März." (15)

Im März hatte das BVG das Urteil über DLP und FFG gesprochen, und von Zahn mußte sich nach anderen Abnehmern seiner Filme umsehen. Der WDR übernahm einen Teil der fertigen Produktionen.

Peter von Zahns Windrose-Reihe nahm einen kuriosen Weg: Entstanden als kommerzielle Konkurrenz zu den seit 1960 vorbereiteten ARD-Magazinen von BR und SDR (Anno) und NDR (Panorama) prägte und entwickelte sie die frühen politischen- und Auslandsmagazine aufgrund der finanziellen Starthilfe der FFG schließlich unter dem öffentlich-rechtlichen Dach des WDR weiter. Ihr eigenes Gesicht bestand zum einen in der konsequent internationale, monothematische, anglo-amerikanische Stilformen anwendenden Anlage. Damit hob sie sich von den anderen entstehenden Magazinen ab: Ihren Blick richtete sie,

13) Interview R.St. mit Franz Wördemann, 21.2.1991 in München.

14) Kraemer an Schmidt und Sladenbeck, 10.1.1961, ebda.

15) Von Zahn an Schmidt, 23.1.1961, ebda.

wie der Reihen-Trailer so sinnfällig machte, in alle vier Himmelsrichtungen, eine Fähigkeit, die im übrigen öffentlich-rechtlichen Programm nicht existierte und mit dem WDR-Korrespondentennetz und dem ARD-Weltspiegel erst spät aufgebaut wurde. Zum anderen wiesen die vier Strahlen der Windrose in alle Richtungen des Themenspektrums; eine Festlegung auf "nur" politische, auf "nur" kulturelle Themen gab es nicht. Diese beiden Eigenschaften machten die Reihe zum globalen Magazin, aus dem und gegen das sich die spezialisierten politischen, kulturellen und Auslandsmagazine entwickelten.

Das Windrose-Reporternetz wurde zur Grundlage des ARD- und des ZDF-Auslandskorrespondentennetzes. Mit Franz Wördemann hatte ein Strahl aus von Zahn Windrose den WDR getroffen. Dieter Franck und Hans Germani, beide Windrose-Reporter, und von Zahn selbst lieferten dem WDR-/NDR-Weltspiegel Beiträge. Den "Einstand" bei einem seiner "Erben", dem Weltspiegel, gab von Zahn mit einem Interview mit dem israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol am 16. August 1963.(16) Weitere Mitglieder des Windrose-Teams wechselten - z.T. wieder zurück - ins öffentlich-rechtliche Lager: so Klaus Harpprecht (Washington für Nordamerika) und Michael Vermehren (Rio de Janeiro für Lateinamerika), die als Auslandskorrespondenten zum ZDF gingen. Günther Piecho, der nach seiner Mitarbeit bei der FFG Chef vom Dienst der Windrose geworden war, trat in die Aktuelle Produktionsgruppe des ZDF ein.(17)

So profitierten der WDR und die ARD insgesamt, nicht weniger das ZDF, von dem Scheitern des Experiments eines aus Staatsmitteln finanzierten, vom Regierungswillen und mächtigen Interessengruppen geforderten und geförderten kommerziellen zweiten Fernsehprogramms, indem sie sich die Filetstücke herauslösten und sich - im Falle der Windrose - das Wagnis und die umfangreichen Anlaufinvestitionen sparten.

Es bleiben Zweifel, ob Adenauer letztlich nicht doch seinen Willen durchsetzte, den Rundfunk der Politik zu unterwerfen. Mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen als Ergebnis des Fernsehstreits wurde der Parteienproporz im Rundfunk als unbestrittener Comment über die Parteigrenzen hinweg zum herrschenden Prinzip erhoben(18) und mit den Dritten Fernsehprogrammen als weiteres Ergebnis die Sicherung nun eben landes- und nicht bundes-politischer Einflußsphären vollzogen. Mit der Möglichkeit, Landesprogramme auszustrahlen, ließen sich die Ministerpräsidenten der beiden großen Parteien

16) Deutsches Rundfunkarchiv (Hrsg.): Magazinbeiträge im Deutschen Fernsehen ..., a.a.O., S. 68; Dieter Franck bereits am 3.5.1963 und Hans Germani am 2.2.1964 und öfer, ebda. Die Beiträge der Genannten wurden in größeren Abständen gesendet.

17) Klaus Wehmeier: Die Geschichte des ZDF, Mainz 1979, S. 85 und 87. Vgl. auch ZDF-Jahrbuch 1962/64, o.O. (Mainz), o.J. (1965), S. 103.

18) Vgl. Klaus Wehmeier: Die Geschichte des ZDF ..., a.a.O., S. 78.

schließlich schnell besänftigen.

Im Zusammenbruch des "Freien Fernsehens" erfuhr der Aufschwung der demokratischen Öffentlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg seine große Brechung. Die mediale Mitteilung bleibt immer der politischen und der ökonomischen Macht unterworfen. Die Öffentlichkeit verlor ihre Unschuld. Daneben war der Gestaltungsmodus - öffentlich-rechtlich oder kommerziell - gar nicht so entscheidend. Adenauers Politik richtete sich zunächst auf die Modelung des öffentlich-rechtlichen Systems, um erst nach vergeblichen Anläufen innerhalb zweier Wahlperioden die Chance im kommerziellen, wirtschaftlich organisierten Fernsehen zu erkennen. Zwanzig Jahre später nahmen CDU und CSU den verlorenen Faden wieder auf, um "Vielfalt" im Rundfunk durch kommerzielle Konkurrenz herzustellen. Schnell stellte sich jedoch die Erkenntnis ein, die Adenauer nicht vergönnt war, daß nämlich Kommerzialisierung nicht gleichbedeutend ist mit Willfährigkeit im Hörfunk- und Fernsehprogramm gegenüber den Wünschen "politischer Freunde". Die Industrie und ihre machtvollen Verbände waren immer davon überzeugt, daß es immer möglich sein werde, die Politik vor den Karren der wirtschaftlichen Interessen zu spannen. Hans Bausch und andere Weitsichtige in der Union erkannten das sehr früh. Unter dem Druck medialer und intermedialer - auch internationaler - Konkurrenz scheint es unmöglich, daß sich noch einmal politische Macht in einem kommerziellen System und gemeinsam mit diesem so breitmacht wie in der FFG. Heute zählen mehr als vor 30 Jahren erkennbar die Einschaltquoten, denen sich auch politische Macht beugen muß.

BIBLIOGRAPHIE

Die Liste der wissenschaftlichen Abschlußarbeiten fällt diesmal aus, da in Heft 2/3 irrtümlich in der Überschrift die Rede vom publizistischen Institut Münster gewesen ist. In Wirklichkeit stammte die Liste, zusammengestellt von Christina Holz-Bacha vom Institut für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) der Universität München, Schellingstraße 33, 8000 München 40, Sommersemester 1988 - Sommersemester 1991

Zeitschriftenlese 57 (1.6. - 30.9.1991 und Nachträge)

Abschied vom Deutschen Fernsehfunk, T. 1, in: Fernseh-Informationen. Jg. 42, 1991, Nr. 10, S. 299-307.

Berichte von Mitarbeitern über ihre frühere Tätigkeit beim Rundfunk und Fernsehen der DDR. Die Gespräche führte Wolfgang Mühl-Benninghaus.

1. Bernhard Büchel: 20 Jahre in Berlin-Adlershof und dann die "Wende"

Belbase, Subhadra, Raju Dahal. An overview of the establishment of television in Nepal, in: Media Asia. Vol. 18, 1991, Nr. 2, S. 93-95, 97.

Berg-Ganschow, Uta/Peter Zimmermann. Perspektivenwechsel im Dokumentarfilm der Bundesrepublik. Wandlungsprozesse und Entwicklungsphasen, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 234-253.

Beyenburg, Hans-Peter. Mundart - keine Sprache im Clownskostüm. Über 30 Jahre Rheinische Redaktion im WDR - Entwicklungen und Tendenzen, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 39, 1991, Nr. 33, S. 11-14.

Bünger, Reinhard. "Es vergeht Woche um Woche ..." Das fassungslose Agieren der DDR-Hörfunkgewaltigen im Herbst 1989, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 39, 1991, Nr. 38, S. 1-4.

Mit den Protokollen der Sitzungen des Staatlichen Komitees für Rundfunk der DDR vom 17.10., 31.10. und 11.11.1989, S. 23-28.

Dieterich, Johannes. Abstellplatz mit Programm. Das Südafrikanische Fernsehen, in: Kirche und Rundfunk, 1991, Nr. 47, S. 5-8.

Dorn, Margit/Ricarda Strobel. Produktverband und Geschichte, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 106-128.

Über den Produktverband des Fernsehens mit anderen Medien: Radio, Zeitschrift, Theater (vor allem in den 50er Jahren), Buch (vor allem in den 60er Jahren), Buch, Film, Schallplatte (vor allem in den 70er Jahren).

Elmquist, Soren. Hörfunk in Dänemark, in: Radio heute. Die neuen Trends im Hörfunkjournalismus. Frankfurt am Main 1991, S. 299-312.

Elsner, Monika/Thomas Müller. Das Medium Fernsehen und der Wandel in Kommunikationsformen in den fünfziger Jahren, in: Bausteine II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 15-20.

Först, Walter. Los von Hamburg und gleichauf mit den süddeutschen Ländern. Die frühe Rundfunkpolitik Nordrhein-Westfalens. Eine Dokumentation, in: Geschichte im Westen. Jg. 6, 1991, H. 1, S. 91-110.

Frank, Dorothee. Nicht verboten, also erlaubt. Ungarns Rundfunk auf dem dornigen Weg zur Liberalisierung, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 40, S. 6-8.

Franz, Gerhard/Walter Klingler/Nike Jäger. Die Entwicklung der Radionutzung 1968 bis 1990, in: Media Perspektiven. 1991, H. 6, S. 400-409.

45 Jahre Südwestfunk - Prominenz, Programm, Geschichte, in: Südwestfunk-Journal. 1991, Nr. 6, S. 12-23.

Programmhöhepunkte und Chronik. Texte von Helmut Buchholz, Heidi Gronegger, Matina Linné, Horst Walker.

Gahbauer, Wolfgang. Fernsehen in Brasilien, T. 1-3, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 53, S. 3-5, Nr. 54, S. 5-7, Nr. 56, S. 4-6.

1. Markenzeichen Telenovela
2. Nochmal Telenovelas
3. Nonsens mit System

Gerstmann, Eberhard. Ergänzende Bemerkungen zur Periodisierung der Ratgebersendungen, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 227-233.

Gronegger, Heidi. 40 Jahre Südwestfunk-Landesstudio Rheinland-Pfalz in Mainz. Eine Investition in die Zukunft, in: Südwestfunk-Journal. 1991, H. 9, S. 32-36.

Hallenberger, Gerd. Vorläufige Thesen zur Programmgeschichte von Quiz und Game Show im bundesdeutschen Fernsehen, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 153-163.

Heinze, Helmut. Kontextualisierung. Überlegungen zu einem Gattungsbegriff der bundesdeutschen Fernsehserie, in: Bausteine. II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 79-83.

Hermann Scherchen (1891-1966). Zum Gedenkjahr eine Phonographie aus dem DRA, in: DRA-Informationen. Nr. 16, 1991, S. 1-4.

Über Hermann Scherchens Musikarbeit für den Rundfunk anlässlich der Scherchen-Phonographie des Deutschen Rundfunkarchivs 1991.

Hesse, Albrecht. Ausgewählte Rechtsprechung mit grundsätzlicher Bedeutung für die Rundfunkordnung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rundfunk und Fernsehen, Jg. 39, 1991, H. 3, S. 354-380.

Hickethier, Knut. Auf dem Wege zum neu-deutschen Fernsehspiel, in: Bausteine. II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 85-88.

Hickethier, Knut. Das Ende einer Ära. Dieter Meichsner verläßt das NDR-Fernsehspiel, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 68, S. 3-4.

Hickethier, Knut. Wie gefangen? Probleme des Programmbeginns, in: Bausteine. II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 9-14.

Zur Programmgeschichte des Fernsehens in Deutschland nach 1945. Programm wird hier als Ganzes verstanden, als "Sendungsverbund", als "die einzelnen Sendungen übergreifender Zusammenhang". Es wird nach "Struktur und Gestalt" des Gesamtprogramms gefragt.

Hörl, Reinfried. 20 Jahre Villa Bosch. Wissenschaft, Bildung, Musik, Hörspiel, Unterhaltung im Radio, in: SDR Magazin. 1991, H. 6, S. 8-9.

Über das Studio Heidelberg des Süddeutschen Rundfunks.

Hoffmann, Gerhard. Fernsehen in Argentinien. T. 1-2, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 63, S. 5-7, Nr. 67, S. 5-9.

Hubert, Heinz-Josef. Werner Koch: Der Glücksfall eines Literaten im Fernsehen, in: WDR print. Nr. 185, 1991, S. 1.

100 Jahre Hertz'sche Wellen. Arbeitsgruppe Geschichte der Rundfunktechnik ARD/ZDF. Text: Ansgar Diller. T. 4, (Frankfurt am Main) Hrsg. 1990.

4. Hörfunk und Fernsehen im Wiederaufbau. Rundfunktechnik in Deutschland (1945-1960). 1990, 8 S.

Huwe, Klaus. Hörfunk in Frankreich, in: Radio heute. Die neuen Trends im Hörfunkjournalismus. Frankfurt am Main 1991, S. 313-325.

"Eine Instanz, wenn es um Qualität geht." Walter Dirks, der erste Kulturchef des WDR (1956-1967), starb im Alter von 90 Jahren, in: WDR print. Nr. 183, 1991, S. 13.

Nachrufe von Weggefährten aus der WDR-Zeit Walter Dirks'.

Jauer, Joachim. Zum Tode von Hanns Werner Schwarze, in: Funkreport. 1991, Nr. 36, S. 1.

Junhao Hong. Changes in China television news programming in the 1980s. The case of Shanghai Television (STV), in: Media Asia. Vol. 18, 1991, Nr. 2, S. 109-115.

Jungao Hong, Marlene Cuthbert. Media reform in China since 1978: background factors, problems and future trends, in: Gazette. Vol. 47, 1991, Br. 3, S. 141-158.

Karst, Karl H. "Kann man den Mann nicht einsperren?" Zur Wirkungsgeschichte der "Träume" von Günter Eich, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 74, S. 22-25.

Kesting, Hanjo. Der glückliche Aufklärer. Zum Tode von Axel Eggebrecht, in: Funkreport. 1991, Nr. 29, S. 1-2.

Klamroth, Jörn. Hannes Hoff: Die Institution der lange verachteten Unterhaltung, in: WDR print. Nr. 185, 1991, S. 11.

1961-1991 Leiter der Fernsehunterhaltung im WDR.

Kniestedt, Joachim. Vor 60 Jahren: Erster Mittelwellen-Großsender der Deutschen Reichspost in Mühlacker, in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen. Jg. 43, 1991, Nr. 2, S. 204-209.

Köhntopp, Kerstin/Siegfried Zielinski. "Der Deutsche Rundfunk" und das Fern-Sehen. Eine Bibliographie der fernseh-relevanten Beiträge in einer zentralen deutschen Rundfunkzeitschrift (1923 bis 1941), in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 39, 1991, H. 3, S. 406-432.

Krönig, Jürgen. Der radikale Neuerer. John Birt, ab 1993 Generaldirektor der BBC, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 61, S. 5-8.

Kulpok, Alexander. Solo für Berlin, in: Journalist. Jg. 42, 1991, Nr. 7, S. 38-40.

Zur Gründung des Senders Freies Berlin aus dem Berliner NWDR-Studio 1954.

Lenzian, Maja. Hasso Wolf. Einmal Reporter, immer Reporter, in: WDR print. Nr. 184, 1991, S. 2.

Lerg, Winfried B. Hans Speier, 1905-1990, in: Publizistik. Jg. 36, 1991, H. 2, S. 244-252.

Deutsch-amerikanischer Soziologe, Propagandaforscher und -berater z.B. des amerikanischen Office of War Information (OWI) im Zweiten Weltkrieg, 1942-1944 Leiter der deutschsprachigen Abteilung des amerikanischen Abhördienstes Foreign Broadcast Intelligence Service (FBIS).

Lieske, Matti. 30 : 0. Deutschland erfolgreichste Sportsendung wird 30. Die "Sportschau" serviert jeden Samstag Tore, Fouls und Schwalben. Devise: Der Ball muß rollen, in: Das Erste. 1991, Nr. 6, S. 10-17.

Mit Beiträgen von Heribert Faßbender: Die Nummer Eins, Bernd Schipert: Glückwunsch

Lombard, Nicolas. Das Radio in der Schweiz, in: Radio heute. Die neuen Trends im Hörfunkjournalismus. Frankfurt am Main 1991, S. 327-335.

Ludes, Peter. Die Entwicklung von Fernsehnachrichtensendungen, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 164-216.

Ludes, Peter. Filmberichte in Fernsehnachrichtensendungen: Visualisierungsvorsprung der USA, in: Bausteine. II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 21-25.

Über die quantitative Veränderung des Filmanteils in Hauptnachrichtensendungen. Untersucht wurden die kommerziellen Networks der USA, die "Tagesschau" und die "Aktuelle Kamera" in den Jahren 1976, 1983 und 1989.

Die Magna Charta des Rundfunks und ihre Folgen. Das erste Urteil des Bundesverfassungsgerichts untersagte Staatsrundfunk und verbot kommerzielles Fernsehen. (2 Beiträge), in: Fernseh-Informationen. Jg. 42, 1991, Nr. 4, S. 99-106.

Zur 30. Jahrestagung des 1. Fernsehurteils (28.2.1961).
Rüdiger Steinmetz: Adenauer scheitert mit "Deutschland Fernsehen"
Gerhard Eckert: Privatfernsehen abgewürgt

Mattusch, Uwe. Nachrichten für Kinder. Stationen einer Entwicklung, in: Kinderfernsehen. Bd. 3, Genres im Kinderfernsehen. Essen 1991, S. 73-99.

Unter besonderer Berücksichtigung der ZDF-Kindernachrichtensendung "logo".

Matuschek-Labitzke, Birgit. Mit Leidenschaft die Lust am Hören fördern. 30 Jahre Hör-Spiel-Geschichte: Klaus Schöning, Leiter des WDR-Studios Akustische Kunst, in: Süddeutsche Zeitung. Jg. 47, 1991, Nr. 212, S. 28.

Meichsner, Dieter. Ein Fernsehleben. Zum Abschied sprach Dieter Meichsner über seine Arbeit, in: NDR Magazin. 1991, Nr. 8, S. 30-31.

Das Gespräch mit dem Fernsehspielautor und Fernsehspielchef des NDR (1968-1991) führte Ulrich Schnapauff.

Melzer, Helmut/Gerhard Piskol. Zum Verhältnis von Staat, Pressefreiheit und Medienpolitik in Geschichte und Gegenwart Frankreichs, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1988, H. 1, S. 43-48.

Müller-Freienfels, Reinhart. Dieter Meichsner - ein Schriftsteller im Fernsehen, in: 1 Plus. Programm aktuell. 1991, Nr. 13, S. 1-4.

Über den Fernsehspielautor Dieter Meichsner anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amt des NDR-Fernsehspielchefs und einer Retrospektive in Eins Plus.

Nain, Zahorom. Politics, economics and the media in Malaysia, in: Media development. Vol. 38, 1991, Nr. 3, S. 39-42.

Neunzehnhundertvierundachtzig: Die formierten Medien (11 Beiträge), in: Unsere Medien - Unsere Republik. Nr. 8, 1991, S. 5-46, 67-73.

Beiträge zur Einführung der neuen Medien und zur Entstehung des dualen Rundfunksystems in der BRD.

Ohne Frieden und Fortschritt, in: Radiowelt. Jg. 8, 1991, H. 10, S. 8-10.

Zum Ende des 1964 gegründeten Auslandssenders "Sender Frieden und Fortschritt" ("Sender der sowjetischen öffentlichen Meinung") am 31. Mai 1991.

Pangnaphieng, Sinh. Massenmedien in Laos, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1988, H. 2, S. 136-138.

Parker, Stephen. Peter Huchel als Propagandist. Huchels 1940 entstandene Adaption von George Bernard Shaws "Die Greuel von Denshawai", in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 39, 1991, H. 3, S. 343-353.

Peter Huchels kürzlich entdecktes Hörspiel "Die Greuel von Denshawai" ist eine Bearbeitung von George Bernhard Shaws "Denshawai Horror", einer Reportage über brutales britisches Kolonialverhalten gegenüber ägyptischen Bauern. Das Hörspiel ist ein Beitrag einer antienglischen Propagandakampagne des NS-Rundfunks 1939/40.

Riddle, Charles. A profile of Namibian media: the censored debate, in: Gazette. Vol. 44, 1989, Nr. 1, S. 45-55.

Rosenstein, Doris. "Theater im Fernsehen". Konzept einer Phasengliederung für die Geschichte der Theatersendungen im Fernsehen der

Bundesrepublik Deutschland (1953-1989), in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 76-93.

Rother, Michael. Deutsches und französisches Fernsehen zwischen Konkurrenz und Kooperation (am Beispiel der Anfangsjahre des Fernsehens des SWF), in: Bausteine. II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 125-129.

Sani-Henne, Regula. 60 Jahre Radio Vatikan. Die offiziellen Stimme der katholischen Kirche sendet in 34 Sprachen rund um die Uhr in alle Kontinente, in: Fernseh-Informationen. Jg. 42, 1991, Nr. 11, S. 335-338.

Schachtsiek-Freitag, Norbert. "Das Radio mit den ihm eigenen Mitteln komponieren". Neues Hörspiel und Ars Acustica: Interview mit Klaus Schöning, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 74, S. 16-18.

Über die Bedeutung der Hörspielabteilung des WDR für das Neue Hörspiel und seinen "Nachfolgern", die Ars acustica.

Schanze, Helmut/Bernhard Zimmermann. Thesen zu einer Historik des Fernsehens aus der Perspektive einer "Fernsehgeschichte der Literatur", in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 51-63.

Der Beitrag orientiert sich ausschließlich an der Fernsehadaptation literarischer Vorlagen. Untersuchungszeitraum sind die 50er bis 70er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Schanze, Helmut. Vom Zelluloid zum Video. Die Medienentwicklung in der Nachkriegszeit, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik. Jg. 20, 1990, H. 80, S. 101-109.

Zur Periodisierung der Mediengeschichte nach 1945.

Schmitt, Christoph. Entwicklungslinien des Puppenspiels im Kinderfernsehen der Bundesrepublik von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Kinderfernsehen. Bd. 3, Genres im Kinderfernsehen. Essen 1991, S. 11-71.

Schneider, Irmela. Überlegungen zur Periodisierung des Spielfilm-Programms im Fernsehen, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 64-75.

Schneider, Norbert. Der eher leise Ton. Zum Tod von Hanns Werner Schwarze, in: Kirche und Rundfunk. 1991, Nr. 70, S. 9.

Schreier, Christoph. Zwischen Bildung und Information - Die Kunstsendung der 50er Jahre, in: Bausteine. II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 31-32.

Schumacher, Heidemarie. Vorschläge zu einer Periodisierung der Magazingeschichte im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 217-226.

Stock, Hans-Jürgen. Fernseh-dramatik im Kinderprogramm des DFF, in: TeleIZion. Jg. 4, 1991, H. 1, S. 28-30.

Stötzel, Dirk Ulf/Bernhard Merkelbach. Periodisierung des Kinderprogramms. 40 Jahre Kinderfernsehen in der Bundesrepublik, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 129-152.

Tate, Bernard. Radio in Großbritannien, in: Radio heute. Die neuen Trends im Hörfunkjournalismus. Frankfurt am Main 1991, S. 287-297.

Hauptentwicklung und Chronologie 1922-1990.

Tatort. Die Normalität als Abenteuer (3 Beiträge), in: Augen-Blick. H. 9, 1990, S. 1-93.

Thomas Koebner: Tatort - zu Geschichte und Geist einer Kriminalfilm-Reihe

Egon-Netenjakob: Das Vergnügen, aggressiv zu sein. Zum Schimanski-Konzept innerhalb der Tatort-Reihe der ARD

Thomas Koebner/Egon Netenjakob: Notate zu einzelnen Tatort-Filmen

Thomas, Laurie/Barry R. Litman. Fox Broadcasting Company, why now? An economic study of the rise of the fourth broadcast "network", in: Journal of broadcasting & electronic media. Vol. 35, 1991, Nr. 2, S. 139-157.

Seit Anfang der 50er Jahre gab es in den USA immer wieder Versuche, ein viertes kommerzielles Fernseh-Network neben ABC, CBS und NBC zu etablieren, alle erfolglos. Mit der Gründung der Fox Broadcasting Company (1986) könnte dieser Versuch erstmals Erfolg haben.

Wagenführ, Kurt/Rosemarie Hirsch/Andrea Brunnen-Wagenführ. 50 Jahre Fernsehprogrammdienst. Aufzeichnungen zur Fernsehgeschichte Deutschland. T. 79-80, in: Fernseh-Informationen. Jg. 42, 1991, Nr. 1, 11.

Materialien aus dem Archiv Kurt Wagenführs zum Vorkriegsfernsehen in Deutschland. Mit Anmerkungen.

Winter, Gundolf/Christoph Schreier. Die Entwicklung der Kunstsending von den Anfängen bundesdeutschen Fernsehens bis in die 80er Jahre. Thesen zu einer "Mikrogeschichte" des Fernsehens, in: Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland: Perioden, Zäsuren, Epochen. Heidelberg 1991, S. 94-105.

Zimmermann, Peter. Vom Kulturfilm zum Fernsehdokumentarismus. Zur Periodisierung der Geschichte des dokumentarischen Films, in: Bausteine. II. Neue Beiträge zur Ästhetik, Pragmatik und Geschichte der Bildschirmmedien. Siegen 1991, S. 33-38.

Zum Abschied von Hannes Hoff - WDR-Unterhaltungschef von 1961 bis 1991, in: Erstes Deutsches Fernsehen / ARD. Pressedienst. 1991, Nr. 40, S. I,4-I,6.

Die Auszüge aus den Abschiedsreden von Hannes Hoff und die Rede von Friedrich Nowottny (23.9.1991) "geben Aufschluß über Beginn und Weiterentwicklung der Fernsehunterhaltung" des WDR.

Zum Abschied von Dieter Meichsner - NDR-Fernsehspielchef 1968-1991 (2 Beiträge), in: Erstes Deutsches Fernsehen / ARD. Pressedienst. 1991, Nr. 35, S. I,4-I,8.

Dietrich Schwarzkopf: "... ein klassischer Querdenker"
Paul Otto Vogel: Dieter Meichsner - ein Blick zurück im Stolz

20 Jahre Studio Ulm. Im Blickfeld stehen die Regionen Ostwürttemberg und Donau-Iller, in: SDR Magazin. 1991, H. 6, S. 21.

Rudolf Lang

BESPRECHUNGEN

Peter Biege (Hrsg.), Massenmedien in Baden-Württemberg (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd. 17) Stuttgart 1991, 488 S.

Der vorliegende Band ist als Ergänzung zu den Arbeiten der "Expertenkommission Neue Medien" Anfang der achtziger Jahre gedacht gewesen. Durch zahlreiche Schwierigkeiten bedingt, mußte die Herausgabe aber immer wieder verschoben werden, so daß wohl am Ende nicht mehr ganz deutlich wurde, was denn seine Zielsetzung eigentlich sein sollte. Des Herausgebers etwas konzeptionslose Einleitung mit ihrem Eingehen auf die neuen Verteiltechniken (auch "Neue Medien" genannt), die Einflußversuche der Politik auf die Medien und einigen Anmerkungen zu der von kulturkritischen Vorurteilen bestimmten Medienkritik kann daher kein verbindendes Band für Anzahl und Folge der abgedruckten Beiträge abgeben. Das wohl ursprüngliche Vorhaben, das in den Gutachten der Kommission und vor allem im "Kommunikationsatlas" erarbeitete Datenmaterial in einen historischen Zusammenhang seit dem Neubeginn von Presse und Rundfunk nach dem Zweiten Weltkrieg zu stellen, konnte wegen der Verzögerungen beim Erscheinen dann um eine Darstellung der Medienpolitik der baden-württembergischen Landesregierung, der Mehrheitsfraktion im Lande und die sich aus dem Landesmediengesetz vom Dezember 1985 ergebende Medienorganisation erweitert werden, ein trotz der beschriebenen Beschränkungen außerordentlich sinnvolles Unterfangen. Es bleibt jedoch unerfindlich, wieso die beiden an sich interessanten Beiträge "Die badische Presse im 19. Jahrhundert" von Dieter Bellmann und Gert Zwang sowie "Die Anfänge eines Mediums. Zur Geschichte des lokalen Teils in den württembergischen Zeitungen des 19. Jahrhunderts" von Werner Ströbele Aufnahme in den Sammelband gefunden haben. Um Konstanz und Veränderungen in 150 Jahren Medienentwicklung zu beschreiben, hätte es doch weiterer Beiträge bedurft, um eine Brücke von 1850 bis 1945 zu schlagen. Im übrigen orientiert sich der Band an den gängigen Vorstellungen, die die Bedeutung der Massenmedien im wesentlichen in der Behandlung rechtlicher und organisatorischer Fragen problematisiert sieht, ergänzt um quantitative Daten aus der Nutzungsforschung. Die Verflechtung der Inhalte der Medienproduktionen mit weiter ausgreifenden Fragestellungen wird allenfalls thematisiert, aber nicht behandelt, und sie wäre auch an einem lediglich auf die regionale Entwicklung beschränkten Buch nur bedingt sinnvoll zu exemplifizieren. Das kennzeichnet die Begrenzungen dieses Bandes: auf sie deutlicher aufmerksam zu machen, wäre Aufgabe der Einleitung gewesen.

Gelungen ist mit der Publikation die Beschreibung der medienpolitischen, -rechtlichen und -organisatorischen Entwicklung im heutigen Baden-Württemberg seit 1945; an ihr gibt es denn auch wenig auszusetzen. Uwe Mönninghoffs Skizze der Voraussetzungen der Nachkriegsentwicklung im Pressebereich durch die Entstehung der Lizenzzeitun-

gen und das Wiederauftreten der "Altverleger" legt die Basis für Bieges ausgezeichnete Darstellung des "flurbereinigten" Baden-Württembergischen Zeitungsmarktes mit den abgesteckten Claims der einzelnen Regionalzeitungen, einem Markt, der nach einer Phase der Konzentrationsbewegung bis etwa Mitte der siebziger Jahre nur noch mit einem "gezähmten Wettbewerb" funktioniert, was Walter J. Schütz mit seiner Stichtagssammlung von 1989 bestätigt. Über die Folgen von "Monopolblättern" kann, bezogen auf die baden-württembergischen Verhältnisse, nur in dem üblichen Für und Wider ohne empirische Absicherung *raisoniert* werden. Einblick in die Produktionsseite und ihre Gefährdungen in der "Nahwelt" geben Theo Rombachs Beobachtungen über die Probleme des "Lokaljournalismus" mit einer anschaulichen Beschreibung der Realität in den Redaktionsstuben.

Gerd Rosenkranz skizziert im wesentlichen die Berührungspunkte von Rundfunkanstalten und Staat unter den besonderen Voraussetzungen der baden-württembergischen Verhältnisse seit 1945: bedingt durch die Besatzungspolitik, gibt es im späteren Südweststaat zwei Rundfunkanstalten. Das war bis in die unmittelbare Vergangenheit Anlaß für mehrfache Versuche einer Bereinigung dieser Rundfunklandschaft. Das Organisationsrecht des Staates und der Länderparlamente bot unter diesen Voraussetzungen neben der Gebührenfrage eines der wichtigsten Pressionsmittel, um sich die, rechtlich gesehen, staatsfernen und staatsunabhängigen Rundfunkanstalten gefügiger zu machen. Der größere Teil des Beitrags von Rosenkranz handelt aber von der Genese des Landesmediengesetzes und den verschiedenen damit verbundenen Versuchen, das Verhältnis von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk auszutarieren. Dazu gehört die ausführlich behandelte, inzwischen aber längst wieder aufgegebene Kooperation zwischen Zeitungsverlegern und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die in den sogenannten "Mon-Repas" Verhandlungen erreicht worden war.

Die Privat(hör)funklandschaft in Baden-Württemberg, wie sie nach dem Landesmediengesetz entstanden ist, analysiert Claudia Mast mit Blick auf Programmangebot, Einzugsbereich, Werbeaufkommen und Lebensfähigkeit der Sender, deren wirtschaftliche Schwierigkeiten inzwischen eine Novellierung des Gesetzes notwendig machen. Eckhart Ströbel gibt eine ausführliche Dokumentation der privaten Lokal- und Regionalsender mit Standorten, Besitzverhältnissen und Verflechtungen (Stand vor der geplanten Novellierung). In weiteren Beiträgen wird die Arbeit der über den Privatfunk aufsichtsführenden "Landesanstalt für Kommunikation" ebenso angesprochen wie die technischen Grundlagen einer ihrer wichtigsten Aufgaben, die für öffentlich-rechtliche wie private Veranstalter so wichtige UKW-Frequenzverwaltung und -zuteilung.

Aufmerksam gemacht werden muß auf den innovativen und methodisch durchreflektierten Beitrag von Martin Gläser, dessen Beschreibung des Medienmarktes und der ihn bestimmenden Teilmärkte die traditionellen Interpretationsmuster verläßt. Er analysiert Medienproduktion und -rezeption, diese sinnvoll nutzend auf der Basis der "harten Facts" der quantitativen Forschung und den erkennbaren

Trends der letzten Jahre, als einen wesentlich - wenn auch nicht ausschließlich - medienkonkurrenzziell bestimmten und auf "Märkten" sich vollziehenden Vermittlungsprozeß, in dem Angebote der Medien auf Interessen sowie Zeit- und Finanzbudgets der Rezipienten stoßen und von diesen "abgefragt" und genutzt werden. Gläser setzt sein Instrumentarium für prognostische Aussagen zur Zukunft der verschiedenen Medien ein; eine - allerdings differenzierende - Anwendung auf vergangene Entwicklungen wäre noch auszuprobieren.

Die Schriftreihe der Landeszentrale zeichnete sich immer durch ihr hohes Niveau aus. Erfreulich ist an dem vorliegenden Band auch, daß er trotz der Beschreibung noch laufender Vorgänge Distanz wahrt, sich um ein Höchstmaß an Objektivität bemüht und auch mit Kritik an der teilweise konfusen Medienpolitik in Baden-Württemberg nicht spart.

Edgar Lersch

Bayerischer Rundfunk (Historische Kommission): Tondokumente im Schallarchiv des Bayerischen Rundfunks 1906-1988, München 1989, 288 S.

Bayerischer Rundfunk (Historische Kommission): Franz Josef Strauß. Tondokumente im Schallarchiv des Bayerischen Rundfunks 1952-1988, München 1991, 332 S.

Saarländischer Rundfunk (Hörfunk-Archiv): Tondokumente zur Zeitgeschichte, Reihe I, Band 1: 1949-1953, Saarbrücken 1990, 208 S.

Süddeutscher Rundfunk (Fachbereich Archivwesen und Dokumentation - Wordtdokumentation): Tondokumente 1945-1949, Stuttgart 1990, 576 S.

Süddeutscher Rundfunk (Fachbereich Archivwesen und Dokumentation - Historisches Archiv): Ausgewählte Manuskripte 1945-1948, Stuttgart 1990, 337 S.

Die klassische Zukunft der Historiker tut sich immer noch schwer mit der Überlieferung audiovisueller Ton- und Bildträger; sie sieht in ihnen bestenfalls Sekundärquellen. Je mehr zeitgeschichtliche Prozesse aber über Medien ablaufen, desto wichtiger werden diese Quellen. Das gilt schon für vergangene Jahrzehnte. So gibt es immer wieder deutliche Abweichungen zwischen den gedruckten stenographischen Protokollen von Parlamenten und den Tonband- und -filmmit-schnitten. Im Fernsehen ist immer wieder zu sehen, wie die Stenographen ihre Reinschriften in einer Mappe dem Politiker aushändigen, der gerade gesprochen hat. Er kann seine Rede nun stilistisch

glätten, aber auch purgieren. Zuweilen fallen ganze Teile einer Parlamentssitzung dem Rotstift zum Opfer. Im Landtag in Düsseldorf zog einmal in der letzten Sitzung vor Neuwahlen ein angeheiterter Trupp von Abgeordneten in den Plenarsaal. Der Redner brach ab, und es kam zu einem Disput zwischen dem Regierungschef und dem Oppositionsführer. In der eiligst anberaumten Sitzungspause vereinbarte der Ältestenrat, diesen, das Ansehen des Landtags schädigenden Vorfall nicht zu Protokoll nehmen zu lassen. Der Historiker, der demnächst vielleicht über diese denkwürdige, inzwischen mehr als zehn Jahre zurückliegende Sitzung arbeitet, wird in den schriftlichen Parlamentsüberlieferungen nichts finden. Als Tonbandmitschnitt gibt es die Szene, nicht im Landtag, aber im Archiv des WDR.

Dieses sicherlich exeptionelle Beispiel wirft ein Schlaglicht auf die Bedeutung der "Sekundärquellen". Viele zeitgeschichtlich bedeutsame Äußerungen sind gedruckt überhaupt nicht, wohl aber auf Ton- und Bildträgern vorhanden. Umso wichtiger ist es, daß solche Bestände nicht nur in den Rundfunk- und Fernsehanstalten intern erschlossen, sondern durch Bestandsverzeichnisse auch einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit angeboten werden. Durch zahlreiche Kataloge hat das Deutsche Rundfunkarchiv in Frankfurt/Main (DRA) einen Teil seiner Bestände seit langem offengelegt und vorbildlich erschlossen. Gewiss sind ständig Ergänzungen notwendig, und mancher Katalog zur Zeitgeschichte wird völlig neu aufgelegt werden müssen, wenn erst einmal die reichen Quellen, die in den Archiven des ehemaligen Rundfunks der DDR lagern, auch nach westdeutschen Kategorien erschlossen worden sind. Sie reichen bis in die Weimarer Zeit zurück und bergen manches Dokument, das im Westen noch nicht im Original bekannt ist. Durch die Einschaltung des Bundesarchivs und des Deutschen Rundfunk-Archivs, aber auch dank des Schatzmeisters des Studienkreises Rundfunk und Geschichte konnten diese Bestände zunächst einmal gesichert werden - zunächst, denn endgültige Regelungen müssen noch definiert werden.

Die hier anzuzeigenden fünf Bestandskataloge - sechs jüngst erschienene Spezialverzeichnisse des Hessischen Rundfunk wären in einer nächsten Besprechung zu würdigen - sind durchweg nach professionellen Grundsätzen erarbeitet worden. Dabei fällt Band 2 der Katalogreihe des SDR aus dem Rahmen, weil der von Edgar Lersch und Jörg Hucklenbroich zusammengestellte Band eine Übersicht über wichtige Beiträge gibt, die zwischen 1945 und 1948 im Programm des Stuttgarter Senders gelaufen sind und als Manuskript vorliegen, von denen es aber offensichtlich in den meisten Fällen keine Tonüberlieferung mehr gibt; das zeigen zumindestens Vergleiche mit dem SDR-Bestandsverzeichnis über Tondokumente aus den Jahren 1945-1949. Die 979 ausgewählten Titel im Manuskriptkatalog reichen von der (leider undatierten) Ansprache des Militärgouverneurs für Nordwürttemberg und Nordbaden (das Datum hätte sich wohl feststellen lassen müssen) bis zu einem Rückblick auf das Jahr 1948 in dem damals noch selbständigen Süd-Baden. Dazwischen Vortragsmanuskripte prominenter Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, Transkripte von Diskussionsrunden und Zeitfunkberichte. Ganz gewiss ein zeitge-

schichtlicher Schatz.

Akribisch erarbeitet haben Brigitte Grimm und Georg Polster den Band 1 der Publikationsreihe des SDR, die vom Leiter des Fachbereichs Archivwesen und Dokumentation, Ulf Scharlau, verantwortet wird. Der Bestandsnachweis beginnt Neujahr 1945 mit der kurzen Erklärung eines desertierten deutschen Soldaten, die, von Radio Luxemburg gesendet, aus dem DRA-Bestand stammt, und endet mit einem Jahresrückblick von 66 Minuten Dauer auf 1949, schließt also auch die Gründung der Bundesrepublik ein. Neben Aufnahmen, die sich auch an anderer Stelle, so vor allem im DRA, finden, gibt es immer wieder Überraschungen, also etwa die Silvesteransprache des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler von 1948, nach der ich vor Jahren für eine zeitgeschichtliche Sendung über den DGB vergeblich gefahndet hatte. Allein so etwas mag für Gremien und "Hierarchen" der Rundfunk- und Fernsehanstalten ein Hinweis darauf sein, wie wichtig es ist, die in ihren Archiven schlummernden Schätze zu erschliessen und damit erst zu heben. Sie stellen einen wesentlichen Teil des Programmvermögens dar. Die Arbeit der Archivare, Bibliothekare und Dokumentare, die damit umgehen, muß entsprechend gefördert werden.

Ein bescheidenerer, gleichwohl besonders interessanter Band ist die vom Leiter des Hörfunk-Archivs des Saarländischen Rundfunks, Frank Rainer Huck, verantwortete Übersicht für die Jahre 1949-1953. Die 180 Dokumente, die hier nachgewiesen werden, stellen einen Querschnitt durch die Geschichte des Saarlandes vor der Vereinigung mit der 1949 gegründeten Bundesrepublik dar; sie spiegeln den Meinungskampf zwischen Frankreich- und Deutschland-Befürwortern. Daran kommen Zeitgeschichtler, aber auch Rundfunkkollegen, die über den Tag hinaus und damit auch einmal zurückdenken, nicht vorbei.

Den dritten Band seiner Bestandsnachweise zu Tondokumenten hat inzwischen der Bayerische Rundfunk vorgelegt. Der erste dokumentiert Tonquellen zum jüdischen Leben zwischen 1948 und 1988, der zweite Aufnahmen aus den Jahren 1906-1988, beginnend mit einem fast zweiminütigen O-Ton von der Grundsteinlegung für das Deutsche Museum in München am 13. November 1906 und endend mit dem Mitschnitt eines fast einstündigen Hüttenabends im Ostallgäu Ende November 1988. Den Schwerpunkt des dritten Bandes bilden Nachweise zur Geschichte des BR und zu medienpolitischen Dokumentationen und Reflektionen in seinen Programm, nicht wenige davon mit seinem ehemaligen Programmdirektor Walter von Cube. Es ist das ein vorzüglicher Band für eine umfassende Darstellung der Geschichte des Rundfunks in Bayern, die ja immer noch ein Desiderat ist, sieht man ab von Einzeldarstellungen wie etwa der von Barbara Mettler über den Rundfunk in der amerikanischen Besatzungszone nach 1945.

Daß der BR zahlreiche Rundfunkaufnahmen von Franz Josef Strauß, dem Ministerpräsidenten der Jahre 1978-1988, im Archiv hat, ist selbstverständlich; sie reichen von O-Ton-Schnipsel in der Länge von 55 Sekunden bis zu Mitschnitten von mehr als drei Stunden Dauer. Es wäre ein reiches Betätigungsfeld für die Zeitgeschichte, auch hier gedruckte Versionen und das tatsächlich gesprochene Wort miteinan-

der zu vergleichen. "Es gilt das gesprochene Wort", steht meist auf den Manuskripten, die Journalisten vorab zur Berichterstattung ausgehändigt werden: Hier hat man es. Anscheinend hat der BR aber einen Mitschnitt der berühmt-berüchtigten "Wienerwald-Rede" von F.J.S. am 24. November 1976 vor der Jungen Union in München nicht in seinem Archiv - zumindest nicht offiziell, es war ja auch ein illegaler; es gibt ihn allerdings auf Cassette. In dieser Rede hatte Strauß Helmut Kohl als "total unfähig" bezeichnet: "Der wird nie Kanzler." Sonst wird Strauß ausgiebig dokumentiert, von den Debatten über eine deutsche Wiederbewaffnung bis kurz vor seinem Tod am 3. Oktober 1988. Aber muß einen Bestandsnachweis Strauß'scher Tondokumente im Vorsatz gleich ein, wenn auch gutes Foto des "großen Vorsitzenden" schmücken?

Alle fünf Bände sind durch Personen- und Sachregister sowie Inhaltsangaben der Bänder und Manuskripte genau erschlossen. Sie erleichtern die Arbeit der Rundfunkredakteure wie interessierter Wissenschaftler. Dabei wäre anzumerken, daß die akustischen Archivalien als Programmvermögen zunächst einmal und vor allem für das Programm zur Verfügung stehen müssen; der Programmauftrag hat höchste Priorität. Aber die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten waren schon in der Vergangenheit nicht kleinlich, wenn es darum ging, Archivbestände zugänglich zu machen, sofern der Programmauftrag nicht tangiert wurde. Durch diese neuen Bestandsverzeichnisse unterstreichen sie dies noch einmal. Wünschenswert wäre jedoch, daß in allen Rundfunkanstalten entsprechende Bestandsverzeichnisse erarbeitet werden. Dafür fehlt vielen sowohl Geld als auch Personal. Man darf gespannt sein, wann der erste privat-kommerzielle Sender seine Bestände öffentlich dokumentiert.

Wolf Bierbach

Heinz Boberach: Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP. Teil 1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin. (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte Bd. 3/1) München/London/New York/Paris 1991: K.G. Saur, 717 Seiten

Wer unter den Geschichtswissenschaftlern kennt nicht die mühsame Suche nach den Quellen? Besonders die Zeithistoriker litten und leiden z.T. noch immer unter der Zersplitterung der Bestände, verursacht durch die Kriegs- und Nachkriegsfolgen, weil Teilbereiche der Überlieferung, wenn sie in Archiven der DDR lagerten, oftmals nicht zugänglich waren. Dem Rezensenten beispielsweise verweigerte

die berüchtigte staatliche Archivverwaltung des zweiten deutschen Staates, die bekanntlich dem Ministerium des Innern unterstand, für seine rundfunkhistorischen Forschungen bis 1986 (Unterzeichnung des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, die die gegenseitige Nutzung der Archive erleichterte) den Zugang zu den einschlägigen Beständen - z.B. Reichspostministerium, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Reichsinnenministerium. Auch danach waren diese nur unter Mühen einzusehen, da zuvor die Hürden Quartierbeschaffung in einem Interhotel und Genehmigung zum Empfang eines Visums an der innerdeutschen Grenze zu überwinden waren.

Das eine Hindernis - der schwierige Zugang - wurde durch eine Liberalisierung der Benutzungsbedingungen im Frühjahr 1990 den westdeutschen Gepflogenheiten angepaßt, das andere - die Zersplitterung - blieb bis zur Stunde erhalten. Erträglich(er) wird die Situation nunmehr durch die hier anzuzeigende Publikation. In ihr wird das erhaltene Schriftgut des Dritten Reichs nachgewiesen. Glücklicherweise haben sich die Bearbeiter unter Anleitung von Heinz Boberach, dem langjährigen Archivar im Bundesarchiv, nicht darauf beschränkt, die Bestände in den Archiven der westlichen Bundesländer und Berlins aufzuführen, wie einer der Untertitel des Buches irreführend mitteilt, sondern zwei ausdrücklich hervorzuhebende Ausnahmen gemacht. Die Akten der (zentralen) Behörden des Reiches und Preußens, die auf Ost- und Westarchive aufgeteilt waren und immer noch sind, wurden durch das Inventar wenigstens ideell zusammengeführt. So sind Informationen über die Bestände von Reichs- und preußischen Ministerien an einer Stelle des Inventars zusammengefaßt, die wenigstens grob erkennen lassen, welche Aktenserien beispielsweise des preußischen Staatsministeriums sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin (Westen) und welche sich im ehemaligen Zentralen Staatsarchiv der DDR in Merseburg befinden. Für die sonstige Überlieferung sind ausschließlich die Bestände der regionalen (Hauptstaats-, Staats-, Universitäts-) sowie - als Überlieferungsort staatlicher Mittelbehörden bzw. Ersatzüberlieferung - der Kommunalarchive der westdeutschen Länder herangezogen worden.

Als eine wahre Fundgrube erweist sich das Inventar natürlich auch für denjenigen, der sich mit den Medien und speziell mit dem Rundfunk der Jahre von 1933 bis 1945 befaßt. Über den Abschnitt "Kultur- und Wissenschaftsverwaltung, Propagandaeinrichtungen" wird er zum Bestand "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" hingeführt und kurz über die Potsdamer Aktenlage unterrichtet: Rundfunkorganisation, 45 Bde.; Sende- und Empfangswesen, Programmgestaltung, 22 Bde.; Abhören feindlicher Sender, 4 Bde.; Rundfunkwirtschaft, 48 Bde.; Fernsehen, 5 Bde.; Berichte über ausländische Rundfunkpropaganda, Organisation des Sonderdienstes Seehaus und der Zentralstelle für deutsche Kulturfunksendungen ins Ausland (ohne Bandangabe). In diesem Zusammenhang wird mit Recht nur pauschal auf den 85bändigen Koblenzer Bestand zur Programmgestaltung verwiesen, der seit 1978 über ein publiziertes Findbuch vorzüglich erschlossen ist. Im gleichen Kapitel sind auch die Einrichtungen im Geschäftsbereich des Reichsministeriums für Volksaufklärung und

Propaganda - u.a. Reichsrundfunkkammer mit Unterlagen von deren Präsidenten Horst Dreßler-Andreß, Reichsrundfunkgesellschaft sowie Deutsche Auslandsrundfunkgesellschaft Inderradio mit Sonderdienst Seehaus - im Bundesarchiv Koblenz erwähnt. Quantitativ fast gleich verteilen sich die Akten der rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, jenes Konkurrenzunternehmens zum Propagandaministerium in Sachen Rundfunkpropaganda ins Ausland, zwischen dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn - überwiegend mit Arbeitsunterlagen zu einzelnen Ländern und Sendegesellschaften - und Potsdam mit Beständen u.a. zu Personal-, Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten, 21 Bde.; Propaganda, 12 Bde.; Sendetexten, 39 Bde.; Sammlung von Informationen über die internationale politische und wirtschaftliche Lage. Auf geteilte Bestände muß sich auch der einstellen, der die Unterlagen des Reichspostministeriums, das dem Kapitel "Wirtschafts-, Rüstungs-, Landwirtschafts-, Post- und Verkehrsangelegenheiten" zugeordnet ist, auswerten will. Für Potsdam lauten die Eintragungen: Rundfunk einschließlich einzelne Sender, 131 Bde.; Fernsehen, 27 Bde.; für Koblenz, das vor geraumer Zeit die Bestände der Abteilung VI des Ministeriums aus dem Archiv der Oberpostdirektion in München übernommen hat, fehlt ein entsprechender Hinweis auf die rund ein Dutzend auf den Rundfunk bezogenen Akten.

Trotz der Zentralisierung des Rundfunks enthalten auch die regionalen Archive beachtenswerte Bestände. Zu erwähnen sind solche der Staatskanzlei und des Wirtschaftsministeriums in Bayern zur Übertragung der Geschäftsanteile der Landesregierung am Bayerischen Rundfunk an das Reich im Hauptstaatsarchiv München, der Finanzverwaltung der hessischen Landesregierung zur Unterbringung des Reichssenders Frankfurt während des Zweiten Weltkriegs in Bad Nauheim im Staatsarchiv Darmstadt, der Reichspostdirektion Hamburg zum Fernsehdrahtfunk und zu den Schwarzsendern politischer Gegner im Staatsarchiv Hamburg.

Die mehr als 100seitigen Indizes, getrennt nach Personen, Institutionen und Organisationen, Orten und Ländern sowie Sachen, die die Unzahl von Informationen vorzüglich erschließen, führen zu weiteren Hinweisen auf Rundfunkbestände. Vor allem der Sachindex mit den Stichworten "Auslandsrundfunk", "Drahtfunk", "Fernsehen", "Rundfunkpropaganda, -sendungen", "Rundfunkverbrechen" sei den Benutzern nachdrücklich zum Gebrauch empfohlen.

Ansgar Diller

Bernd F. Köhler: Auslandsrundfunk und Politik. Die politische Dimension eines internationalen Mediums. VISTAS VERLAG Berlin 1988, 160 S.

In einer Zeit, in der nahezu jede(er) nur noch über Lokalfunk spricht, ist es schon fast eine Wohltat, auch einmal eine Publikation über dessen quasi Gegenpol in den Händen zu halten. Die politische Relevanz verbindet beide Formen dieses Mediums, wenn auch in ganz unterschiedlicher Weise.

Bernd F. Köhlers Ambition ist es, die politische Dimension des Auslandsrundfunks zu zeigen. Das ist mehr als notwendig, da es trotz des über siebzigjährigen Bestehens dieser Sonderform des Mediums Rundfunk an befriedigenden wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Themenkomplex mangelt. Köhler beginnt mit einer Typisierung von Sendern, die Auslandsprogramme ausstrahlen, und definiert dabei vier grundlegende Organisationsmodelle: staatsoffizielle, semi-staatsoffizielle, zugelassene Individual- und nicht zugelassene Individualstationen. Die Abhandlung der geschichtlichen Entwicklung des Auslandsrundfunks weltweit wird leider nur auf einigen wenigen Seiten kurz aufgegriffen und kann grundlegende Fakten, die zum heutigen Verständnis unentbehrlich sind, bestensfalls anreißen.

Wesentlich mehr Platz nimmt hier die Darstellung primär und sekundär politischer Funktionstypen ein, anhand derer der Autor versucht, die spezifischen Funktionen des Auslandsrundfunks zu kategorisieren. Jede einzelne der insgesamt 11 Funktionszuweisungen wird dabei ausführlich behandelt und durch Binnendifferenzierungen ergänzt. Hierin liegt ohne Zweifel eine der Stärken der Arbeit, auch wenn dem Leser dabei keine grundlegend neuen Erkenntnisse vermittelt werden. Köhlers Verdienst ist es vielmehr, Kausalzusammenhänge, die man schon vermutet oder gar intuitiv "gewußt" hat, in ihrem funktionalen Zusammenhang aufzuzeigen und zu einem systematischen Ganzen zusammenzufügen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Bestandsaufnahme der aktuellen Diskussion über die Stellung des Auslandsrundfunks und dessen Verhältnis zur Politik in internationalen Organisationen wie den UN, der UNESCO und der Europäischen Gemeinschaft, wobei selbstverständlich auch die Neue Weltinformati- onsordnung eine zentrale Rolle spielt.

Neben diesen Themenschwerpunkten kommen Einzelfragestellungen zur Sprache, so die Expansion des Mediums Auslandsrundfunk durch moderne Satellitentechnik, die völkerrechtlichen Probleme von Sendungen, die über das eigene nationale Hoheitsgebiet hinausgehen, die Unmöglichkeit einer wissenschaftlich exakten Rezipientenforschung sowie die Bedeutung der sogenannten Zielgebiete und Zielsprachen, aber auch die Notwendigkeit der Frequenzzuteilung und nicht zuletzt das Jamming. Negativ anzumerken ist dabei die Verwendung eines relativ unscharfen Propagandabegriffs. Im übrigen scheint es dem Verfasser entgangen zu sein, daß eine wesentliche Aufgabe des Auslandsrundfunks darin besteht, Bürger des eigenen Landes, die sich im Ausland aufhalten, somit deren Nachkommen über "ihre Heimat" auf

dem Laufenden zu halten. Viele Erläuterungen zu den Auslandsprogrammen der sozialistischen oder vormals sozialistischen Staaten sind darüber hinaus aufgrund der raschen politischen Entwicklung der letzten Jahre heute bereits veraltet.

Im ganzen handelt es sich bei dieser Arbeit um eine solide Bestandsaufnahme des Phänomens "Auslandsrundfunk" in seiner politischen Funktion, die einiges an Basisinformationen liefert und einen ersten Einstieg in die Thematik ermöglicht. Von einem Standardwerk ist die Studie allerdings noch weit entfernt, obwohl sie es vom Ansatz her durchaus hätte werden können. Auf diese wird man wohl noch weiter und - betrachtet man die Publikationen der letzten Jahre zum Thema Auslandsrundfunk - vermutlich noch sehr lange warten müssen.

Oliver Krems